

Spotlight: Finanzielle Gerechtigkeit

Globale Ungleichheiten verstehen, um finanzielle Ungerechtigkeit zu überwinden



Finanziert von der
Europäischen Union

Wer wir sind

Citizens for Financial Justice

Bürgerinnen und Bürger informieren, zusammenbringen und befähigen, gemeinsam zu handeln, damit das globale Finanzsystem für alle besser funktioniert.

Wir sind eine vielfältige Gruppe europäischer Partner - von lokalen Basisgruppen bis zu großen internationalen Organisationen. Gemeinsam wollen wir Bürgerinnen und Bürger informieren und zusammenbringen, um gemeinsam zu handeln, damit das globale Finanzsystem für alle besser funktioniert.

Wir werden von der Europäischen Union finanziert und wollen die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) unterstützen, indem wir EU-Bürgerinnen und Bürger mobilisieren, um eine wirksame Entwicklungsfinanzierung (FfD) zu unterstützen.

citizensforfinancialjustice.org

twitter.com/financing4dev

Autor*innen und Teilnehmende

Diese Publikation wurde von Partnern von *Citizens for Financial Justice* und anderen Mitwirkenden zusammengestellt. Koordination: Flora Sonkin und Stefano Prato, *Society for International Development* (SID); Matti Kohonen, *Christian Aid*; und Nicola Scherer, *Debt Observatory in Globalisation* (ODG). Ein besonderer Dank an Karen Judd für das Lektorat. Diese Publikation wurde von Paulina Abzieher aus dem Englischen übersetzt.

Überblick: Flora Sonkin und Stefano Prato, *Society for International Development* (SID); mit Unterstützung von Matti Kohonen, *Christian Aid*.

Nahrung und Land: Philip Seufert, *FIAN International*.

Gesundheit: Nicoletta Denticò, *Society for International Development* (SID).

Frauenrechte: Rosana Miranda und Marcos Lopes Filho, *Christian Aid*; Renata Moreno und Miriam Nobre, *Sempreviva Organização Feminista* (SOF); und Janice Førde, *KULU - Women and Development*

Wohnen: C.J. (Kees) Hudig, *Globalinfo*; und Éilis Ryan, *Financial Justice Ireland*; mit Beiträgen von Zsófia Miklós, *DemNet*

Infrastruktur: Xavier Sol, *Counter Balance*; und Nicola Scherer, *Debt Observatory in Globalisation* (ODG); mit Überarbeitungen von Aleksandra Antonowicz-Cyglicka, *Polska Zielona Sieć* / Polnisches Grünes Netzwerk; und Elena Gerebizza, *Recommon*

Oktober 2019



Finanziert von der Europäischen Union

Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Der Inhalt liegt in der alleinigen Verantwortung von *Citizens for Financial Justice* und spiegelt nicht unbedingt die Ansichten der Europäischen Union wider. Die einzelnen Kapitel wurden von den angegebenen Autorinnen und Autoren und Mitwirkenden verfasst und spiegeln nicht unbedingt die Ansichten aller Partner von *Citizens for Financial Justice* wider, obwohl alle Partner die hier präsentierten Anliegen und Prinzipien teilen.

Inhalt

Kurzzusammenfassung	6
Überblick	8
Entwicklungsherausforderungen neu begreifen: Bekämpfung mehrdimensionaler Ungleichheiten als neuer Maßstab für politische Strategien	
Kapitel 1 - Nahrung und Land	22
Von der Nahrungsmittelproduktion zur Investitionsmöglichkeit: Die Finanzialisierung von Land	
Kapitel 2 - Gesundheit	31
Die Gesundheit als globales, gewinnbringendes Projekt	
Kapitel 3 - Frauenrechte	39
Die Finanzialisierung von Frauenrechten	
Kapitel 4 - Wohnen	47
Finanzialisierung und das Recht auf Wohnen	
Kapitel 5 - Infrastruktur	54
Finanzialisierung von Infrastruktur: Mittel zum Zweck oder Selbstzweck?	

Kurzzusammenfassung

Die zunehmenden Ungleichheiten zwischen dem globalen Norden und Süden, den wirtschaftlich Privilegierten und den Ausgegrenzten, zwischen verschiedenen Geschlechtern und ethnischen Identitäten, haben sich über Generationen hinweg historisch reproduziert und intensiviert und sind ein prägendes Merkmal der heutigen Zeit. Während globale Probleme wie Klimawandel und Umweltzerstörung zweifellos alle von uns auf der Erde lebenden Menschen betreffen, betreffen sie uns allerdings nicht alle gleichermaßen. Unterschiede in Bezug auf den Herkunftsort, den wirtschaftlichen Status, das Geschlecht und das Alter spielen alle eine Rolle, wenn wir die Gruppen betrachten, die systematisch unter den harschen Folgen des Klimawandels leiden.

Dies liegt daran, dass die gegenwärtigen Regeln unserer globalen Wirtschaft einen Teufelskreis der Ungleichheit reproduzieren: Wachsende wirtschaftliche Ungleichheit und Vermögenskonzentration verstärken die politische Ungleichheit, indem sie es Unternehmen- und Finanzeliten zunehmend ermöglichen, die Politikgestaltung zu beeinflussen und ihren Wohlstand und ihre Privilegien zu schützen. Ein höheres Maß an Ungleichheit wird dann an die nächsten Generationen weitergegeben, was zu langfristigen Disparitäten und Ungerechtigkeiten führt, die von ausgegrenzten Gruppen erlitten werden.¹

Nach der globalen Finanzkrise im Jahr 2008 schrillen angesichts des weiteren Vorherrschens der gleichen Regierungsstrukturen und wirtschaftlichen (De-)Regulierungen, die diese verursacht haben, insbesondere der unkontrollierten Expansion des Finanzsektors im Verhältnis zum Rest der Wirtschaft oder „Finanzialisierung“, nun endlich die Alarmglocken. Während Großbanken durch Steuergelder gerettet wurden, haben Staaten ihre grundlegenden Menschenrechtsverpflichtungen durch die Auferlegung von Sparmaßnahmen missachtet und so das Leben von Menschen auf der ganzen Welt nachhaltig beeinflusst. Dies hat unter anderem zur Folge, dass Gemeinschaften weniger Zugang zu

gemeinsamen natürlichen Ressourcen haben² und die am stärksten benachteiligten Gruppen kaum Zugang zu grundlegenden öffentlichen Diensten wie Gesundheitsfürsorge und Versorgung mit Wohnraum haben.³

In den letzten Jahren hat die deutliche Zunahme der Disparitäten zwischen aber auch innerhalb verschiedener Länder das Problem der Ungleichheit in den Debatten um globale Entwicklung endgültig in den Vordergrund gerückt.⁴ In der Agenda 2030 wurde die Bewältigung ihrer vielfältigen (wirtschaftlichen, politischen, sozialen) Aspekte als eines der Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs) anerkannt, und somit das Engagement der internationalen Gemeinschaft zum Abbau von Ungleichheiten signalisiert.

Um diese Dynamik zu nutzen, sind das Verständnis der wichtigsten aktuellen Ursachen für Ungleichheit und gemeinsame Strategien zu deren Behebung notwendige Schritte zu systemischer, sozioökonomischer Transformation und sozialer Gerechtigkeit. Die Betrachtung unserer gegenwärtigen Herausforderungen durch die Linse der Ungleichheit bietet dann ein bemerkenswertes Transformationspotenzial: Die Bekämpfung von Ungleichheiten in ihrem mehrdimensionalen Charakter - sozial, politisch, wirtschaftlich, räumlich und generationenübergreifend - kann zu einer Art Leitstern in einer komplexen Welt werden, zu einem übergeordneten Ziel zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und Bekämpfung der Ursachen der Marginalisierung. Im Rahmen dieser Bemühungen befasst sich diese Publikation mit einer der Hauptursachen von Ungleichheit, der Finanzialisierung unserer Weltwirtschaft, sowie mit seinem Gegenstück, der finanziellen Gerechtigkeit.

In fünf thematischen Kapiteln – 1) Nahrung und Land, 2) Gesundheit, 3) Frauenrechte, 4) Wohnen und 5) Infrastruktur – wird gezeigt, dass die zunehmende Ungleichheit und die übermäßige Expansion der Finanzindustrie als eine ihrer wichtigsten aktuellen

Triebkräfte durch verzerrten und unfaire Spielregeln erzeugt und reproduziert wurden. Es ist daher dringend erforderlich, dass sich soziale Bewegungen auf eine gemeinsame Agenda einigen, um unsere Volkswirtschaften zurückzuerobern, öffentliche Dienstleistungen zurückzugewinnen und unsere gemeinsamen natürlichen Ressourcen zu schützen. Im Folgenden wird nicht nur gezeigt, dass lokaler Widerstand gegen die Übermacht der Finanzakteure von größter Bedeutung ist. Die Bekämpfung der heute globalen Ungleichheitstreiber, wie der Finanzialisierung, erfordert auch konzertierte Anstrengungen auf höherer politischer Ebene. Es werden vier Aktionsschwerpunkte vorgeschlagen:

- **Förderung des gemeinsamen Verständnisses und der ständigen Infragestellung der Dynamik der Finanzialisierung:** Es ist wichtig, die Menschen für die tatsächlichen Auswirkungen der Finanzialisierung auf ihr Leben zu sensibilisieren und ihnen neue Analysewerkzeuge bereitzustellen, um die aktuelle Dynamik in Frage zu stellen. Das Aufzeigen des Problems der Ungleichheit und wie die Vielzahl und Ausweitung von Finanzakteuren und -dienstleistungen dazu beiträgt, kann eine unbeabsichtigte Komplizenschaft verhindern, insbesondere angesichts der heimtückischen und allzu subtilen Art und Weise, in der diese Dynamiken verschiedene Lebensbereiche infiltrieren.
- **Es gilt andauernde Versuche zu verhindern, Entscheidungskompetenzen aus legitimen und demokratischen Politikbereichen auszulagern, häufig im Namen von „besseren Finanzierungsmöglichkeiten“ für schnelleren Fortschritt:** Auf lokaler und nationaler Ebene kann die Unterstützung sozialer Bewegungen in ihrem Widerstand gegen schädliche Projekte, Strategien und andere Interventionen durch globale Finanzakteure greifbare Erfolge erzielen und einem Kampf, der sich so oft als immateriell und schwer greifbar präsentiert, ein Gesicht und eine Form verleihen.
- **Die nationale Souveränität bekräftigen, um eine angemessene Abgrenzung gegen die Finanzliberalisierung wiederherzustellen und die notwendige Finanzierung bereitzustellen, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen:** Die jüngste globale Finanzkrise hat die Schwachstellen eines liberalisierten, an den Interessen von privaten Investoren ausgerichteten Finanzsystems kritisch aufgezeigt.

Viele strukturelle Rahmenbedingungen, die zur Krise geführt haben, wurden jedoch, wenn überhaupt, nur in geringem Maße angegangen. Es ist daher unabdingbar, die nationale Souveränität wiederherzustellen, um die nächste Krise zu verhindern und gleichzeitig die notwendige Finanzierung für eine nachhaltige Entwicklung bereitzustellen. Dies erfordert unter anderem das Potential von öffentlichen Entwicklungsbanken zu nutzen, die Wiederherstellung der Verwaltung der Kapitalkonten im Rahmen der standardmäßigen politischen Instrumente der Regierungen und die Einführung eines Systems für Finanztransaktionssteuern.⁵

- **Demokratisierung globaler Wirtschaftspolitik:** Auf globaler Ebene sollten soziale Gerechtigkeit und die Einhaltung der Menschenrechte im Mittelpunkt der Neugestaltung mächtiger globaler Institutionen und der Reform der globalen Wirtschaftspolitik stehen. Verschiedene soziale Bewegungen sollten sich unter einer gemeinsamen Agenda zusammenschließen und für die Reform bestehender und die Schaffung neuer Institutionen eintreten, die die neuen und sich schnell entwickelnden Finanzakteure regulieren und das Finanzsystem wieder unter demokratische Verantwortlichkeit und Kontrolle bringen können. Dies erfordert nicht nur die Konvergenz bestehender Vorschläge zu wichtigen neuen Säulen einer demokratisierten globalen Wirtschaftspolitik, wie einer zwischenstaatlichen Steuerbehörde und eines koordinierten Verfahrens zur Bewältigung von Schuldenkrisen unter dem Dach der Vereinten Nationen, sondern auch die Beseitigung des institutionellen Vakuums bei der Regulierung von Finanzakteuren, vor allem, aber nicht ausschließlich, der Vermögensverwaltungsbranche. Solche Maßnahmen könnten zu mehr Transparenz, Beteiligung und öffentlicher Kontrolle der nationalen und globalen Steuer-, Fiskal- und Finanzpolitik führen.

Die Zeit ist reif, den Einsatz der Bürgerinnen und Bürger gegen die vielfältigen Facetten des Finanzialisierungsprozesses anzuerkennen, und Strategien zu entwickeln, um multidimensionale Ungleichheiten anzugehen und finanzielle Gerechtigkeit zu erreichen. Die Zeit des Aktivismus für finanzielle Gerechtigkeit ist gekommen!

¹ https://www.2030spotlight.org/en/book/1730/chapter/1-increasing-concentration-wealth-and-economic-power-obstacle-sustainable#footnote10_utsqgho

² Siehe Beispiel Brasilien, Kapitel 1.

³ Siehe Beispiel Griechenland, Kapitel 2; siehe auch Kapitel 4.

⁴ <https://sustainabledevelopment.un.org/sdg10>

⁵ K. Singh und S. Prato, „Preventing the next financial crisis while financing sustainable development: Three propositions“, *Spotlight Report on Sustainable Development*, 2019, https://www.2030spotlight.org/sites/default/files/spot2019/Spotlight_Innenteil_2019_web_chapter_III_Singh.pdf

Übersicht

Entwicklungsherausforderungen neu begreifen: Bekämpfung mehrdimensionaler Ungleichheiten als neuer Maßstab für politische Strategien

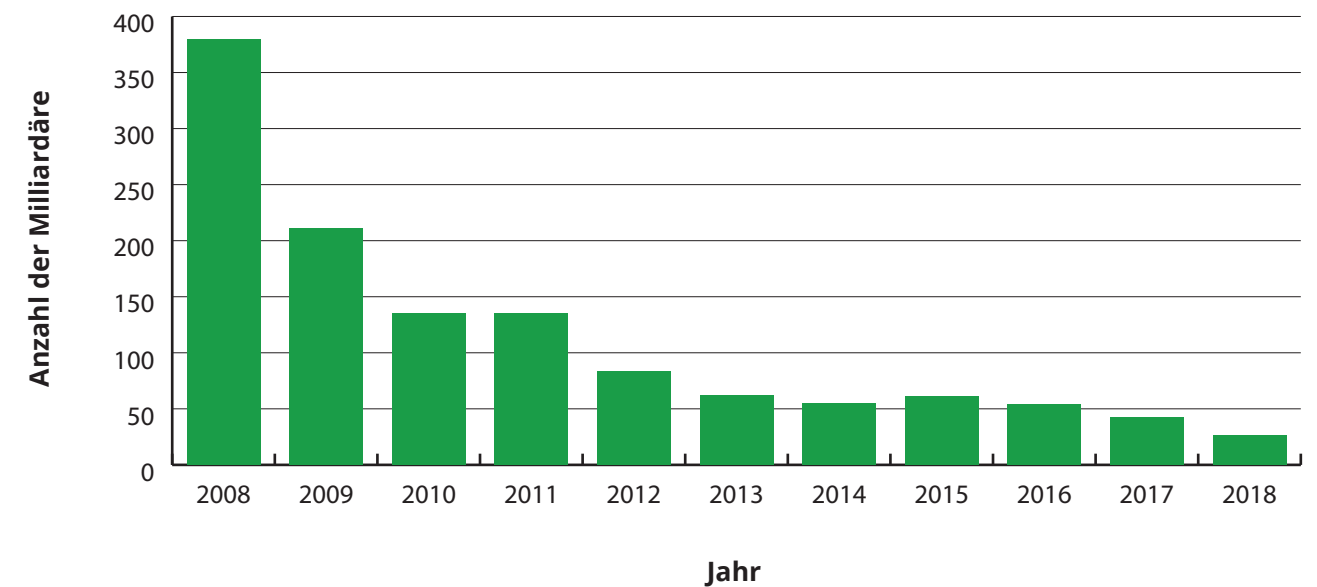
Globale Entwicklungsherausforderungen, insbesondere Hunger, Zugang zu angemessenem Wohnraum, Zugang zu sauberer Energie und sauberem Wasser und Gesundheitsversorgung, wurden von der internationalen Gemeinschaft seit langem als Folge extremer Armut betrachtet. Armut wurde dann als Ausgangspunkt der Analyse und als Hauptproblem behandelt, das durch Entwicklungsmaßnahmen bekämpft werden muss. Diese etablierte Schilderung mit ihrem Schwerpunkt auf Armutsbekämpfung befasste sich jedoch nur mit den Auswirkungen, indem sie die Dynamik der Vermögensbildung in den sogenannten entwickelten Volkswirtschaften ignorierte und das Erbe des Kolonialismus, der Sklaverei und der Ausbeutung zur Rohstoffgewinnung herunterspielte. Die Fokussierung auf Armut als fast ausschließlicher „Aufholbedarf“ unterschätzte und übersah oft den Teufelskreis, der die Beziehung zwischen Armut und Wohlstand kennzeichnet. Ohne sich den historischen Bedingungen und der strukturellen Ungerechtigkeit des globalen Kapitalismus zu stellen, die die Wurzel des Problems bilden, haben falsche Lösungen zur Bekämpfung der Armut das Problem nur verstärkt.⁶ Es wird schließlich immer mehr allgemein anerkannt, dass Armut nicht in einem vom Reichtum getrennten Vakuum existiert; sie ist nur eines von vielen Symptomen historisch verwurzelter und immer noch wachsender globaler Ungleichheit.

In den letzten Jahren hat eine deutliche Zunahme der Disparitäten zwischen aber auch innerhalb der Länder des globalen Nordens und des globalen Südens die Ungleichheit in den internationalen Entwicklungsdebatten endgültig in den Vordergrund gerückt.⁷ Insbesondere seit der globalen

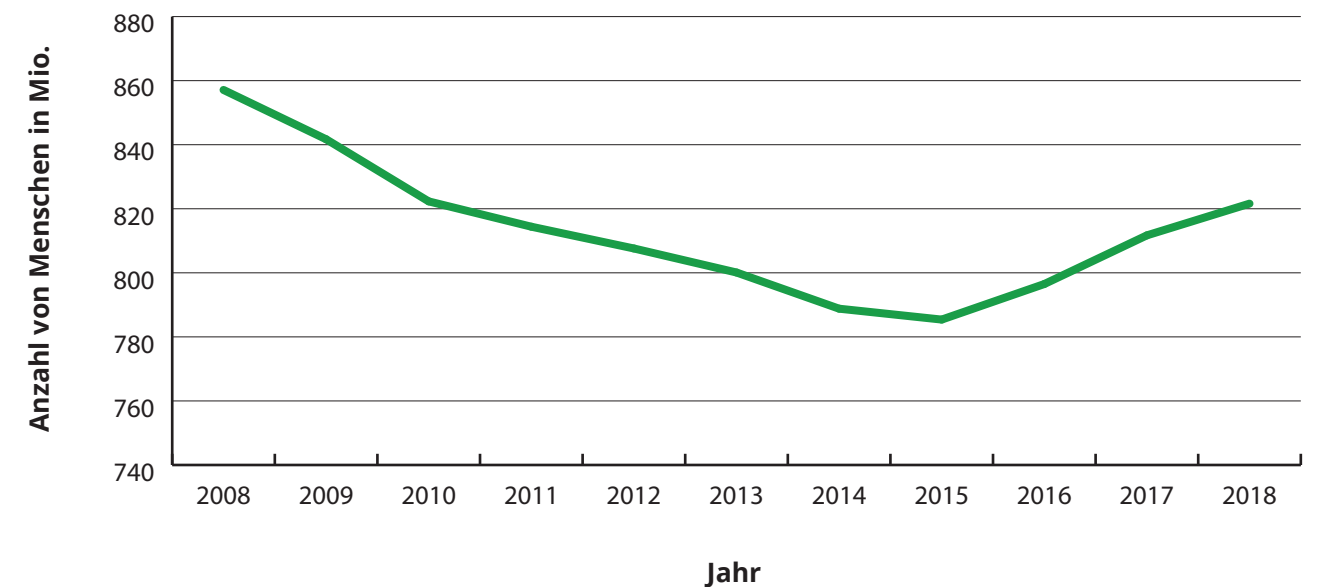
Finanzkrise im Jahr 2008 sind tiefe Ungleichheiten in wirtschaftlichen, sozialen, politischen und generationenübergreifenden Bereichen nicht mehr auf einkommensschwache Länder oder Entwicklungsländer beschränkt. Ganz im Gegenteil: Die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Gruppen, die Einfluss auf die Politik haben, und den von ihr ausgegrenzten Gruppen, zwischen denen, die Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung, Gesundheitsversorgung, Nahrungsmitteln und anderen grundlegenden Gütern und Dienstleistungen haben, und denen, die sie sich nicht leisten können, nimmt auf der ganzen Welt zu. Ein erschütterndes Beispiel ist die Tatsache, dass die Ernährungsunsicherheit in Ländern mit hohem und niedrigem Einkommen seit vier Jahren in Folge zunimmt. Über 820 Millionen Menschen leiden an Hunger (siehe Abbildung 1).⁸ Rund 1,6 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu angemessenem Wohnraum.⁹ Unterdessen besitzt das reichste 1 Prozent über 47 Prozent des gesamten globalen Vermögens,¹⁰ und finanzielle Machtkonzentration macht die Reichen fast überall reicher (siehe Abbildung 1).¹¹

Während unser herrschendes globales Wirtschaftssystem und seine Steuerungsinstitutionen einen Teufelskreis der Ungleichheit verstärken, indem sie die politische und finanzielle Macht in wenigen Händen halten, bietet diese düstere Situation auch die Möglichkeit, verschiedene Bewegungen und Kämpfe zu einer gemeinsamen Agenda zusammenzuführen. Ein starkes Gefühl der Ungerechtigkeit in Bezug auf die zutiefst ungleiche Lage der Welt ist nicht mehr auf diejenigen beschränkt, die als wirtschaftlich marginalisiert gelten, sondern

Abbildung 1: Die Zahl der unterernährten Menschen steigt mit zunehmender Vermögenskonzentration und wirtschaftlicher Ungleichheit



Anzahl der Milliardäre deren Vermögen dem Gesamtvermögen von 50% der ärmsten Menschen der Welt entspricht



Anzahl der unterernährten Menschen weltweit (in Mio.)

Quelle: Welternährungsorganisation (FAO), 2019 und Oxfam, 2019. Diagramme von F. Sonkin, SID.

⁶ https://www.theguardian.com/global-development-professionals-network/2017/jan/14/aid-in-reverse-how-poor-countries-develop-rich-countries?CMP=share_btn_fb&fbclid=IwAR3Hevd03vf3dZwQ-Pt4pdV-5GHZomNG8bdmruV9fAS9yQd_aHyKfkznB0

⁷ <https://sustainabledevelopment.un.org/sdg10>

⁸ <http://www.fao.org/publications/sofi/en/>

⁹ <https://unhabitat.org/up-for-slum-dwellers-transforming-a-billion-lives-campaign-unveiled-in-europe/>

¹⁰ <https://www.credit-suisse.com/about-us/en/reports-research/global-wealth-report.html>

¹¹ <https://www.theguardian.com/business/2019/jan/21/world-26-richest-people-own-as-much-as-poorest-50-per-cent-oxfam-report> ; <https://inequality.org/facts/global-inequality/>

wird von der Mehrheit der Werktätigen auf der ganzen Welt geteilt. Und dieses Gefühl erreicht langsam einen Kipppunkt. Soziale Bewegungen wie *Occupy Wall Street* - und ihre anschließenden Proteste in 951 Städten in 82 Ländern im globalen Norden und Süden -, die *indignados*/15M in Spanien, *Nuit Debout* in Paris, und so viele andere der jüngsten Volksaufstände auf der ganzen Welt, haben die Macht der Menschen gezeigt, sich gegen Ungleichheit, den Finanzkapitalismus und antidemokratische Regierungsführung zu verbünden. Die wachsende Klimabewegung und die von Jugendlichen geleiteten *Fridays for Future*-Streiks spielen eine wichtige Rolle darin, die vielen verschiedenen Dimensionen von Ungleichheit aufzuzeigen. Organisierte Jugendliche gehen weltweit auf die Straße und schlagen angesichts der inakzeptablen Ungerechtigkeit des Klimawandels und der Umweltzerstörung Alarm, da die Klimakrise Menschen nicht nur entsprechend ihrer wirtschaftlichen Situation und geografischen Standorts trifft, sondern ihr Einfluss auch über Generationen hinweg ungleich verteilt ist. Diejenigen, die dafür verantwortlich sind, die begrenzten Ressourcen unseres Planeten in der Gegenwart übermäßig zu konsumieren, werden nicht gleichermaßen durch die Folgen ihres Handelns belastet sein.

Im Vergleich zum traditionellen Armutsansatz bietet Ungleichheit als Bezugspunkt in der Tat ein bemerkenswertes Transformationspotenzial. Er beschreibt das Problem nicht nur genauer (durch Entmystifizierung von Durchschnittswerten und Aufdeckung von Korrelationen zwischen Entwicklungs Herausforderungen und sozialen Gruppen) und schafft Analysekapazitäten (durch Aufdeckung der Beziehungen zwischen Armut und Wohlstand), sondern bietet auch eine leistungsfähige Faustregel in normativer Hinsicht: Die Beseitigung von Ungleichheiten in ihrem mehrdimensionalen Charakter - sozial, politisch, wirtschaftlich, räumlich und generationenübergreifend - kann zu einer Art Leitstern in einer komplexen Welt werden, einem übergreifenden Ziel, die nachhaltige Entwicklung voranzutreiben und die Ursachen der Marginalisierung zu bekämpfen. Das heißt, dass die Infragestellung der Triebkräfte, die die Ungleichheiten weiter vergrößern, und die Konfrontation der politischen Ökonomien, die es ermöglichen, durch ethische, normative und fiskalische Interventionen die wirtschaftlichen und politischen Eliten zu begünstigen, zu den dringendsten politischen Prioritäten für die Förderung des sozioökonomischen Wandels gehören. Tatsächlich zeigt die Analyse mehrdimensionaler Ungleichheiten, wie einige soziale Gruppen und Gemeinschaften grundsätzlich von Entwicklungserfolgen nicht profitieren, und

macht so auch ungleiche Machtstrukturen innerhalb von Gesellschaften offensichtlich, von denen sozioökonomische Disparitäten nur eines von vielen Symptomen sind. Daher die Notwendigkeit, sozioökonomische Interventionen mit robusten Prozessen zur Demokratisierung der bestehenden Konzentration wirtschaftlicher und politischer Kräfte zu kombinieren. Das Bemühen, die ungehemmte Ausweitung der Eliten und Interessen des Finanzsektors auf unsere Wirtschaft zu begrenzen und zu regulieren und die finanzielle Gerechtigkeit zu fördern, sind daher wichtige Schritte in diese Richtung.

Finanzielle Gerechtigkeit: Eine zeitgemäße Agenda für Kämpfe um soziale Gerechtigkeit

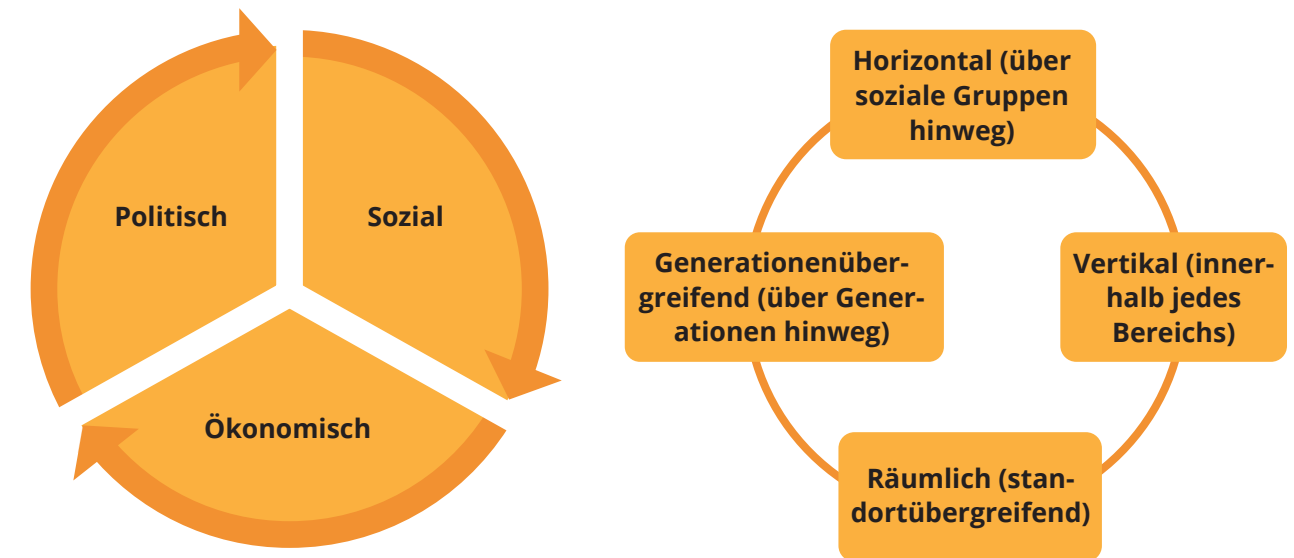


Finanzielle Gerechtigkeit erfordert, das durch den unverhältnismäßigen Einfluss und die Macht des Finanzsektors auf die Weltwirtschaft entstandene Ungleichgewicht zu korrigieren. Finanzielle Gerechtigkeit

erkennt die dringende Notwendigkeit an, das Finanzsystem durch mehr Transparenz, auf die Menschen ausgerichtete Regulierung, demokratische Institutionen und öffentliche Aufsicht wieder in demokratische Verantwortung und Kontrolle zu bringen. Sie erscheint als eine zeitgemäße Antwort auf die herrschende Allgegenwart von Finanzakteuren, Produkten und Märkten und ihrer Macht über das Leben der Menschen, insbesondere in ihrer Rolle als zeitgenössische Triebkraft von Ungleichheiten.

Als Teil der Bemühungen, Ungleichheiten durch strukturellen wirtschaftlichen Wandel und finanzielle Gerechtigkeit abzubauen, werden in dieser Publikation verschiedene Kämpfe beleuchtet, die der Finanzialisierung von Grundversorgungsleistungen und anderen wichtigen Lebensbereichen entgegenwirken: 1) Nahrung und Land, 2) Gesundheit, 3) Frauenrechte, 4) Wohnen und 5) Infrastruktur. Mit der Ungleichheit als Ausgangspunkt der Analyse werden überverkaufte, finanziell orientierte Lösungen für die Entwicklung und die zunehmende Rolle von Finanzakteuren, Märkten und Motivationen in so vielen Bereichen unseres Alltags als Schlüsselfaktoren für systemische Ungerechtigkeiten und die Erosion der Menschenrechte und der Umwelt erkannt. Schließlich zielt diese kollektive Anstrengung darauf ab, die Neigung zu überwinden, in Silos zu operieren und vielfältige Kämpfe für soziale und ökologische Gerechtigkeit zusammenzuführen, um eine gemeinsame Agenda für finanzielle Gerechtigkeit voranzutreiben.

Abbildung 2: Die verschiedenen Bereiche und Dimensionen der Ungleichheit



Quelle: S. Prato, *Development*, 2014

Darüber hinaus bietet die Publikation eine neue Perspektive, die dabei helfen kann, die mit Nachdruck verfolgte Strategie der Mobilisierung privater Finanzmittel zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung kritisch zu betrachten. Denn dieser Ansatz überschätzt nicht nur die Bedeutung von finanziellen gegenüber politischen Herausforderungen, sondern führt auch zu einer weiteren Stärkung der Finanzkontrolle über die Entwicklungsumsetzung durch eine Vielzahl von marktbasierenden und häufig falschen Lösungen, anstatt Ursachen für Ausgrenzung und Marginalisierung zu beseitigen. Tatsächlich könnte das langsame Wachstum, das die Erholung der Wirtschaft nach der Finanzkrise charakterisierte, darauf hindeuten, dass Kommerzialisierung und Finanzialisierung miteinander verflochtene Dynamiken sind, die Entwicklungs Herausforderungen eher in den Dienst einer schwächelnden Wirtschaft stellen, als die von übertriebenen Marktliberalisierungsstrategien erzeugten Verzerrungen und Fehlfunktionen in Frage zu stellen.

Ungleichheiten verstehen, um finanzielle Gerechtigkeit zu erreichen

Die aktuellen Entwicklungs Herausforderungen durch die Linse von Ungleichheit zu betrachten, kann ein wirksames Mittel sein, um verschiedene Kämpfe für soziale Gerechtigkeit zu vereinen. Zum Beispiel kann durch eine kritische Analyse von Themen wie Landrechten oder Frauenrechten im Rahmen von

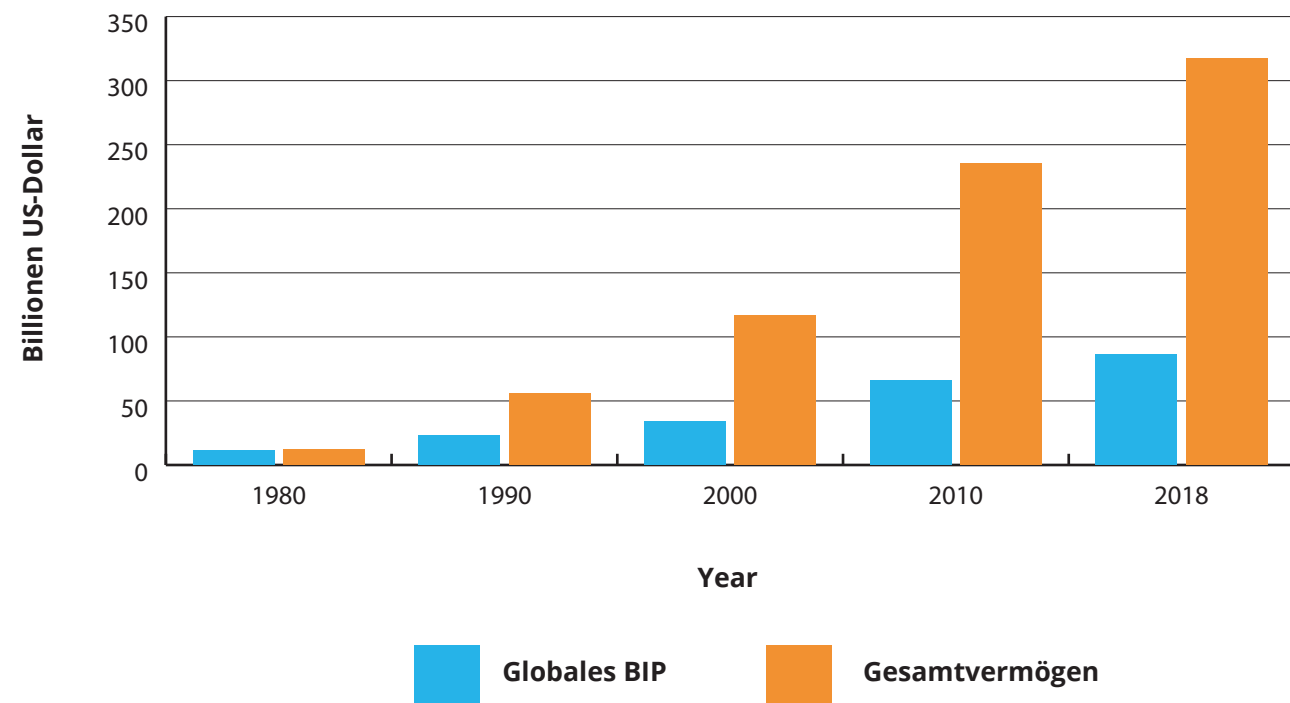
Ungleichheiten festgestellt werden, dass einige soziale Gruppen und bestimmte geografische Standorte mit größerer Wahrscheinlichkeit von mehreren Ungleichheiten betroffen sind, wie zum Beispiel der ungleiche Zugang zu natürlichen Ressourcen in Brasilien (siehe Kapitel 1) oder ungleiche Belastungen durch die Sparpolitik in Argentinien und Simbabwe (siehe Kapitel 3). Diese Anerkennung unterstreicht die Existenz von Machtstrukturen in der Gesellschaft, die solche Ungleichheiten aufrechterhalten und verstärken. In der Tat sind das Erkennen von Machtstrukturen und das Aufdecken der politischen Ökonomie von Ungleichheiten wesentliche Schritte, um ihre Triebkräfte zu bekämpfen und auf Fairness und Gerechtigkeit hinzuarbeiten.¹²

Eine mehrdimensionale Analyse der Ungleichheit (siehe Abbildung 2) legt nahe, dass es bei der Ungleichheitsfrage im Wesentlichen um die Spielregeln selbst geht. Es geht darum, wie politische, wirtschaftliche und soziale Macht an der Spitze eingeschlossen und wie verhindert wird, dass Wohlstand im weiteren Sinne von der Mehrheit geteilt wird. Da die Regeln der Weltwirtschaft so organisiert wurden, dass die Eliten (insbesondere im globalen Norden) auf Kosten des größten Teils der übrigen Menschheit davon profitieren, erfordert die Bekämpfung von Ungleichheiten die Neugestaltung von Regierungsstrukturen, um gleichberechtigte und gerechtere Gesellschaften und Volkswirtschaften aufzubauen.

Die gegenwärtigen Regeln unserer globalen Wirtschaft reproduzieren einen Teufelskreis der Ungleichheit: Wachsende wirtschaftliche Ungleichheit erhöht

12 S. Prato, „Editorial: The Struggle for Equity: Rights, food sovereignty and the rethinking of modernity“, *Development*, 2014.

Abbildung 3: Globales Vermögen im Vergleich zum globalen BIP



Quellen: Credit Suisse 2018 (Global Wealth 2000-2018); Weltbank (für BIP)

die politische Ungleichheit, was dann die Fähigkeit der Unternehmens- und Finanzeliten erweitert, die Politikgestaltung zu beeinflussen, um ihren Wohlstand und ihre Privilegien zu schützen. Ein höheres Maß an Ungleichheit oder die unverhältnismäßige Kontrolle von Ressourcen und der Einfluss auf politische und wirtschaftliche Entscheidungen werden dann an die nächsten Generationen weitergegeben, was sich in den langfristigen Ungleichheiten der ausgegrenzten Gruppen niederschlägt.¹³

Konkreter ausgedrückt, ist es die Konzentration von Vermögen und wirtschaftlicher Macht in den Händen einer relativ kleinen Anzahl von Personen - Bankiers, CEOs und anderen ultrareichen Personen - die es ihnen ermöglicht, eine große Rolle bei der Gestaltung von Institutionen zu spielen, die ihren Wohlstand und ihre Privilegien aufrechterhalten können. Wenn Reichtum politische Macht kaufen kann, entweder durch die direkte Finanzierung politischer Kampagnen oder die Beauftragung teurer Anwälte und Lobbyisten, um auf eine günstige Politik und Gesetzgebung zu drängen,¹⁴ dann kann er auch Einfluss auf Wirtschaftsinstitutionen nehmen, die wirtschaftliche Aktivitäten bestimmen und von ihnen profitieren werden. Diese Dynamik zeigt sich in der Art

und Weise, wie öffentliche Mittel generiert und verteilt werden. Zum Beispiel können große Unternehmen und deren CEOs dank finanzpolitischer Maßnahmen wie Körperschaftsteuersenkungen noch mehr Vermögen anhäufen, was wiederum in mehr Lobbying und politische Kampagnen investiert wird, die ihre Vermögenskonzentration weiter fördern.¹⁵

Obwohl das derzeitige finanzgesteuerte globale Wirtschaftssystem auf der Idee beruht, dass Wirtschaftswachstum und zunehmender Wohlstand das allgemeine Wohlergehen verbessern, indem die Renditen in alle Schichten der Gesellschaft bzw. Teilen der Welt „durchsickern“, so ist dies nachweislich nicht der Fall.¹⁶ Während (einige) Volkswirtschaften weiter wachsen (gemessen am BIP-Wachstum), schrumpft der finanzpolitische Spielraum der Regierungen häufig (unter anderem aufgrund der kombinierten Auswirkungen von zunehmend regressiver Steuerpolitik, Steuerumgehung und -hinterziehung und anderen illegalen Finanzströmen) und die Löhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stagnieren: Der Grund ist die massive Konzentration von privatem Kapital (siehe Abbildung 3).¹⁷

¹³ https://www.2030spotlight.org/en/book/1730/chapter/1-increasing-concentration-wealth-and-economic-power-obstacle-sustainable#footnote10_utsqgho

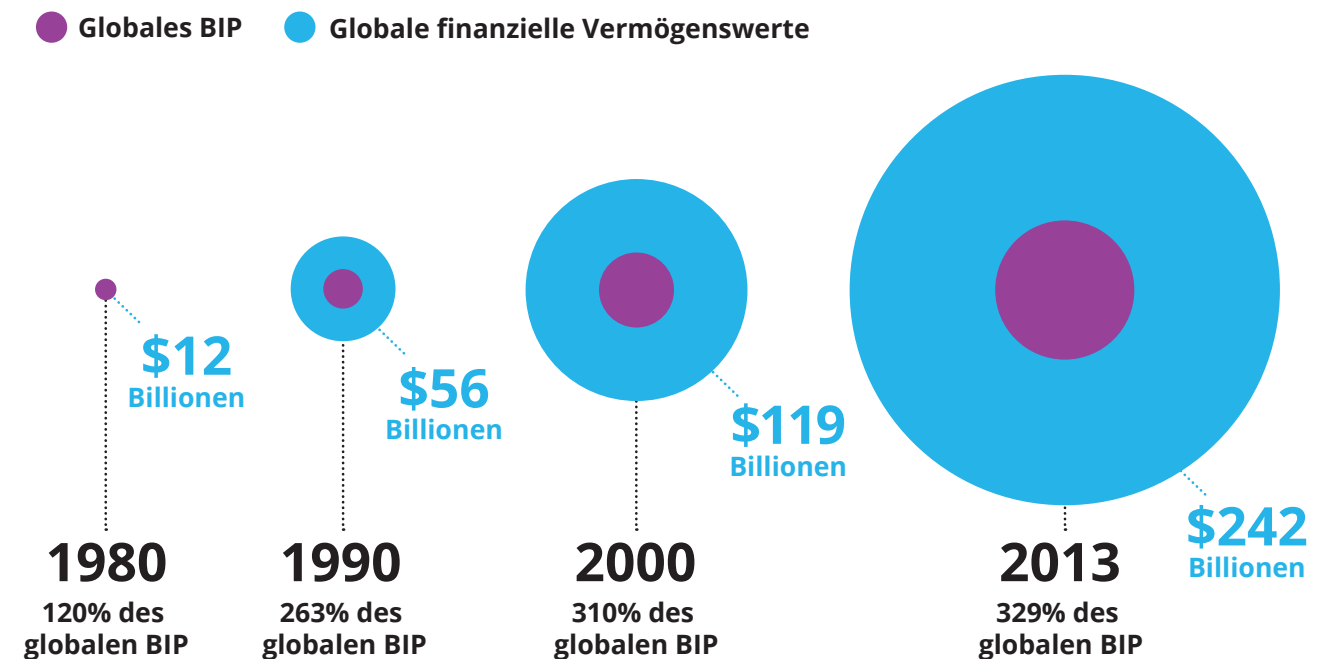
¹⁴ <http://longreads.tni.org/state-of-power-2019/lobbying-political-power/>

¹⁵ Siehe das berühmte Beispiel der Koch-Brüder in den USA: <https://www.theguardian.com/us-news/2019/aug/23/david-koch-death-kochtopus-legacy-right-wing>.

¹⁶ <https://www.epi.org/publication/ceo-compensation-2018/>; <https://www.latimes.com/business/story/2019-08-19/column-trickle-down-is-a-lie>

¹⁷ https://www.2030spotlight.org/sites/default/files/spot2018/Spotlight_2018_web.pdf

Abbildung 4: Globale finanzielle Vermögenswerte im Verhältnis zum globalen BIP



Quellen: Deutsche Bank, 2013; Transnational Institute, 2018

Finanzialisierung: Ungleichheiten fördern und aufrechterhalten

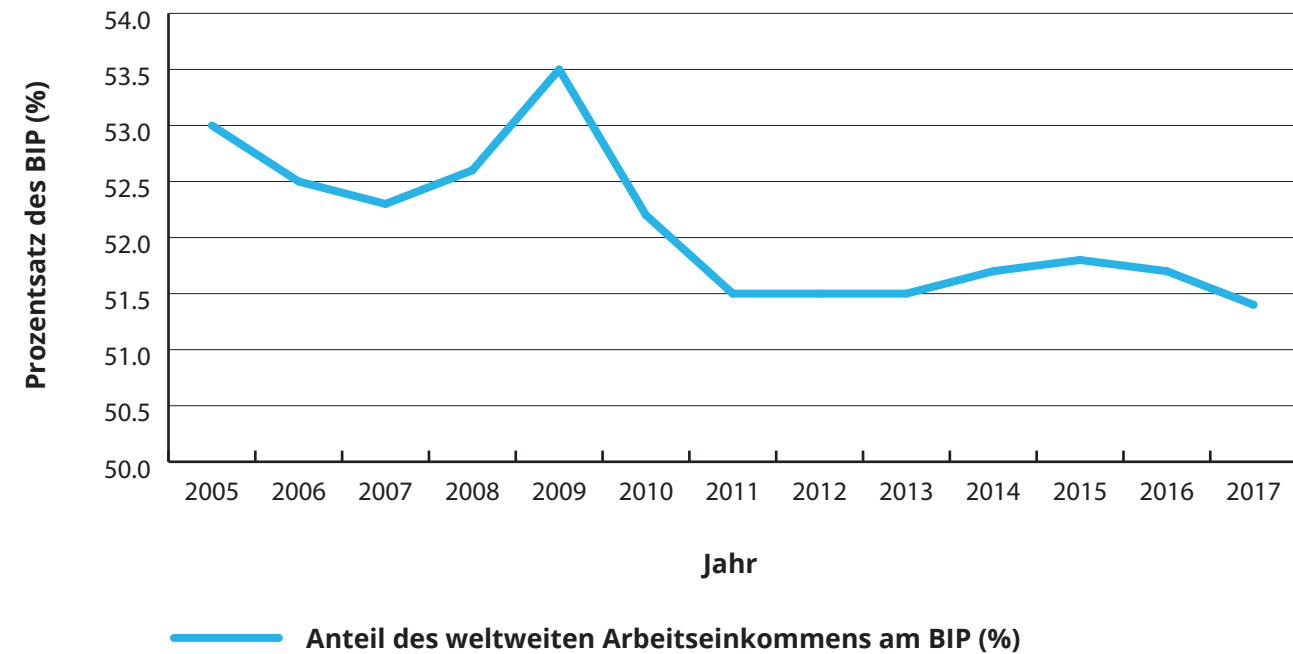
Die Ungleichheit ist kein neues Phänomen. Ungleichheiten wurden jedoch durch die weltweite Verbreitung der Finanzindustrie verstärkt und verfestigt. In den letzten Jahrzehnten haben sich konzentriertes Vermögen und wirtschaftliches Kapital, die nur dank Beibehaltung der Ungleichheiten zwischen sozialen Gruppen und dem globalen Norden und Süden existieren können, für finanzielle Vermögenswerte als ihre bevorzugte und rentabelste Heimat entschieden. Anstatt Wohlstand und gesellschaftliches Wohlergehen durch Investitionen in die produktive Wirtschaft, wie zum Beispiel die verarbeitende Industrie oder die Warenproduktion, zu schaffen, sind Investitionen, die auf zukünftigen Gewinnspekulationen beruhen, zu den wichtigsten Geldverdiensten unserer Zeit geworden. Dieser Wandel in der Anhäufung privaten Vermögens geschieht dank des wachsenden Umfangs und der zunehmenden Rentabilität des Finanzsektors. Er geht jedoch zu Lasten der übrigen Wirtschaft (siehe Abbildung 4) und ist einer der wichtigsten Faktoren, der Ungleichheiten sowohl innerhalb als auch zwischen Ländern weiter vorantreibt. Dies geschieht vor allem auf drei Arten:

- Erstens stammten Gewinne in der Vergangenheit hauptsächlich aus der Warenproduktion und dem Warenhandel, während Vermögen heute größtenteils über spekulative Finanzkanäle gewonnen wird, anstatt in die produktive Wirtschaft reinvestiert zu werden. In Großbritannien beispielsweise gingen vor hundert Jahren 80 Prozent der Bankkredite für echte Investitionen an Unternehmen wie Fabriken, Einzelhandel, landwirtschaftliche Betriebe usw. Derzeit entfallen weniger als 4 Prozent der Geschäftskredite von Finanzinstituten auf das verarbeitende Gewerbe. Stattdessen vergeben Finanzinstitute Kredite hauptsächlich aneinander und investieren in Wohnimmobilien und gewerbliche Immobilien.¹⁸
- Zweitens hängt die sinkende Rentabilität des nichtfinanziellen Sektors auch mit Arbeitslosigkeit, Stagnation und Senkung von Löhnen sowie der Schwächung von Institutionen und Maßnahmen zur Eindämmung von Einkommensunterschieden, wie zum Beispiel gewerkschaftliche Tarifverhandlungen und Mindestlohngesetze, zusammen.¹⁹ Ironischerweise extrahiert der Finanzsektor nicht nur wirtschaftliche Ressourcen, die in Lohnarbeit investiert werden könnten, er verstärkt gleichzeitig auch die Abhängigkeit der Arbeitnehmer*innen von Krediten der Finanzakteure, um ihre

¹⁸ <https://www.theguardian.com/news/2018/oct/05/the-finance-curse-how-the-outsized-power-of-the-city-of-london-makes-britain-poorer>

¹⁹ <https://www.theguardian.com/commentisfree/2019/aug/15/valuing-corporations-over-workers-has-led-to-americas-income-inequality-problem>; https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---stat/documents/publication/wcms_712232.pdf

Abbildung 5: Anteil des weltweiten Arbeitseinkommens am BIP (%)



Quelle: ILOSTAT, 2019

grundlegendsten Bedürfnisse zu erfüllen. Während die Einkommen stagnieren, haben die Privatisierung und die steigenden Kosten für Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheit die Bürger zunehmend in die Schuldenfalle getrieben (siehe Abbildung 5).

- Drittens und vielleicht am wichtigsten: Finanzialisierung und Ungleichheit wurden durch die Verlagerung der wirtschaftspolitischen Steuerung von legitimen auf undemokratische Institutionen weiter gefördert. Dazu gehören die Weltbank, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Welthandelsorganisation, in denen Länder des globalen Nordens einen überproportionalen Anteil an der Verhandlungsmacht innehaben und über die sie Kontrolle über wirtschaftspolitische Entscheidungen im globalen Süden durch Schulden und Finanzierungen mit Konditionalitäten ausüben. Diese Dynamik hat zu politischen Entscheidungen und Reformen auf nationaler und internationaler Ebene geführt, die es den transnationalen Finanzakteuren ermöglicht haben, weiter zu gedeihen und weitgehend immun gegen Vorschriften, Geldpolitik und Steuern zu bleiben. Körperschaftsteuersenkungen, Steueroasen (siehe Abbildung 6), unregulierte ausländische Direktinvestitionen und andere neoliberale wirtschaftspolitische Vorschriften haben das Wachstum der globalen Finanzwelt gefördert und es ihr erlaubt, neue Rollen und Räume zu übernehmen, in denen sie zuvor fehlte. Wir erleben, wie heute Finanzakteure in Skandinavien über Offshore-Unternehmen²⁰

und Private-Equity-Gesellschaften Sozialdienste betreiben, während sie öffentliche Steuern umgehen, oder wie in Spanien nach dem Platzen der Immobilienmarktblase in Jahr 2008 Tausende von verschuldeten Bürgern von Banken aus ihren Unterkünften vertrieben und obdachlos wurden.

Es ist zutiefst beunruhigend, dass die unkontrollierte Ausweitung der Finanzmärkte nicht nur makroökonomische und weitreichende Veränderungen der wirtschaftlichen Funktionsweise mit sich bringt, sondern auch konkrete Auswirkungen auf das Alltagsleben der Menschen und die Umwelt hat. Das derzeitige finanziell gesteuerte globale Wirtschaftssystem hat dazu geführt, dass Regierungen nicht ihren Bürgerinnen und Bürgern sondern Investoren gegenüber rechenschaftspflichtig sind, ihre Menschenrechtsverpflichtungen missachten und sich der Privatisierung zuvor öffentlich erbrachter Dienstleistungen zuwenden, darunter Gesundheit, Bildung und Wasserversorgung. Schließlich wird bei der aktuellen Analyse der Finanzialisierung häufig übersehen, dass der größte Teil der Subventionen für die Weltwirtschaft durch unbezahlte Haus- und Pflegearbeit aus der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung finanziert wird, was die uneingeschränkte Verwirklichung der Rechte der Frauen erheblich einschränkt. Darüber hinaus verschlechtern Finanzkrisen in der Regel die Situation von Frauen, nicht nur, weil ihre Pflegebelastung häufig zunimmt, sondern auch, weil sie in erster Linie und oftmals übermäßig von Sparmaßnahmen und der Straffung von Sozialprogrammen betroffen sind.

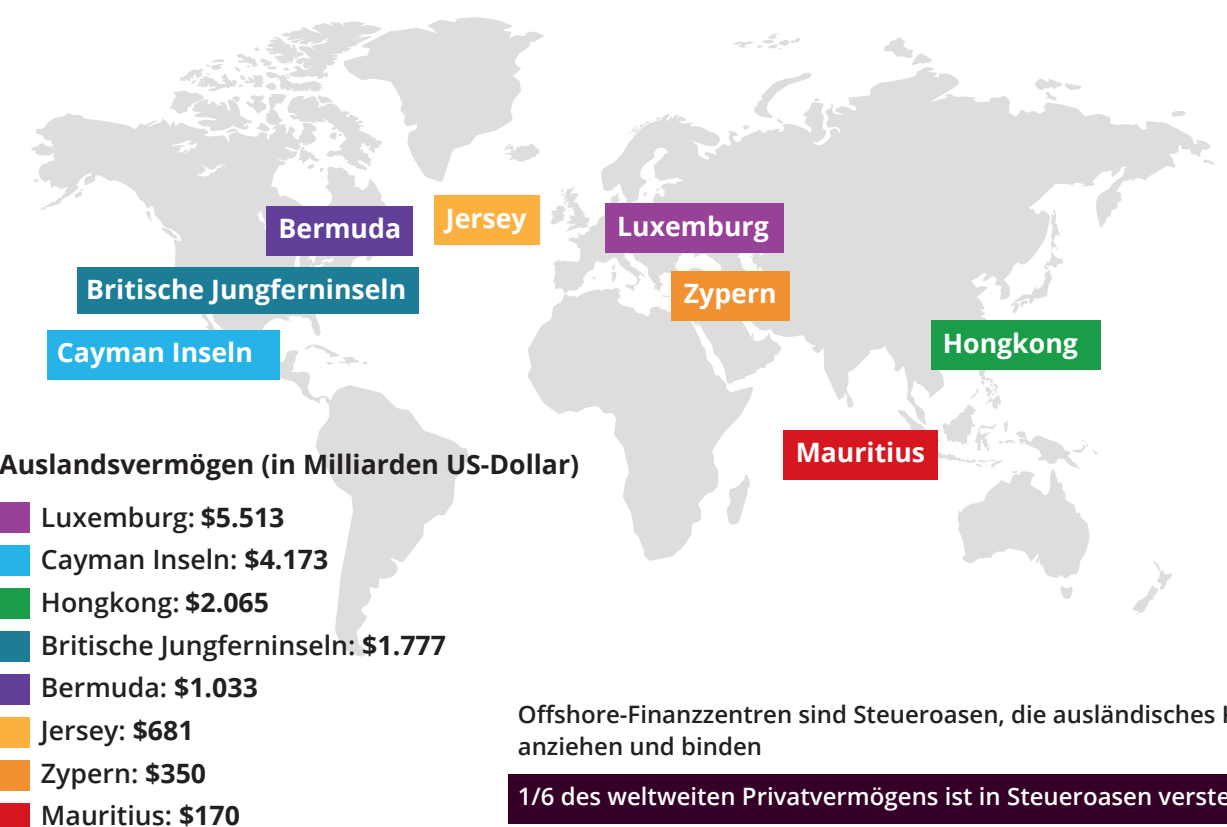
Abbildung 6: Geographie der Finanzkraft: Finanzzentren und Offshore-Finanzzentren

Finanzzentren*



* Top 10-Platzierung gemäß Branchenbenchmark, bei der fünf Faktoren analysiert werden, darunter Business, Umwelt, Infrastruktur und Ruf.

Offshore-Finanzzentren



Quellen: Global Financial Center Index: 2018; Transnational Institute, 2019

Die Finanzialisierung und ihre Auswirkungen auf Entwicklung, wirtschaftspolitische Steuerung und öffentliche Finanzen

In einem Wettlauf nach unten erlassen Regierungen häufig Unternehmenssteuern und verringern Regulierungen für private Investoren, einschließlich sozialer und ökologischer Verpflichtungen, um mit anderen „finanz- und unternehmensfreundlichen Ländern“ zu konkurrieren und private (oft ausländische) Investitionen anzuwerben. Diese (un)regulatorischen Maßnahmen schwächen die Rolle des Staates maßgeblich, indem sie seine Einnahmen reduzieren (siehe Abbildung 7). Infolgedessen greifen Regierungen mit reduziertem finanziellem Spielraum für Investitionen in öffentliche Dienstleistungen auf ausgedehnte Privatisierungen ehemals öffentlicher Dienstleistungen zurück, wie z.B. Gesundheitsversorgung, Bildung, Wasserversorgung und andere wesentliche Dienste.

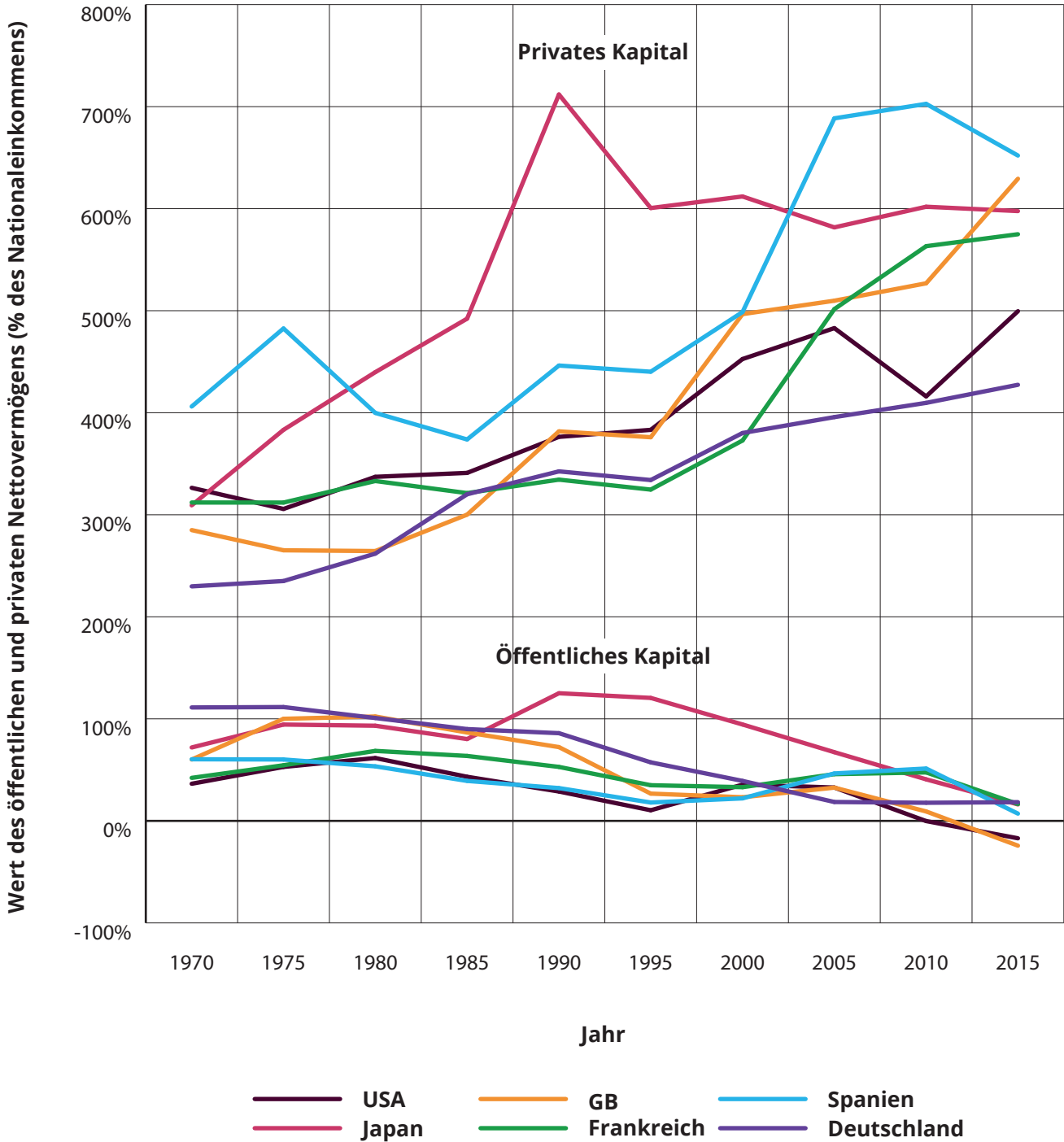
Ein zentrales Merkmal ist die Verlagerung von direktem öffentlichem Eigentum - wo die Regierung für Versorgungsleistungen wie Wasser oder Dienstleistungen wie Gesundheitsfürsorge und Bildung zahlt und diese selbst erbringt - zu einem System indirekter öffentlicher Versorgung - wo die Regierung mit privaten, gewinnorientierten Anbietern zusammenarbeitet.²¹ Dies hat weitreichende Konsequenzen. Erstens führt dies zu einer verminderten demokratischen Rechenschaftspflicht bei Finanztransaktionen, da die Regierung nicht mehr in erster Linie für die Einhaltung der Menschenrechte ihrer Bürgerinnen und Bürger verantwortlich ist. Zweitens hat dies Konsequenzen für die Transparenz, da Verträge zwischen Regierungen und privaten Unternehmen nicht öffentlich sind. Drittens bedeutet dies eine Übertragung der Macht von Staaten (Vertretung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger) auf Finanzakteure (Vertretung der Interessen von CEOs, Aktionär*innen, Finanzmanager*innen, usw.), die von einer Logik des kurzfristigen privaten Profits und nicht des sozialen Wohls der Allgemeinheit geleitet werden. Schließlich

leiten Investitions Garantien zur Gewinnung privater Investoren die Investitionsrisiken von den Unternehmen ab und stützen sich auf öffentliche Mittel (Steuergelder), um die Kosten für Kreditausfälle zu tragen.

Ironischerweise führten dieselben politischen Reformen, die es dem Finanzsektor und den Unternehmen in den letzten Jahren ermöglichten, ihre Gewinne zu steigern, zu geschmälernten öffentlichen Haushalten und zu einer Erhöhung der öffentlichen Verschuldung und damit zu einer Stärkung der Abhängigkeit der Staaten von mehr privaten Investitionen, um traditionell öffentliche Dienstleistungen zu erbringen. Diese Dynamik wurde auch von den Akteuren der internationalen Entwicklungsfinanzierung aktiv gefördert, indem Strategien verfolgt wurden, die öffentliche Finanzierungslücke mithilfe des „Crowding-in privater Investitionen“ oder „innovativer Fremdfinanzierung“ zu schließen.²²

In der internationalen Entwicklungsfinanzierung etablierte Initiativen wie die „Maximizing Finance for Development“-Agenda der Weltbank und ihr *Cascade-Ansatz*²³, sowie die Initiative der Europäischen Kommission zur Nachhaltigen Finanzierung,²⁴ ignorieren die Volatilität und die auf private Gewinne ausgerichtete Mentalität der globalen Finanzmärkte. Zuletzt hat eine besorgniserregende Absichtserklärung zwischen den Vereinten Nationen und dem Weltwirtschaftsforum den Trend zur privaten Finanzierung und zum zunehmenden Einfluss von Milliardären auf die globale wirtschaftliche Entscheidungsfindung weiter verstärkt.²⁵ Es wird davon ausgegangen, dass Anleger und ihre Vermögensverwalter ihre Anlagebemühungen auf Vermögenswerte mit potenziell positiven sozialen oder ökologischen Aspekten ausrichten und so die Umsetzung der weltweiten Ziele für nachhaltige Entwicklung erleichtern könnten. Das Bekenntnis privater Investoren zu den SDGs kommt jedoch nicht billig. Von Regierungen wird gefordert, das Risiko privater Investitionen zu minimieren und die Last für gescheiterte Projekte wie öffentlich-private Partnerschaften (*Public Private Partnerships*, PPPs) auf sich nehmen. Sie werden auch dazu gedrängt, ihr Recht auf Regulierung im öffentlichen Interesse (z.B. für Umweltschutz und Menschenrechte) einzuschränken.

Abbildung 7: Die zunehmende Kluft zwischen privatem und öffentlichem Kapital in reichen Ländern, 1970-2016



Quelle: World Inequality Lab, World Inequality Report 2018

21 <https://www.tni.org/en/publication/financialization-a-primer#Q1>

22 <https://www.worldbank.org/en/news/speech/2018/05/15/leveraging-innovative-finance-for-realizing-the-sustainable-development-goals>

23 <https://www.worldbank.org/en/about/partners/maximizing-finance-for-development>

24 https://ec.europa.eu/info/publications/sustainable-finance-resources_en

25 <https://www.tni.org/en/article/un-signs-deal-with-davos-that-threatens-democratic-principles>

Was ist Finanzialisierung?

Die Überexpansion von Finanzanlagen und Finanzmärkten kam nicht von ungefähr. Während die Finanzialisierung mit dem Aufstieg der Offshore-Finanzzentren in den 1950er und 60er Jahren ihren Anfang nahm, beschleunigte der Fall des Bretton Woods-Währungssystems in den frühen 70er Jahren das Wachstum der globalen Liquidität und löste einen Aufschwung in der Finanzliberalisierung und Deregulierung aus.²⁶

Der Begriff „Finanzialisierung“, der die zunehmende Macht der Finanzakteure über die Wirtschaft beschreibt, wurde nach der globalen Finanzkrise im Jahre 2008 noch populärer und relevanter.²⁷ Obwohl allgemein anerkannt ist, dass der Finanzcrash des Jahres 2008 durch unregulierte und skrupellose Finanzspekulationen ausgelöst wurde, haben nationale Regierungen weltweit seitdem die Deregulierung der Finanzmärkte und die Reduzierung der Körperschaftssteuern verdoppelt.²⁸ Anstatt die Krise als Weckruf für einen systemischen Wandel zu verstehen, wurde die schlecht durchdachte Idee eines von den Finanzmärkten geleiteten globalen Finanzsystems immer noch nicht ernsthaft in Frage gestellt.

Nach der Krise wurden Großbanken gerettet, während Staaten ihre grundlegenden Menschenrechtsverpflichtungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung,

Wasserversorgung und die Bereitstellung angemessenen Wohnraums missachteten. In der Zwischenzeit wurde die wirtschaftliche Belastung durch Sparmaßnahmen - Reduzierung der Sozialausgaben und Erhöhung der Steuern - auf die Bürgerinnen und Bürger übertragen, was den am stärksten Benachteiligten in der Gesellschaft am meisten schadete.²⁹ Die katastrophalen gesundheitlichen Auswirkungen der Kürzungen öffentlicher Ausgaben für soziale Dienste in Griechenland, Irland, Portugal und Spanien belegen dies.³⁰

Auch Gemeinschaften im globalen Süden bekamen die negativen Auswirkungen der verstärkten Umwandlung von Ressourcen wie Land und Umwelt in neue finanzielle Anlageklassen zu spüren. Durch Entwicklungsfinanzierungskonditionalitäten werden oft regulatorische Änderungen eingeführt, um transnationale Finanzakteure anzulocken und es ihnen zu ermöglichen, zu einer mächtigen politischen Kraft zu werden, die in der Lage ist, zu Lasten der Lebensgrundlage der Menschen neue Märkte für die Gewinngenerierung zu schaffen.³¹

In diesem Zusammenhang ist es dringend geboten, die Ausweitung der globalen Finanzmärkte besser zu verstehen, insbesondere ihre enge Beziehung zur zunehmenden Ungleichheit und ihre Auswirkungen auf die Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte.

Finanzialisierung und die Erosion von Menschenrechten und Umwelt

Die zunehmende globale Ungleichheit steht der Chancengleichheit im Wege und führt zu Gesetzen, Vorschriften und Institutionen, die die Mächtigen (einschließlich der Finanzakteure) begünstigen und die Diskriminierung bestimmter Gruppen aufrechterhalten.³² Ihre Auswirkungen spüren vor allem jene, die am stärksten von der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen ausgeschlossen sind, von den Ärmsten, die gleichzeitig am anfälligsten für wirtschaftliche Instabilität sowie Umwelt- und Klimakrisen sind.

Die Transformation von **Land** in einen handelbaren Vermögenswert, den man erwerben und auf den der Meistbietende spekulieren kann, hat einen unmittelbaren Einfluss auf die Möglichkeit der Menschen, es zur **Nahrungsmittelproduktion** zu nutzen, wodurch das Recht auf Lebensmittel, Ernährung und Gesundheit beeinträchtigt wird. Tatsächlich verschiebt sich diese Dynamik stromaufwärts - häufig an entfernte und geheime Orte -, wo Entscheidungen über die Nutzung von Land und anderen Ressourcen getroffen werden. Dies hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Souveränität von Gemeinschaften über Entscheidungen, die sich direkt auf ihren Lebensunterhalt und ihr Wohlergehen auswirken. Diese Auswirkungen sind für Kleinbäuerinnen und -bauern sowohl im globalen Norden als auch im globalen Süden besonders gravierend, wie Beispiele aus Deutschland und Brasilien belegen (Kapitel 1).

Die Finanzialisierung der **Gesundheit** - einschließlich der finanziellen Interessen hinter privaten Gesundheitssystemen und der extremen Finanzkraft der Pharmaunternehmen - wirkt sich erheblich auf die Fähigkeit der Menschen aus, Zugang zu erschwinglichen und hochwertigen (öffentlichen) Gesundheitsdiensten zu erhalten.³³ Darüber hinaus entzieht die Rolle der Versicherungsunternehmen legitimen politischen Prozessen zunehmend die Entscheidungsfindung und hindert damit die Weiterentwicklung von Präventions- und Gesundheitsprogrammen. Auswirkungen sind weltweit zu spüren, von den USA bis nach Griechenland (siehe Kapitel 2). Dies kann wiederum zu der Überlastung von Frauen führen, die übermäßig für die Pflegearbeit verantwortlich sind, insbesondere wenn öffentliche Pflege nicht zugänglich ist (Kapitel 3).

Die Finanzialisierung von **Frauenrechten** hat die Entwicklungsagenda dahingehend beeinflusst, sich auf die finanzielle Inklusion von Frauen als Allheilmittel für die Geschlechtergleichstellung zu konzentrieren. Man begann, den Zugang von Frauen zu Krediten zu erweitern und in Unternehmerinnen als maßgebliche Akteure im Prozess des Wirtschaftswachstums und der wirtschaftlichen Entwicklung zu investieren. Dieser „mikropolitische“ Schwerpunkt hat jedoch die „makropolitische“ Analyse der systemischen Hindernisse für die vollständige Verwirklichung der Rechte der Frau und der Gleichstellung der Geschlechter in den Schatten gestellt. Tatsächlich hat die finanziell gesteuerte Agenda zur „Stärkung der Rolle der Frau“ Auswirkungen auf die zunehmende Verschuldung von Frauen und bleibt hinter der Anerkennung unbezahlter und unterbewerteter Betreuungsleistungen zurück, die Frauen überall, vom globalen Norden bis zum globalen Süden, überfordern (Kapitel 3).

Die Finanzialisierung des **Wohnens** funktioniert auf ähnliche Weise, indem aus einem sozialen Gut und Menschenrecht eine Gewinnmaschine für diejenigen wird, die das meiste Geld zum Investieren und Spekulieren haben. Immobilienspekulationen sind eine Hauptursache für zunehmende Ungleichheit, Obdachlosigkeit und unsichere Wohnverhältnisse. Die mangelnde Erschwinglichkeit und Verfügbarkeit menschenwürdigen Wohnraums gehören wiederum zu den weltweit schwierigsten sozialpolitischen Herausforderungen und sind ein sichtbarer Ausdruck für das Scheitern von Regierungsmaßnahmen. Beispiele aus Dublin und Amsterdam belegen dies (Kapitel 4).

Was die **Infrastruktur**, betrifft, so werden große Infrastrukturprojekte (Straßen, Eisenbahnen, Dämme, Minen usw.) zunehmend an das globale Finanzkapital ausgelagert. Diese privatfinanzierten Projekte zielen darauf ab, Vermögen zu vergrößern und Gewinne für die Aktionäre der Unternehmen zu erwirtschaften, anstatt den Bürger*innen die bestmögliche Qualität zu bieten oder die Rechte von Gemeinschaften zu respektieren. Megainfrastrukturprojekte, die von privaten Investoren häufig als wirtschaftlich tragfähige und hoch rentable Projekte angesehen werden, können erhebliche Auswirkungen auf das Leben und die Umwelt der Menschen haben, einschließlich massiver Vertreibungen und Enteignungen sowie systembedingter Menschenrechtsverletzungen wie im Fall des Mombasa-Mariakani-Highways in Kenia (Kapitel 5).³⁴

26 <https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2013/wp13224.pdf>

27 <http://www.peri.umass.edu/media/k2/attachments/WP394.pdf>

28 <https://www.taxjustice.net/2015/03/18/new-report-ten-reasons-to-defend-the-corporate-income-tax/>

29 https://academic.oup.com/eurpub/article/27/suppl_4/18/4430523

30 Für konkrete Daten zu Griechenland siehe [https://www.thelancet.com/pdfs/journals/lanpub/PIIS2468-2667\(18\)30130-0.pdf](https://www.thelancet.com/pdfs/journals/lanpub/PIIS2468-2667(18)30130-0.pdf); siehe auch <https://www.brettonwoodsproject.org/2018/09/greece-exits-loan-programme-trail-devastation-revealed/>.

31 Siehe Finanzspekulationen auf Land in Brasilien, Kapitel 1.

32 Philip Alston, „The Human Rights Implications of Extreme Inequality“, Februar 2018, Report of the Special Rapporteur on extreme poverty and human rights, 27. Mai 2015 (A/HRC/29/31); NYU School of Law, Public Law Research Paper Nummer 18-06. Erhältlich bei SSRN: <https://ssrn.com/abstract=3117156>

33 <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC5829462/>.

34 https://odg.cat/wp-content/uploads/2016/02/financialization_of_infrastructure_eng.pdf

In diesem Zusammenhang erfordert der Kampf für Gerechtigkeit und Menschenrechte das Verständnis der Finanzialisierung und die aktive Förderung der Entfinanzialisierung. Es ist nun dringend notwendig, die Regierungsstrukturen, die uns in diese Lage gebracht haben, zu hinterfragen und radikal zu verändern. Dafür müssen wir alle in unterschiedlichem Maße *Aktivist*innen für finanzielle Gerechtigkeit* werden.

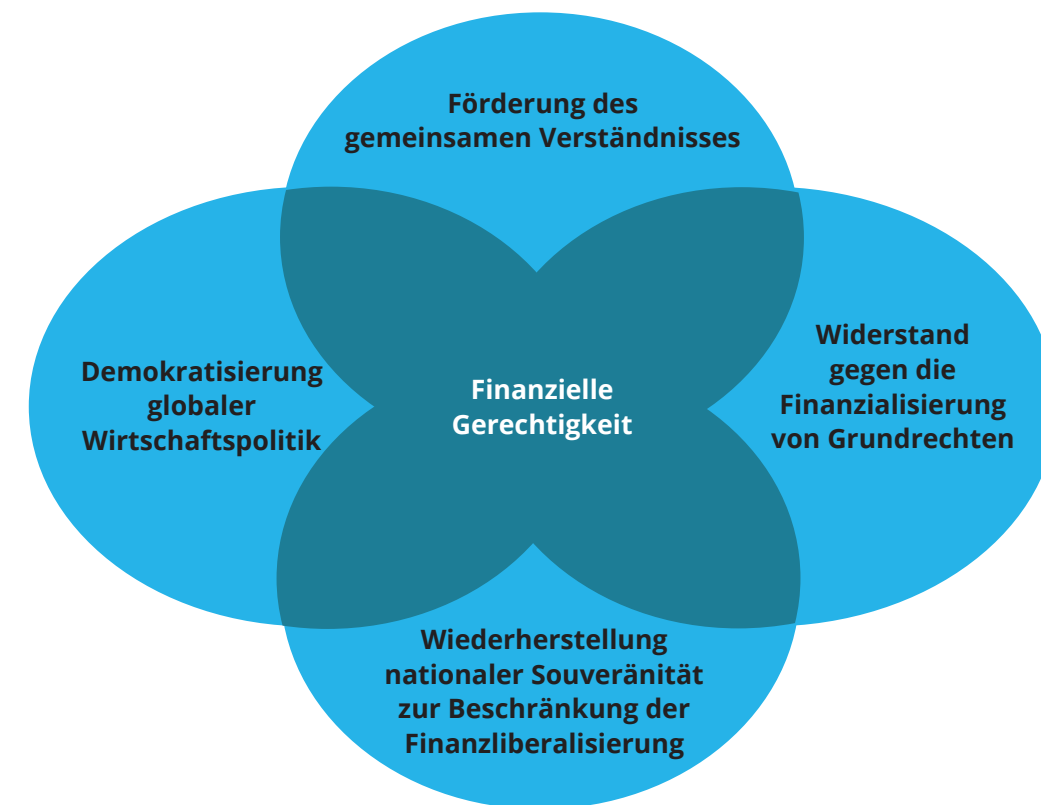
Entfinanzialisierung als Weg zur finanziellen Gerechtigkeit

- Die unregulierte Ausweitung von Finanzakteuren, -mitteln und -motiven auf unsere Volkswirtschaften, Dienstleistungen und internationale Entwicklungszusammenarbeit hat das Leben der Menschen auf der ganzen Welt tiefgreifend beeinflusst; von der Vertiefung und Verfestigung multidimensionaler Ungleichheiten über die Einschränkung des Zugangs von Gemeinschaften zu gemeinsamen natürlichen Ressourcen bis hin zur Einschränkung der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen für marginalisierte und benachteiligte Gruppen. Und so sehr sich die Finanzialisierung auch auf vielen Ebenen und in vielen verschiedenen Aktivitäten manifestiert, so kann der Kampf um finanzielle Gerechtigkeit doch kaum dadurch gewonnen werden, dass nur innerhalb einzelner Bereiche auf Veränderungen gedrängt wird.
- Unterschiedliche Bereiche wie Nahrung und Land, Gesundheit, Frauenrechte, Wohnen, Infrastruktur usw. sind spezifischen Auswirkungen ausgesetzt. Dennoch ist es wichtig, die Herausforderungen in den einzelnen Bereichen zu kennen und die Kämpfe dagegen sowohl geografisch zwischen dem globalen Norden und Süden als auch über mehrere Bereiche hinweg miteinander zu verknüpfen, um ein solch systemisches Problem zu bekämpfen. Die mehrdimensionale Betrachtung globaler Ungleichheiten, d.h. nicht nur in Bezug auf Einkommen oder Eigentum, sondern auch in Bezug auf geschlechtsspezifische, geografische, generationenübergreifende und ethnische Ungleichheiten, ermöglicht eine umfassendere Sichtweise dessen, was soziale und finanzielle Gerechtigkeit bedeuten würde und wie sie erreicht werden kann.
- Es ist daher dringend erforderlich, dass sich soziale Bewegungen auf eine gemeinsame Agenda einigen, um unsere Volkswirtschaften zurückzuerobern,

öffentliche Dienstleistungen zurückzugewinnen und unsere gemeinsamen natürlichen Ressourcen zu schützen. Aus dieser Publikation geht nicht nur hervor, dass lokaler Widerstand gegen die Allgegenwart der Finanzakteure von größter Bedeutung ist. Die Bekämpfung der heute globalen Ungleichheitstreiber, wie der Finanzialisierung, erfordert auch konzentrierte Anstrengungen auf höherer politischer Ebene. Anschließend werden drei Aktionsschwerpunkte vorgeschlagen (siehe Abbildung 8):

- Förderung des gemeinsamen Verständnisses und der ständigen Infragestellung der Dynamik der Finanzialisierung:** Es ist wichtig, die Menschen für die tatsächlichen Auswirkungen der Finanzialisierung auf ihr Leben zu sensibilisieren und neue Analysewerkzeuge bereitzustellen, um die aktuelle Dynamik in Frage zu stellen. Das Aufzeigen des Problems der Ungleichheit und wie die Vielzahl und Ausweitung von Finanzakteuren und -dienstleistungen dazu beiträgt, kann eine unbeabsichtigte Komplizenschaft verhindern, insbesondere angesichts der heimtückischen und allzu subtilen Art und Weise, in der diese Dynamiken mehrere Lebensbereiche infiltrieren.
- Es gilt andauernden Versuchen zu widerstehen, Entscheidungskompetenzen aus legitimen und demokratischen Politikbereichen auszulagern, häufig im Namen von „besseren Finanzierungsmöglichkeiten“ für schnelleren Fortschritt:** Die jüngste globale Finanzkrise hat die Schwachstellen eines liberalisierten, an den Interessen von privaten Investoren ausgerichteten Finanzsystems kritisch aufgezeigt. Viele strukturelle Rahmenbedingungen, die zur Krise geführt haben, wurden jedoch, wenn überhaupt, nur in geringem Maße angegangen. Es ist daher unabdingbar, die nationale Souveränität wiederherzustellen, um die nächste Krise zu verhindern und gleichzeitig die notwendige Finanzierung für eine nachhaltige Entwicklung bereitzustellen. Dies erfordert unter anderem das Potenzial von nationalen Entwicklungsbanken zu nutzen, die Wiederherstellung der Verwaltung der Kapitalkonten im Rahmen der standardmäßigen politischen Instrumente der Regierungen und die Einführung eines Systems für Finanztransaktionssteuern;³⁵
- Demokratisierung globaler Wirtschaftspolitik:** Auf globaler Ebene sollten soziale Gerechtigkeit und die Einhaltung der Menschenrechte im Mittelpunkt der Neugestaltung mächtiger globaler

Abbildung 8: Mehrere Handlungsebenen sind erforderlich, um Entfinanzialisierung und finanzielle Gerechtigkeit zu erreichen



Institutionen und der Reform der globalen Wirtschaftspolitik stehen. Verschiedene soziale Bewegungen sollten sich zu einer gemeinsamen Agenda zusammenschließen und für die Reform bestehender und die Schaffung neuer Institutionen eintreten, die die neuen und sich schnell entwickelnden Finanzakteure regulieren und das Finanzsystem wieder unter demokratische Verantwortlichkeit und Kontrolle bringen können. Dies erfordert nicht nur die Konvergenz bestehender Vorschläge zu wichtigen neuen Säulen einer demokratisierten globalen Wirtschaftspolitik, wie einer zwischenstaatlichen Steuerbehörde und eines koordinierten Verfahrens zur Bewältigung von Schuldenkrisen unter dem Dach der Vereinten Nationen, sondern auch die Beseitigung des

institutionellen Vakuums bei der Regulierung von Finanzakteuren, vor allem, aber nicht ausschließlich, der Vermögensverwaltungsbranche. Solche Maßnahmen könnten zu mehr Transparenz, Beteiligung und öffentlicher Kontrolle der nationalen und globalen Steuer-, Fiskal- und Finanzpolitik führen.

Die Zeit ist reif, den Einsatz der Bürgerinnen und Bürger gegen die vielfältigen Facetten des Finanzialisierungsprozesses anzuerkennen, und Strategien zu entwickeln, um multidimensionale Ungleichheiten anzugehen und finanzielle Gerechtigkeit zu erreichen. Die Zeit des Aktivismus für finanzielle Gerechtigkeit ist gekommen!

35 K. Singh und S.Prato, „Preventing the next financial crisis while financing sustainable development: Three propositions“, *Spotlight Report on Sustainable Development*, 2019, https://www.2030spotlight.org/sites/default/files/spot2019/Spotlight_Innenteil_2019_web_chapter_III_Singh.pdf.

1. Nahrung und Land

Von der Nahrungsmittelproduktion zur Investitionsmöglichkeit: Die Finanzialisierung von Land

von Philip Seufert, FIAN International, basierend auf einer gemeinsamen Analyse mit der *International Planning Committee for Food Sovereignty's (IPC) Land and Territory Working Group*³⁶

Die Transformation von Land in einen handelbaren Vermögenswert, den man erwerben und auf den globale Finanzakteure spekulieren können, hat einen unmittelbaren Einfluss auf die Möglichkeit der Menschen, es zur Nahrungsmittelproduktion zu nutzen, wodurch das Recht auf Lebensmittel, Ernährung und Gesundheit beeinträchtigt wird. Diese Auswirkungen sind besonders gravierend für Kleinbäuerinnen und -bauern in ländlichen Gemeinden im globalen Norden und im globalen Süden. Dieses Kapitel befasst sich insbesondere mit der Finanzialisierung von Land und zeigt, wie globale Finanzakteure und Finanzmärkte zunehmend die Art und Weise beeinflussen, wie Lebensmittel hergestellt, verteilt und konsumiert werden.

Ein Menschenrecht wird zu einer „Investitionsmöglichkeit“

Nahrung ist für uns alle ein Grundbedürfnis und ein Menschenrecht. In den letzten zehn Jahren haben jedoch Finanzakteure wie Investmentfirmen und Banken, Hedgefonds, Vermögensverwalter, Maklerfirmen, Versicherungsunternehmen, Pensionsfonds, Risikokapitalfonds usw. Nahrungsmittel in einen finanziellen Vermögenswert und eine „Investitionsmöglichkeit“ umgewandelt. Die Finanzmärkte dominieren den Nahrungsmittelsektor zunehmend auf allen Ebenen: Nahrungsmittelproduktion, -verteilung und -konsum. Dies hat dramatische Konsequenzen für die Art und Weise, wie Nahrungsmittel hergestellt werden, wie sie auf unsere Teller gelangen, welche Entscheidungen wir darüber treffen, was wir essen und wie wir es konsumieren. Die Folgen sind besonders dramatisch für Gemeinschaften kleiner Nahrungsmittelproduzenten.

Ländliche Gemeinden auf der ganzen Welt sind mit

einer dramatischen Zunahme der Enteignung und Zerstörung ihres Landes, ihrer Flüsse, Weiden, Wälder und Ozeane konfrontiert. Mit anderen Worten laufen sie Gefahr, den Zugang und die wirksame Kontrolle über ihre Territorien zu verlieren, der Grundlage von Gemeinschaften und des sozialen Gefüges. Und es ist der der Finanzkapitalismus, der diesen dramatischen Anstieg vorantreibt. Im sogenannten „Global Land Rush“ oder „Global Land Grab“, einem Landraub auf globaler Ebene, übernehmen transnationale Konzerne und Finanzakteure weltweit die Kontrolle über natürliche Ressourcen, um Gewinne zu erzielen. Zwei Beispiele aus Deutschland und Brasilien veranschaulichen diesen Prozess und seine Folgen.

Die Investmentgesellschaft *KTG Agrar* gehörte zu den größten Grundbesitzern Deutschlands. Nach der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 erwarb sie den größten Teil ihrer Ländereien und profitierte dabei von der Politik der Regierung, Grundstücke zu privatisieren und zu verkaufen, die ehemals dem ostdeutschen Staat gehört hatten. Im Jahr 2016 meldete *KTG Agrar* Insolvenz an und enthüllte ein Netz von fast 100 Tochterunternehmen. Kurz nach der Insolvenz forderten die örtlichen Landwirt*innen eine Umverteilung des Unternehmenslandes auf junge und kleine Landwirt*innen und organisierten eine Landbesetzung. Sie forderten die Behörden auf, die im deutschen Landrecht bestehenden Schutzbestimmungen anzuwenden, wonach die lokalen Behörden Landtransaktionen ablehnen oder einschränken dürfen. Trotzdem gelang es der *KTG Agrar*, den größten Teil ihres Landes schnell an zwei Investoren zu verkaufen, nämlich die weltgrößte Versicherungsgesellschaft *Munich Re* und eine private Stiftung namens Gustav-Zech-Stiftung mit Sitz in der Steueroase Lichtenstein. Sie umgingen bestehenden Vorschriften, indem sie das Land nicht direkt erwarben, sondern die Tochtergesellschaften kauften, die



Eine Frau steht vor ihrem zerstörten Haus im Süden von Piauí, Brasilien. Das Haus wurde zerstört, um Platz für Sojaplantagen zu schaffen. Der Ausbau der Soja-Monokulturen in der Region wird von Geldern aus Pensionsfonds in Europa, den USA und Kanada angetrieben. Bildnachweis: Rosilene Miliotti / FASE

das Land besaßen. Durch dieses Manöver wurde die Möglichkeit ausgeschlossen, dass öffentliche Stellen eingreifen konnten, um diese Landtransaktionen zu regulieren oder zu verhindern.³⁷

In der brasilianischen Region MATOPIBA werden Bauern- und Fischergemeinden von ihrem Land, ihren Wäldern und Flüssen vertrieben, um den Ausbau von Soja-Monokulturen zu ermöglichen. Diese Gemeinden leben seit Generationen in einer Region namens Cerrado, die für das Klima und die Artenvielfalt der Welt von ähnlich großer Bedeutung ist wie der Amazonas. Nun haben Abholzung, die Verunreinigung von Böden und Gewässern durch Agrochemikalien, und die folgerichtige Zerstörung von Lebensunterhalten, das Zerschlagen der Gemeinschaft und die Ernährungsunsicherheit, das Leben in der Region unmöglich gemacht. Darüber hinaus nimmt die Gewalt gegen Gemeinden durch mit Agrarunternehmen verbundene bewaffnete Gruppen stetig zu. In vielen Fällen sind die Einheimischen gezwungen, in die Elendsviertel (*Favelas*) brasilianischer Städte abzuwandern. Der anhaltende Landraub und die ökologische Zerstörung werden durch große Geldsummen

von Pensionskassen aus den USA, Kanada und Europa ermöglicht. Denn lokale und nationale Agrarunternehmen haben Joint Ventures mit transnationalen Finanzakteuren geschlossen. Während diese Akteure schon seit mehreren Jahren die Produktion von Agrarrohstoffen durch die Agrarindustrie finanzieren, ist ihr Hauptziel in jüngerer Zeit das Land selbst geworden. Infolgedessen sind neue Landgesellschaften entstanden, deren Geschäft in der Landspekulation besteht. Diese Entwicklung hat die Gewalt in ländlichen Gemeinden in der Region weiter verschärft und ihre Fähigkeit zur Nahrungsmittelproduktion eingeschränkt.³⁸

Obwohl der Prozess der Vermarktung im Bereich Ernährung und Landwirtschaft nichts völlig Neues ist - zum Beispiel werden Lebensmittel seit Jahrhunderten als Ware gehandelt, und landwirtschaftliche Produkte werden seit Anfang des 20. Jahrhunderts an bestimmten Börsen gehandelt -, so zeigen diese Beispiele, wie vermehrt neue Finanzakteure ihre Finger im Spiel haben, und wie das Tempo und die Intensität der Finanzialisierung in den letzten Jahren zugenommen haben.

³⁶ * Das IPC (*International Planning Committee for Food Sovereignty*) ist eine globale Plattform für soziale Bewegungen kleiner Lebensmittelproduzenten und indigener Völker. Weitere Informationen finden Sie unter www.foodsovereignty.org.

³⁷ Zur weiteren Lektüre siehe Paula Gioia, „Resisting Land Grabbing in Germany“, *Farming Matters*, April 2017. Verfügbar unter: www.ileia.org/2017/04/18/resisting-land-grabbing-germany.

³⁸ Zur weiteren Lektüre siehe FIAN International, Rede Social de Justiça e Direitos Humanos and Comissão Pastoral da Terra (CPT), *The Human and Environmental Cost of Land Business. The Case of MATOPIBA, Brazil*, 2018. Verfügbar unter: <http://bit.ly/MATOPIBALandGrab>.

Auswirkungen auf lokale Bevölkerung und Gemeinden



Die unmittelbaren Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung sind dramatisch. In vielen Fällen handelt es sich um eine regelrechte Enteignung von Land, Wäldern, Weiden und Gewässern, auf die die Menschen angewiesen sind, um zu überleben und ihren Lebensunterhalt anständig zu verdienen. In anderen Fällen können Familien und Gemeinden nicht mehr so produzieren und leben wie früher, weil die Ökosysteme, von denen sie abhängig sind, zerstört wurden: Wälder werden abgeholzt, um Platz für großflächige Plantagen, Straßen, Dämme, Bergwerke usw. zu schaffen; Flüsse werden durch übermäßige Wasserentnahme durch Agrarbetriebe oder Bergbauunternehmen abgelenkt oder ausgetrocknet. Böden und Wasserquellen sind durch gefährliche Chemikalien verschmutzt; Pflanzen sind durch gentechnisch veränderte Organismen (GVOs) kontaminiert, die in industriellen Monokulturen verwendet werden. Straßen, über die die Menschen vor Ort Zugang zu Schulen und Gesundheitsdiensten haben, werden privatisiert oder gesperrt. Überall auf der Welt leisten die Menschen Widerstand, doch die Gewalt und Unterdrückung, der sie ausgesetzt sind, machen es extrem schwierig, unter solchen Bedingungen eine Familie zu ernähren und ein anständiges Leben zu führen. Was übrig bleibt, sind verarmte Landschaften mit endlosen Monokultur-Plantagen, aber ohne Menschen, die lokale Ökosysteme respektieren und pflegen.

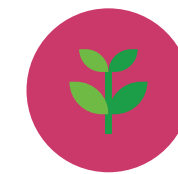
Obwohl die beteiligten „Investoren“ große PR-Kampagnen durchführen, um der Welt mitzuteilen, dass ihre Geschäftstätigkeit zur Verbesserung der Ernährungssicherheit, zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Entwicklung, sowie zum Schutz der biologischen Vielfalt und der Ökosysteme beiträgt, sind es in Wahrheit Gemeinschaften kleiner Lebensmittelproduzenten, die 80 % der Welternährung produzieren.³⁹ Ihre agrarökologischen Systeme bieten menschenwürdige Arbeit und sichern ein Einkommen für Hunderte Millionen von Familien. Gleichzeitig tragen sie zur Erhaltung ländlicher Gemeinschaften bei, die den sozialen Zusammenhalt stärken und vielfältige kulturelle Ausdrucksformen bewahren.

Agrarökologie, die Herausforderung von Machtstrukturen und die Demokratisierung von Ernährungssystemen

Die Agrarökologie ist eine Schlüsselkomponente des politischen Projekts der Ernährungssouveränität, die soziale Bewegungen kleiner Lebensmittelproduzenten und indigener Völker definieren als „das Recht von Einzelpersonen, Völkern, Gemeinschaften und Ländern, ihre Landwirtschafts-, Arbeits-, Fischerei-, Ernährungs-, Land- und Wasserversorgungspolitik selbst zu bestimmen, die ökologisch, sozial, wirtschaftlich und kulturell ihren besonderen Umständen angemessen ist“.⁴⁰ Die Agrarökologie ist ein Vorschlag zur radikalen Umgestaltung unserer Ernährungssysteme und zur Beseitigung der durch das industrielle Ernährungssystem verursachten Schäden, die zur Zerstörung von Ökosystemen, zur Verschlechterung der Bodenqualität, zur Verarmung der Fischerei, zu herbizidtoleranten Unkräutern, zu erhöhten Treibhausgasemissionen und zu Mangelernährung geführt haben, sowie zu schwerwiegenden gesundheitlichen Problemen, verursacht durch eine Ernährung reich an industriell verarbeiteten Lebensmitteln und Junk-Food (Fettleibigkeit, Diabetes usw.). Die Produktionsweisen der Agrarökologie wie Zwischenfruchtbau, traditioneller Fischfang und mobiler Pastoralismus, Integration von Feldfrüchten, Bäumen, Vieh und Fisch, Düngung, Kompostierung, Verwendung regionaler Samen und Tierrassen usw. sind tief in den Kenntnissen und Innovationen, die Bäuerinnen und Bauern und indigene Völker über Jahrhunderte entwickelt haben, und in ihrer Lebensweise, verwurzelt. Die Agrarökologie ist von Grund auf politisch, weil sie Machtstrukturen in der Gesellschaft herausfordert und transformiert. Die Kontrolle über Land, Wasser, Saatgut, Wissen und Kultur muss in den Händen der Gemeinschaften und der Menschen liegen, die die Welt ernähren. Die auf Agrarökologie basierenden vielfältigen Formen der kleinbäuerlichen Nahrungsmittelproduktion fördern regionales Wissen, soziale Gerechtigkeit, Identität und Kultur und stärken die wirtschaftliche Lebensfähigkeit ländlicher Gebiete.

Während es mittlerweile offensichtlich ist, dass das auf fossilen Brennstoffen beruhende, industrielle System der Nahrungsmittelproduktion in keinsten Weise nachhaltig ist, verhindert die Landnahme durch globale Finanzakteure jede Möglichkeit, die Produktion von agrarökologischen Lebensmitteln zu steigern, die regionalen Märkte zu erweitern und nahrhafte und gesunde Ernährung für alle zu garantieren.

Mechanismen der Finanzialisierung von Land



Wesentlich ist, dass viele der neuen „Investoren“ in den Bereichen Nahrungsmittel, Landwirtschaft und Land nicht in erster Linie an der Produktion interessiert sind, sondern an schnellen Erträgen aus Spekulationen auf Nahrungsmittel- und Landinvestitionen. Finanzakteure haben den Ausbau der industriellen Nahrungsmittelproduktion traditionell unterstützt. Finanzfirmen und Geschäftsbanken stellten das Kapital bereit, das Agrarunternehmen für den Ausbau ihrer großflächigen Monokulturen von „Cash Crops“ wie Soja, Zucker, Baumwolle, Palmöl, Mais usw. benötigten. In vielen Teilen der Welt hat sich diese Expansion in den 1990er Jahren beschleunigt.⁴¹ Nach der Finanzkrise in Asien und dem Platzen der Dot-Com-Blase in den USA Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre suchte die globale Finanzwelt nach neuen Investitionsbereichen. In diesem Zusammenhang identifizierten sie landwirtschaftliche Rohstoffe wie Soja, Zucker, Mais, Baumwolle, Eukalyptus und Fleisch als einen Bereich, um ihr „überschüssiges Kapital“ zu investieren. Dies führte zu einem sogenannten periodischen „Rohstoffboom“, der zu einem spekulativen Anstieg der Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe führte. Diese spekulativen Investitionen trieben die territoriale Ausweitung von Monokulturen und der Agrarindustrie, insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern, weiter voran.

Nach der Weltfinanzkrise von 2008 setzte jedoch eine bemerkenswerte Entwicklung ein: Während die Preise für Agrarrohstoffe auf den internationalen Märkten sanken, hielt das Interesse der Investoren an Landinvestitionen unvermindert an und der Preis für Land stieg in vielen Teilen der Welt weiter an. Damals begannen Erzeugerorganisationen und NGOs angesichts des von ihnen so bezeichneten

„Global Land Rush“ oder „Global Land Grab“ Alarm zu schlagen, und forderten staatliche Regulierung, um die Rechte der Menschen zu garantieren und zu schützen. Bei vielen Landgeschäften der letzten 10 bis 15 Jahre geht es auf den ersten Blick darum, landwirtschaftliche Großprojekte zu schaffen oder auszubauen. Die territoriale Ausweitung von Plantagen für die industrielle Landwirtschaft dient jedoch hauptsächlich dazu, den Anstieg der Grundstückspreise zu rechtfertigen, sowie Finanz- und Agrarunternehmen die Kontrolle über Land, Wälder und Artenvielfalt zu überlassen. Das Hauptinteresse des Finanzkapitals gilt dem Land, unabhängig von der Produktion von Agrarrohstoffen.

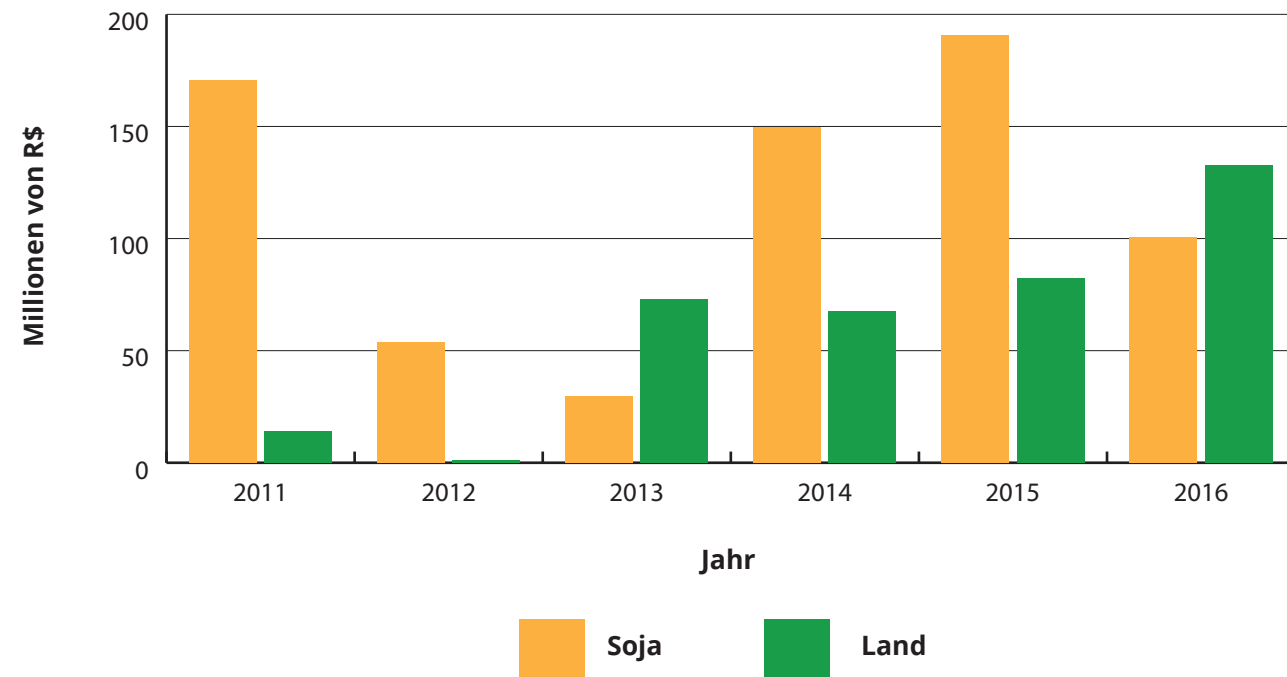
Der oben erwähnte Fall von MATOPIBA, Brasilien, verdeutlicht diese Entwicklung. Einige der in dieser Region im Landgeschäft tätigen Unternehmen sind nach wie vor mit der industriellen Agrarproduktion verbunden. Ein Beispiel dafür ist die Firma SLC (*Schneider Logemann Company*), deren Niederlassung *SLC Agrícola* einer der größten brasilianischen Sojaproduzenten ist, während die Niederlassung *SLC Land Co.* zu einem großen Akteur im Landgeschäft geworden ist. SLC kontrolliert fast eine halbe Million Hektar Land in Brasilien, wobei rund 300.000 Hektar mit Soja bepflanzt sind. Im Jahr 2015 erwirtschaftete SLC erstmals mehr Einnahmen durch Käufe und Verkäufe von Ackerland als durch das historische Kerngeschäft mit Soja.⁴² Andere Unternehmen, die in MATOPIBA tätig sind, sind nicht mehr direkt an die Produktion gebunden und konzentrieren sich voll und ganz auf den Erwerb, den Verkauf, die Verpachtung und/oder die Verwaltung von Land. Ein Beispiel ist das Unternehmen *Radar Imobiliária Agrícola S/A*, das aus einem Joint Venture des US-amerikanischen Pensionsfonds TIAA mit dem größten Zuckerproduzenten Brasiliens, *Cosan*, hervorgegangen ist. Das Ziel von Radar ist es, Erträge aus Landgeschäften zu erzielen, d.h. billige Grundstücke zu erwerben, Farmen darauf zu errichten und sie dann in mehreren Fällen in spekulativen Transaktionen zu verkaufen. Die Einbeziehung internationaler Finanzakteure - in diesem Fall insbesondere von Pensionsfonds aus den USA, Kanada und Europa -, die große Kapitalmengen in Landgeschäfte leiten, ist ein Ausdruck der Finanzialisierung von Land. Sie befeuern die anhaltenden Spekulationen mit dem Ziel, substanziellen Gewinn aus dem Kauf und Verkauf von Land in der Region zu ziehen. Pensionskassen, Investmentfonds und andere Finanzinstrumente profitieren direkt von steigenden Landpreisen, da dies den Wert ihrer Portfolios erhöht.

39 http://www.fao.org/fileadmin/templates/nr/sustainability_pathways/docs/Factsheet_SMALLHOLDERS.pdf

40 Weitere Informationen finden Sie unter: Declaration of the International Forum for Agroecology, Nyéléni, Mali, Februar 2015. Verfügbar unter: <http://www.foodsovereignty.org/wp-content/uploads/2015/02/Download-declaration-Agroecology-Nyeleni-2015.pdf>.

41 Brasilien, einer der weltweit größten Produzenten von Agrarrohstoffen, ist ein gutes Beispiel für diesen Prozess. Siehe Network for Social Justice and Human Rights, *Transnational corporations and land speculation in Brazil*, 2018, S. 10-35. Verfügbar unter: https://social.org.br/images/MATOPIBA_EN.pdf.

42 Ebd.

Abbildung 9: Nettoeinkommen von SCL in Millionen R\$ (2011-2016) aus Soja (blau) und Land (orange)⁴³

Quelle: Network for Social Justice and Human Rights, 2018.

Die Finanzialisierung von Land ist somit eine neue Art, in der das globale Finanzwesen Vermögen extrahieren und anhäufen kann. Die Etablierung von Land als einer neuen Anlageklasse ist ein wichtiger Bestandteil dieses Prozesses. Gleichzeitig haben mehrere Länder Maßnahmen ergriffen, mit denen Finanzinstrumente wie Terminkontrakte und Derivate geschaffen werden können,⁴⁴ die die Spekulation mit Land weiter erleichtern.

Es muss betont werden, dass die zunehmende Dominanz der globalen Finanzwelt über das Land und das Leben der Menschen nicht von ungefähr kommt, sondern das Ergebnis der Politik der letzten Jahrzehnte ist. Heute wird durch den Beitrag verschiedener Institutionen und Strategien ein Umfeld geschaffen, in dem das globale Finanzwesen operieren und die Kontrolle über Gemeinschaftsgüter erlangen kann. Auf nationaler Ebene haben Regierungen und Parlamente die Regulierung von Handel und Investitionen abgebaut, sowie Deregulierungspolitik in Bezug auf Land, Landwirtschaft, Wälder, Ozeane und Fischerei, Umweltschutz, Wohnen, öffentliche Dienstleistungen, Energie, Verkehr und andere infrastrukturbezogene Angelegenheiten, betrieben. In vielen Ländern

fördern und erleichtern Investitionszentren und -agenturen alle Arten von privaten „Investitionen“ und Spekulationen, einschließlich in den Bereichen Landwirtschaft, Bergbau, Tourismus und anderen Sektoren. Die Rolle der öffentlichen Finanzinstitute, die Finanztransaktionen regulieren und überwachen sollen, wächst, denn private Finanzakteure weiten ihre Geschäftstätigkeit auf neue Bereiche aus. In vielen Fällen fungieren diese Institutionen als Förderer des Finanzkapitalismus. Ein Beispiel ist die Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion der Europäischen Union (GD FISMA).⁴⁵ Sie hat Verfahren gegen mehrere EU-Mitgliedstaaten eingeleitet, die Gesetze verabschiedet haben, die den Landmarkt regulieren und den Landbesitz von Unternehmen und/oder Ausländern einschränken. Die GD FISMA erklärt, dass die EU-Mitgliedstaaten in erster Linie den freien Kapitalverkehr innerhalb der EU gewährleisten müssen, was eines der Kernprinzipien der Union ist.⁴⁶ Das bedeutet, dass die Rechte der Menschen dem freien Kapitalverkehr unterliegen. In anderen Fällen sind es staatliche Ministerien, die die Geschäftstätigkeit von Finanzinstrumenten wie Pensionsfonds, die ihrer Aufsicht unterliegen,

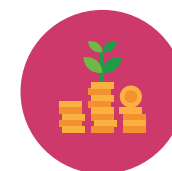


Eine sambische Frau zeigt das Land, das ihre Gemeinde genutzt hat, bevor es von dem internationalen Investor *Agrivision* beansprucht wurde. Bildnachweis: Roman Herre / FIAN Deutschland

nicht angemessen überwachen und nicht für deren ordnungsgemäße Regulierung sorgen.

Tatsächlich sind viele Staaten - insbesondere reiche Länder - lax in Bezug auf Vorschriften zur Durchsetzung der Rechenschaftspflicht transnationaler Unternehmen und internationaler Finanzströme, oder lehnen solche Vorschriften ab. Sie verlassen sich vielmehr auf den guten Willen der Unternehmen und freiwillige Selbstregulierungssysteme, die keine Hürden für die Einhaltung der Menschenrechte und der Erhaltung der Umwelt durch Unternehmen und Investoren und keine Bestimmungen für die Bestrafung der von ihnen begangenen Straftaten vorsehen. Gleichzeitig werden Wirtschafts- und Finanzakteure zunehmend als Schlüsselakteure der Regierungsführung, einschließlich der politischen Entscheidungsfindung, betrachtet. Dies verändert grundlegend die Art und Weise, wie die öffentliche Hand ihre Befugnisse auf allen Ebenen ausübt, insbesondere auf nationaler Ebene und im multilateralen System der Vereinten Nationen.

Entwicklung oder Profit?



Auf internationaler Ebene haben internationale Finanzinstitutionen, einschließlich Entwicklungsbanken, eine wichtige Rolle dabei gespielt, den Weg für den Einmarsch des globalen Finanzwesens in das Land und das Leben der Menschen zu ebnen. Dies deutet darauf hin, dass die Logik des Finanzwesens immer mehr Sektoren und Politikbereiche durchdringt. Ein Beispiel ist die Entwicklungszusammenarbeit. Tatsächlich verhalten sich die Agenturen für Entwicklungszusammenarbeit,

insbesondere ihre Finanzzweige (die sogenannten Entwicklungsfinanzierungsinstitute, DFIs), trotz ihres öffentlichen Mandats, zur Politik der Entwicklungszusammenarbeit beizutragen, zunehmend wie jeder andere Finanzinvestor. Ein Beispiel ist die Beteiligung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit an einem landwirtschaftlichen Großinvestitionsprojekt in Sambia.

Sambische Bauerngemeinschaften kämpfen darum, ihr Land gegen den Finanzinvestor *Agrivision Africa* zu verteidigen. Das Unternehmen mit Sitz in der Steueroase Mauritius gehört der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) der Weltbank, der norwegischen Entwicklungsfinanzierungseinrichtung (*Norfund*) und einem in Südafrika ansässigen Investmentfonds namens *Zeder*. *Agrivision Africa* erwarb über seine Tochtergesellschaft *Agrivision Zambia* mindestens sieben landwirtschaftliche Betriebe mit einer Gesamtfläche von rund 19.000 Hektar. Ein massiver Geldzufluss zur Steigerung der Produktivität der Farmen durch Mechanisierung, Bewässerung und andere kapitalintensive Prozesse führten auch zu einer weiteren Expansion. In der Provinz Mkushi, dem „Herzen der sambischen Agrarindustrie“, weitete *Agrivision* die Felder auf die Grenzgebiete aus, die seit vielen Jahren von der örtlichen Gemeinde Ngambwa für die Lebensmittelproduktion bewirtschaftet werden. Jetzt hat diese Gemeinde den größten Teil ihrer landwirtschaftlichen Nutzfläche verloren und wurde mehrmals von den privaten

⁴³ Network for Social Justice and Human Rights, 2018

⁴⁴ Derivate sind finanzielle Wertpapiere, deren Wert von einem zugrunde liegenden Vermögenswert oder einer Gruppe von Vermögenswerten abhängt oder von diesen abgeleitet ist. Das Derivat selbst ist ein Vertrag zwischen zwei oder mehreren Parteien, und sein Preis wird durch Schwankungen des Basiswerts bestimmt. Die gängigsten Basiswerte sind Aktien, Anleihen, Rohstoffe, Währungen, Zinssätze und Marktindizes. Ein Terminkontrakt ist eine rechtsverbindliche Vereinbarung, eine bestimmte Ware oder einen bestimmten Vermögenswert zu einem festgelegten Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft zu kaufen oder zu verkaufen. Terminkontrakte werden an Terminmärkten oder Terminbörsen gekauft und verkauft, um zu einem vereinbarten Zeitpunkt in der Zukunft zu einem zum Zeitpunkt des Geschäfts festgelegten Preis geliefert zu werden.

⁴⁵ Eine Generaldirektion der EU ist eine Art Ministerium der EU-Kommission.

⁴⁶ http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1827_en.htm?locale=EN

Sicherheitskräften des Unternehmens mit Räumung bedroht. Einer der Investoren in *Agrivision Africa* ist der in Luxemburg ansässige *African Agricultural Trade and Investment Fund* (AATIF), der sich als „innovative öffentlich-private Finanzierungsstruktur“ bezeichnet. Er wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der KfW-Entwicklungsbank in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bank AG gegründet. Interessanterweise hat das BMZ diesen Fonds in Luxemburg eingerichtet, weil er in Deutschland nicht legal gewesen wäre. Bis 2018 zahlte der Fonds 160 Millionen US-Dollar aus, und generierte einen Gewinn von 33 Millionen US-Dollar - in Luxemburg, nicht in Sambia.⁴⁷

Unter dem Motto „finanzielle Inklusion“ haben sich EZA-Agenturen zu wichtigen Akteuren entwickelt, um armen und ländlichen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern. Wesentlich ist, dass eine ihrer wichtigsten Säulen, die Mikrokreditindustrie, die heute als „finanzielle Inklusion“ bezeichnet wird, private und übertragbare Grundstücke für damit verbundene Hypotheken benötigt. Mikroversicherungen sind ein weiterer Sektor, der zunehmend von der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt wird und arme Menschen in Finanzmärkte und ihre Investitionslogik verwickelt.

Finanzialisierung von Land und digitale Technologien



Die Finanzialisierung im Allgemeinen und die Finanzialisierung von Land im Besonderen hängen auf verschiedene Weise mit der Digitalisierung zusammen, d.h. mit der Integration digitaler Technologien, die auf dem

Prozess der Umwandlung von Informationen in ein digitales Format basieren. In der Tat sind digitale Technologien eine wichtige Voraussetzung, die es dem globalen Finanzwesen erlauben, Kontrolle über die Territorien der Menschen auszuüben. Die Kontrolle

des Finanzgeschäfts und der Cashflows von globalen Finanzzentren aus erfordert Informationsflüsse und Instrumente für die Durchführung von Transaktionen - Kauf und Verkauf von Land, Aktien oder anderen Territorialformen. Die Digitalisierung, die letztendlich die Integration digitaler Technologien in verschiedene Lebensbereiche bedeutet, ist ein wesentlicher Motor der globalen Finanzialisierung. Das exponentielle Wachstum der globalen Finanzmärkte war beispielsweise nur aufgrund von Informationstechnologien, einschließlich des Hochfrequenzhandels, möglich. Digitalisierung und Informationstechnologien waren auch der Schlüssel, um Land und andere gemeinschaftliche Güter auf die globalen Finanzmärkte zu bringen.

Es ist wichtig, zwei Schlüsselaspekte der Digitalisierung von Land zu unterscheiden. Erstens ist der Zugang zu sehr standortspezifischen landbezogenen Daten wie Bodenqualität, Produktionsleistung, Zugang zu Wasser, Waldbedeckung, Entwicklung der Landpreise, Niederschlagsmuster usw. für Investoren von entscheidender Bedeutung. Die Digitalisierung ermöglicht es beispielsweise einem Finanzmakler in Singapur auf solche Informationen für ein Grundstück in Kolumbien zuzugreifen. Unter dem Motto „Digitalisierung der Landwirtschaft“ wird die Erfassung und Privatisierung von Daten in Virtual Clouds intensiv vorangetrieben - angeführt von den transnationalen Konglomeraten *John Deere*, *AGCO* und *CHN*.⁴⁸

Zweitens ermöglicht die Digitalisierung von Landverwaltungsdaten, insbesondere Landbesitz- oder Katasterdaten, (potentielle) Landtransaktionen im virtuellen Bereich. Momentan werden vielfache Anstrengungen unternommen, um die Blockchain-Technologie auf Land anzuwenden. Blockchain ist die Technologie, die Kryptowährungen wie Bitcoin zugrunde liegt, und bezeichnet im Allgemeinen ein offenes, dezentral geführtes Buchführungssystem, das Informationen und Transaktionen zwischen zwei Parteien aufzeichnen kann. Die Blockchain-Technologie ermöglicht nicht nur die Speicherung von Landverwaltungsdaten, sondern auch die Durchführung von Transaktionen über sogenannte „intelligente Verträge“, die weitgehend automatisiert sind und sich selbst durchsetzen. Pilotprojekte werden bereits in verschiedenen Ländern auf der ganzen Welt durchgeführt.⁴⁹ In diesem Zusammenhang wird häufig



Baumplantagenarbeiterin in der Provinz Niassa, Mosambik. Europäische Finanzinvestoren haben den Auf- und Ausbau von Baumplantagen in Nordmosambik forciert. Bäuerinnen und Bauern, die ihr Land verloren haben, sehen sich gezwungen, als Saisonarbeiter*innen mit schlechtem Lohn auf den Plantagen zu arbeiten. Bildnachweis: *Duckin' and Divin' Films*

die Ineffizienz von Staaten und Verwaltungen betont und die Botschaft vermittelt, dass private Akteure bei der Landverwaltung viel effizienter seien, weil sie diese dezentral und ohne Einmischung der Behörden ausführen. Beteiligte Unternehmen versprechen „einfacheren Zugang, höhere Genauigkeit, bessere Skalierbarkeit und Transparenz“,⁵⁰ und noch demokratischere Landverwaltung.

Neue Herausforderungen für Gemeinden, die ihre Rechte verteidigen



Für die betroffenen Menschen und Gemeinden hat die Finanzialisierung neue Herausforderungen mit sich gebracht, um ihre Rechte zu verteidigen und Unternehmen, die an Landraub beteiligt sind, zur Rechenschaft zu ziehen. Dies liegt daran, dass globale Finanzinvestoren häufig aus der Ferne agieren und sich auf ein komplexes Netz internationaler, nationaler und lokaler Zwischenhändler oder Makler, Unternehmen und Investoren verlassen - ob legal oder nicht -, um die Kontrolle über Territorien zu erlangen. Sie kaufen in der Regel Aktien von Unternehmen, die zum Beispiel zur Zusammenlegung von Grundstücken errichtet wurden. Durch solche

Beteiligungsvereinbarungen gelten sie nicht als rechtmäßige Eigentümer der Grundstücke, sondern als „Investoren“, obwohl sie durch ihren Einfluss als Anteilseigner de facto die Kontrolle über das Grundbesitzunternehmen und damit über das Land selbst haben. Solche Vereinbarungen ermöglichen es ihnen auch, Gesetze zu umgehen, die ausländischen Landbesitz einschränken. Darüber hinaus können sie sich der Verantwortung für Landraub entziehen und den Landraubprozess an lokale Makler „auslagern“. Komplexe Investitionsstrukturen - oder Investitionsnetze -, an denen mehrere Akteure, Tochterunternehmen und dergleichen beteiligt sind, werden von Finanzakteuren verwendet, um sich bewusst von jeglicher Art von Verantwortlichkeit für die Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit zu distanzieren.

Darüber hinaus bedient sich das globale Finanzwesen hauptsächlich einer kleinen Anzahl von Finanzzentren, Offshore-Finanzzentren (OFCs) und Steueroasen, um öffentliche Aufsicht und Steuern zu vermeiden.⁵¹ Gemeinden und Organisationen, die wissen wollen, wer in ihrem Gebiet „Investitionsprojekte“ finanziert und davon profitiert, müssen sich auf komplizierte Abläufe der Informationsbeschaffung einlassen. Darüber hinaus wird es nicht nur für sie, sondern auch für die bestehenden Justizsysteme zu einer wesentlichen Herausforderung, die Verantwortung für Missbräuche und Verstöße gegen die Menschenrechte jedem der beteiligten Akteure zuzuschreiben.

⁴⁷ Zur weiteren Lektüre siehe Roman Herre, „Fast track agribusiness expansion, land grabs and the role of European public and private financing in Zambia“, herausgegeben von *Hands off the Land Alliance*, 2014. Verfügbar unter: <http://bit.ly/AgribusinessLandGrabZambia>.

⁴⁸ ETC Group, „Software vs. Hardware vs. Nowhere“, 2016. Verfügbar unter: <http://www.etcgroup.org/content/deere-co-becoming-monsanto-box>. Die Nachfrage nach entsprechenden landwirtschaftlichen Drohnen, Robotern, Sensoren, Kameras usw. wird voraussichtlich von 2,3 Mrd. USD im Jahr 2014 auf 18,45 Mrd. USD im Jahr 2022 steigen.

⁴⁹ Pilotprojekte werden in Georgien, der Ukraine, Schweden, Indien, Australien, Dubai, Honduras, den USA und Ghana durchgeführt. J. M. Graglia und C. Mellon, „Blockchain and Property in 2018: at the end of the beginning“. Präsentiert auf der *Annual World Bank Conference on Land and Poverty*, 2018. Verfügbar unter: www.conftool.com/landandpoverty2018/index.php/02-11-Graglia-864_paper.pdf?page=downloadPaper&filename=02-11-Graglia-864_paper.pdf&form_id=864&form_version=final.

⁵⁰ <https://bravenewcoin.com/news/brazil-pilots-bitcoin-solution-for-real-estate-registration/>

⁵¹ Mindestens 30 % aller ausländischen Direktinvestitionen und etwa 50 % aller Handelsströme fließen durch Steueroasen, während ein Sechstel des weltweiten Privatvermögens in Steueroasen verwahrt wird. Siehe: <http://longreads.tni.org/state-of-power-2019/geography-of-financial-power>.

Widerstand



Soziale Bewegungen von ländlichen Lebensmittelproduzenten und indigenen Völkern verteidigen ihr Land und ihre Territorien schon seit langem vor Landnahme und Umweltzerstörung. Überall auf der Welt leisten Gemeinschaften und Kollektive Widerstand und protestieren gegen „Investitionsprojekte“ jeglicher Art. In einigen Fällen handelt es sich um sehr lokale Kämpfe, manchmal sind sie zu internationalen Kampagnen geworden. Soziale Bewegungen und indigene Völker haben auch um Landrückgabe sowie Agrar- und Wasserreformen gekämpft, da es nicht legitim ist, dass einige wenige den Großteil des Landes, der Wälder, der Meere, der Flüsse und der gesamten Natur, besitzen und kontrollieren. Sie haben auch für die Anerkennung und Gewährleistung ihrer Gebietsrechte gekämpft, einschließlich der traditionellen und kollektiven Besitz- und Bewirtschaftungssysteme ihrer Gemeinschaften.

Auf der Basis der grundlegenden Menschenrechte und der gemeinsamen Vision der Ernährungssouveränität haben soziale Bewegungen von Lebensmittelproduzenten und indigenen Völkern detaillierte Vorschläge zur Verwaltung von Territorien und Naturgütern erarbeitet.⁵² Diese Vorschläge stützen sich weitgehend auf die internationale Anerkennung der Menschenrechte und die sich daraus ergebenden staatlichen Verpflichtungen, insbesondere das Recht auf Nahrung sowie die Rechte indigener Völker auf ihre angestammten Gebiete (Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker) und die Rechte von Bäuerinnen und Bauern und anderen Landbewohner*innen auf ihr Land und ihre natürlichen Ressourcen (Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte von Bauern und anderen Menschen, die in ländlichen Gebieten arbeiten). Die Menschenrechtsverträge und -erklärungen sowie andere von den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verabschiedete internationale Instrumente (z. B. die Leitlinien für die verantwortungsvolle Regulierung von Land, Fischgründen und Wäldern) zeigen, dass die Organisationen der Landbevölkerung in der Lage waren, eine teilweise Anerkennung ihrer Visionen und Vorschläge zu erreichen.

Mit der Finanzialisierung sehen sich die Gemeinden sowohl alten als auch neuen Herausforderungen und Problemen gegenüber, die die Visionen, Rechte und Lebensweisen der Landbevölkerung grundlegend bedrohen. Aufbauend auf früheren Kämpfen müssen wir neue Wege finden, um die Rechte und die Würde der Menschen in diesem neuen globalen Kontext zu verfolgen und durchzusetzen. Das *International Planning Committee for Food Sovereignty* (IPC) hat diese Überlegungen und Diskussionen aufgegriffen. Basierend auf unserer Analyse der Auswirkungen und Triebkräfte der Finanzialisierung haben wir drei Hauptaktionsbereiche identifiziert:

- Erstens die uneingeschränkte Anerkennung und wirksame Umsetzung des Menschenrechts auf Land und Territorium durch Staaten und die internationale Gemeinschaft.
- Zweitens muss sichergestellt werden, dass die Gesetze auf nationaler und/oder regionaler Ebene die Rechte der Gemeinschaften auf ihr Land, ihre Wälder, Weiden, Fischgründe usw. respektieren, schützen und garantieren. Ein wesentlicher Aspekt in diesem Zusammenhang ist die uneingeschränkte rechtliche Anerkennung und Unterstützung der Formen der Selbstverwaltung und der Verwaltung von Land und Gemeindegrundbesitz, einschließlich ihrer traditionellen Besitzverhältnisse und kollektiven Rechte.
- Drittens müssen Staaten basierend auf ihren Menschenrechtsverpflichtungen Rahmenbedingungen für die Regulierung von Unternehmen schaffen, insbesondere für ihre transnationalen Operationen und Finanzströme. Solche Rahmenbedingungen müssen die Rechenschaftspflicht gewährleisten und Sanktionen für von Unternehmen begangene Straftaten vorsehen. Angesichts der Tatsache, dass das Finanzkapital von einer kleinen Anzahl von Finanzknotenpunkten und Steueroasen aus betrieben wird, ist die Schließung solcher geheimer Gerichtsbarkeiten ein wichtiger Bestandteil des Kampfes um soziale Gerechtigkeit.

Doch Regulierung allein wird nicht ausreichen. Deshalb brauchen wir mutige Maßnahmen, die das Vermögen und die Ressourcen, die von den globalen Finanzmärkten angeeignet und angehäuft wurden, resozialisieren und neu verteilen. Mit anderen Worten, wir müssen die (neuen) Enteigner enteignen.

2. Gesundheit

Die Gesundheit als globales, gewinnbringendes Projekt

von Nicoletta Denticio, *Society for International Development* (SID)

„Eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung auf der Grundlage einer neuen Weltwirtschaftsordnung ist von grundlegender Bedeutung für die möglichst weitgehende Verwirklichung von Gesundheit für alle und für die Verringerung der Kluft zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern in Bezug auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung.“

Erklärung von Alma Ata, Weltgesundheitsorganisation, September 1978

Finanzinstitute und die Infrastrukturen der finanziellen Mittlertätigkeit sind die Protagonisten der heutigen Wirtschaftsordnung und spielen im Gesundheitsbereich eine zentrale Rolle. Dieser Prozess, der die globale Gesundheit zunehmend von den Finanzmärkten abhängig macht, wird manchmal als „Finanzialisierung“ bezeichnet, ein Trend, der heute unter dem Motto der nachhaltigen Entwicklung und universellen Gesundheitsversorgung (*Universal Health Coverage*, UHC) propagiert wird. Er wirft jedoch eine Reihe kritischer Fragen auf in Bezug auf die Verwaltung und Organisation des Gesundheitssektors, die Monopolstellungen von Unternehmen und Forderungen nach demokratischer Beteiligung, den ungleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung, sowie die Frage nach einer kulturellen und politischen Neudefinition der Auslegung und Umsetzung eines universellen Rechts auf Gesundheit.

Von Alma Ata zu den Auswirkungen der Finanzkrise von 2008 auf die Gesundheit Griechenlands

Der in der Erklärung von Alma Ata⁵³ erwähnte, untrennbare Zusammenhang zwischen dem

Recht auf Gesundheit und der internationalen Wirtschaftsordnung ist eine schwierige Lektion, die die Griechen nur allzu gut kennen. Ihre Geschichte hat jedoch nichts mit dem Bestreben zu tun, ein Wirtschaftssystem zu entwickeln, das die Verbrechen des Kolonialismus und der wirtschaftlichen Fremdherrschaft „im Sinne sozialer Gerechtigkeit“ ausgleicht, wie es die Verfasser*innen der Erklärung formulierten. Die Griechen haben stattdessen einen unzumutbaren Preis für das auf Privatisierung und Deregulierung basierende ökonomische Chaos der Globalisierung bezahlt, insbesondere die Finanzkrise, die im September 2008 aufgrund der Kreditpolitik der US-Privatbanken ausbrach. Die erste Finanzkrise von planetarischem Ausmaß. Die überwältigenden wirtschaftlichen Anpassungsprogramme, die Griechenland und anderen Ländern von der Europäischen Union (EU) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Zeit der Krise in Europa auferlegt wurden, sind eine deutliche Erinnerung daran, dass die weltweit größten Gläubiger sich kaum für soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und nationale Souveränität interessieren, wenn ihre Finanzen auf dem Spiel stehen. Eines der größten Probleme besteht nach wie vor in einem Bereich, auf den die Europäer seit langem stolz sind: im öffentlichen Gesundheitswesen.

Als Griechenland im Mai 2010 in Verzug geriet, erklärte *Novo Nordisk*, Europas größter Insulinlieferant, als erster seine Entscheidung, bestimmte Insulinsorten (17 Produkte) nicht mehr an Menschen in Griechenland zu verkaufen, die an Typ-1-Diabetes leiden und Insulin für ihr Überleben benötigen (über 50.000 Patienten). Das dänische Unternehmen lehnte die Forderung der griechischen Regierung ab, die Preise um 25 Prozent zu senken, da es sich weigerte, „zu Preissenkungen genötigt zu werden“. Das ist offenbar die Folge, wenn man Unternehmen auf die Welt loslässt. Als Gegenleistung bot *Novo Nordisk* an, ein anderes Produkt in seiner generischen Version kostenlos zur Verfügung zu stellen.⁵⁴ Eine bessere Option für sie, als ihre marktbeherrschende Stellung aufs Spiel zu setzen und den Insulin-Standardpreis für ganz Europa zu überprüfen; und eine bemerkenswerte Bestätigung der Verbindung zwischen Profitdenken und Gesundheit, falls da jemand irgendwelche Zweifel hatte.

52 www.fian.org/fileadmin/media/publications_2015/2011_3_CSOProposals_LandTenureGuidelines.pdf

53 https://www.who.int/publications/almaata_declaration_en.pdf

54 <https://www.bbc.com/news/10189367>

Im Juni 2016 schlug die griechische Nationalbank angesichts der gravierenden Auswirkungen der EU-Sparpolitik auf die Gesundheit Alarm.⁵⁵ Ihr Bericht enthielt Statistiken, die das Ausmaß der Verschlechterung der Gesundheit Griechenlands in den Jahren der Rettungsprogramme und Ausgabenkürzungen belegten. Da die griechische Regierung gezwungen war, Investitionen zu reduzieren und die sozialen Kerndienste stark zu belasten, wurden politische Maßnahmen häufig rasch und ohne ausreichende Berücksichtigung möglicher Folgewirkungen umgesetzt, was dazu führte, dass die Ungleichheit angeheizt und die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung gegen die Krise untergraben wurde. Allein das nationale Gesundheitsbudget wurde zwischen 2009 und 2014 um 36 Prozent gekürzt: Die Kostenteilung für die Gesundheitsversorgung erhöhte sich selbst für Versicherte erheblich, und es wurden Anspruchsbeschränkungen bei der Geburtsvorsorge und einer Reihe anderer wesentlicher Behandlungen eingeführt.⁵⁶ Dieser Kollaps des öffentlichen Gesundheitssystems führte zu einem Anstieg der Kindersterblichkeit um 50 Prozent, insbesondere bei Säuglingen unter einem Jahr, der Zunahme chronischer Krankheiten um 24,2 Prozent aufgrund des Zusammenbruchs des Gesundheitssystems und des Fehlens der erforderlichen medizinischen Behandlungen wegen fehlender finanzieller Mittel, und zu einem starken Anstieg der psychischen Erkrankungen in der Bevölkerung aufgrund der Wirtschaftskrise von 3,3 Prozent im Jahr 2008 auf 12,3 Prozent im Jahr 2013. Laut *British Medical Journal* stieg die Selbstmordrate zwischen 2010 und 2012 um 35 Prozent an.⁵⁷ Griechenlands Rezept gegen den Schock am Gesundheitssystem war eine staatlich subventionierte Krankenversicherung, doch mit einer Arbeitslosenquote von 27 Prozent blieben viele außerhalb der Bezugskriterien.

Finanzialisierung und ihre „Massenvernichtungswaffen“



Die Lage unserer Wirtschaft und die Struktur unseres Lebens in ihrem Kontext wird stark von Finanzströmen und ihrer Volatilität beeinflusst. Dieser Trend wird

manchmal als „Finanzialisierung“ bezeichnet, der „Bedeutungszuwachs von Finanzmotiven, Finanzmärkten, Finanzakteuren und Finanzinstitutionen in der Funktionsweise der Ökonomie, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene.“ Durch Privatisierung, Deregulierung und Kreditflüsse hat die Finanzialisierung eine umfassende Umwandlung des öffentlichen Vermögens in privates Kapital bewirkt. Die Finanzkrise von 2008 hat diesen Prozess nur verschärft, da öffentlich finanzierte Rettungspakete verabschiedet wurden, um die von privaten Finanziers eingegangenen Risiken zu decken.⁵⁸ Durch Privatisierung, Deregulierung und Kreditflüsse hat die Finanzialisierung eine umfassende Umwandlung des öffentlichen Vermögens in privates Kapital bewirkt. Die Finanzkrise von 2008 hat diesen Prozess nur verschärft, da öffentlich finanzierte Rettungspakete verabschiedet wurden, um die von privaten Finanziers eingegangenen Risiken zu decken.⁵⁹ Eine kürzlich erschienene Veröffentlichung des *Transnational Institute* legt nahe, dass „sich die öffentlichen Finanzen auf mehr als 73 Billionen US-Dollar belaufen, was 93 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts entspricht, wenn wir Multilaterale, Pensions- und Staatsfonds, sowie Zentralbanken, miteinbeziehen“. ⁶⁰ Das heißt, dass die effiziente Verteilung von öffentlichem Kapital eine der wertvollsten Aufgaben in einer globalen Wirtschaft darstellt, und dass das Finanzwesen ein enormes Potenzial hat, wenn wir die enorme strukturelle Ungleichheit, die zu dem bestimmenden Merkmal unserer Zeit geworden ist, bekämpfen wollen.

Doch wir können noch vieles besser machen. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 ist ein beredtes Beispiel dafür, dass *laissez-faire* nicht funktioniert. Finanzmärkte, die sich selbst überlassen blieben, produzierten Banken, die zu groß geworden waren, um in Insolvenz gehen zu können („too-big-to-fail“), und stimulierten nicht den Wettbewerb, sondern Oligopole und mehrere Schläge gegen die Versuche der Aufsichtsbehörden, Märkte im öffentlichen Interesse zu organisieren. Die Preise für Finanzanlagen konnten die bevorstehende Krise nicht signalisieren. Die profitablen Spekulationen, die das Wirtschaftssystem stören und zu Zusammenbruch und Elend für die Millionen Betroffenen führen - „finanzielle Massenvernichtungswaffen“, wie sie

Investor Warren Buffet genannt hat -, bringen sehr hohe Kosten für Gesellschaften mit sich, was sich in Griechenland, neben vielen anderen Ländern im globalen Norden und im globalen Süden, nach der Krise deutlich gezeigt hat. Sie beschreiben den Weg, den die Welt einschlägt, wenn „Finanzmärkte, Finanzinstitutionen und Finanzeliten einen größeren Einfluss auf die Wirtschaftspolitik und die wirtschaftlichen Ergebnisse erlangen“. ⁶¹ Darum geht es bei der Finanzialisierung der Wirtschaft. Ein Prozess, der letztendlich genau die Finanzierungsanstrengungen gefährdet, die zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) erforderlich sind, und uns alle für die häufigen Krisenzyklen anfällig macht, die der vom digitalen Hochfrequenzhandel getriebene Kasinokapitalismus zum Überleben braucht.

Ein gesundes Geschäft für die Finanzialisierung der Entwicklung

Die Anreize für privates Finanzkapital im Gesundheitssektor haben ein historisches Vorbild. Die Idee entstammt dem bahnbrechenden Bericht der Weltbank aus dem Jahre 1993, „*Investing in Health*“, ⁶² der jene Reformen einleitete, die die immer größere Wichtigkeit von Märkten und Bareinnahmen im Gesundheitssektor hervorhoben. ⁶³ Der Beginn der Umsetzung der Reform wurde mit Moratorien für die Ausweitung der Gesundheitsversorgung, die Auftragsvergabe für Nebenleistungen in Krankenhäusern und die Einführung extrem umstrittener Gebührenregelungen für Nutzer*innen festgelegt. Bei der Veröffentlichung des Berichts war das Modell der formalen, gewinnorientierten Gesundheitsversorgung im Wesentlichen auf einkommensstarke Länder beschränkt. In weniger als einem Jahrzehnt gelang es der Präsenz von privatem Kapital die globale Gesundheitsverwaltung, Finanzierung und Gesundheitsversorgung unter der verführerischen Tarnung von öffentlich-privaten Partnerschaften (PPPs) zu überschwemmen: prinzipienorientierter Pragmatismus als Ersatz für institutionelle Regelungen. ⁶⁴

Die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) waren der Prüfstein für das öffentlich-private Partnerschaftsmodell, insbesondere

im Kampf gegen Armut und Pandemien in Entwicklungsländern. Diese Agenda wurde jedoch weiterentwickelt, um auf den gesamten Gesundheitssektor abzielen und die Präsenz von Unternehmensakteuren auf dem umstrittenen Gebiet der öffentlichen Entscheidungsfindung im globalen Gesundheitsbereich zu institutionalisieren, ⁶⁵ einschließlich in der Gestaltung der SDGs.

Was sind öffentlich-private Partnerschaften?

Öffentlich-private Partnerschaften (PPPs) werden als logische Reaktion auf die strukturellen Veränderungen in der Beziehung zwischen Staat und Markt gesehen, die seit Beginn der wirtschaftlichen und finanziellen Globalisierung mit der Zurückdrängung staatlicher Zuständigkeiten und dem massiven Anwachsen des Einflusses von Unternehmen eintraten. Sie verkörpern einen grundlegenden Wandel in der Verwaltung öffentlicher Dienstleistungen: von einem auf formalen Strukturen basierenden, institutionellen Aufbau mit nachvollziehbaren Verantwortungsbereichen zu funktionalen Initiativen oder auf Freiwilligkeit basierenden Verträgen, sowie institutioneller Hybridisierung.

PPPs können in ihrer Entstehung und ihren Zielen variieren. Insgesamt handelt es sich um langfristige Verträge zwischen Regierungen und privaten Unternehmen, die durch staatliche Garantien abgesichert sind und bei denen Unternehmen Elemente einer traditionell vom Staat erbrachten Dienstleistung finanzieren, bauen und betreiben, wie z.B. Krankenhäuser, Schulen, Verkehrsmittel und sanitäre Einrichtungen. Unternehmen werden entweder durch Nutzungsgebühren oder durch Zahlungen des Staates kompensiert. Eine klassische Version von PPPs ist das Konzessionsmodell, bei dem der private Partner sich bereiterklärt, ein bestimmtes System (Wasser-, Gesundheits-, Stromversorgung usw.) zu errichten oder zu betreiben und dafür im Gegenzug ein staatliches Monopol erhält, dass es ihm erlaubt, seine Kosten zu decken und Gewinne durch

55 <https://greece.greekreporter.com/2016/06/17/bank-of-greece-report-concludes-greeks-health-deteriorating-life-expectancy-shrinks/>

56 http://www.euro.who.int/_data/assets/pdf_file/0007/266380/The-impact-of-the-financial-crisis-on-the-health-system-and-health-in-Greece.pdf

57 C. Branas, A. Katanaki, et al., „The impact of economic austerity and prosperity events on suicide in Greece: a 30 year interrupted time-series analysis“, *British Medical Journal*, 2014. Verfügbar unter: <https://bmjopen.bmj.com/content/5/1/e005619>.

58 G. A. Epstein, „Introduction: Financialization and the World Economy“. In G. A. Epstein, Hrsg., *Financialization and the World Economy*, Cheltenham: Edward Elgar Publishing Ltd, 2006, S. 3-16.

59 I. Ortiz und M. Cummins, M., „The age of austerity: a review of public expenditures and adjustment measures in 181 countries“, Working Paper, New York and Geneva, Initiative for Policy Dialogue /South Centre, 24. März 2013. Verfügbar unter: ssrn.com/abstract=2260771.

60 L. Steinfort und S. Kishimoto, Public Finance for the Future We Want, Transnational Institute (TNI), Amsterdam, Juni 2019.

61 T. Palley, „Financialization: What it is and Why it Matters“, University of Massachusetts, Amherst Political Economy Research Institute, Working Paper 153, 2007. Verfügbar unter: <https://ideas.repec.org/p/uma/periwp/wp153.html>.

62 <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/5976>

63 M. Mackintosh und M. Koivusalo, *Commercialization of Health Care: Global and Local Dynamics and Policy Response*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2005.

64 P. Utting und A. Zammit, „Beyond Pragmatism: Appraising UN-Business Partnerships“, Markets, Business and Regulation Programme Paper Number 1, Oktober 2006, UNRISD, Genf, [http://www.unrisd.org/unrisd/website/document.nsf/\(httpPublications\)/225508544695E8F3C12572300038ED22?OpenDocument](http://www.unrisd.org/unrisd/website/document.nsf/(httpPublications)/225508544695E8F3C12572300038ED22?OpenDocument).

65 J. Richter, „Public-Private Partnerships for Health: A Trend with no Alternatives?“ *Development* 47(2), 2004, S. 43-48.

Gebühren zu erzielen, die er bei den Nutzern einhebt. Der Hauptgrund, warum Regierungen PPPs verfolgen, ist die Notwendigkeit, die neoliberalen Maßnahmen sparsamer Haushalte zu umgehen, die die öffentliche Kreditaufnahme einschränken. Die Realität ist, dass PPPs in den meisten Fällen die kostenintensivste Finanzierungsstrategie für den öffentlichen Sektor sind, insbesondere auf lange Sicht. Darüber hinaus fördern sie die Ungleichheit, weil sie diejenigen bevorzugen, die bereits reich sind (Vermögens- und Kapitalinhaber), während sie oftmals den Benachteiligten Geld abnehmen.⁶⁶

Die Neuerfindung von Gesundheitssystemen als Marktplätze für Investoren



Die Gesundheit der Bevölkerung ist eine Grundvoraussetzung für nachhaltige Entwicklung, es gibt jedoch enorme Unterschiede bei den Gesundheitsausgaben.⁶⁷

Gesundheitsausgaben sind ein

kompliziertes Produkt der nationalen, internationalen und subnationalen politischen Entscheidungsfindung, des Angebots und der Nachfrage des Gesundheitssystems, der wirtschaftlichen Entwicklung und sogar von Kriegen, Bürgerkriegen, Naturkatastrophen und Umweltfaktoren, die zunehmend mit dem Klimawandel verbunden sind. Das macht die Schätzung zukünftiger Ausgaben von Natur aus ungewiss. Dennoch werden bis 2030 zusätzliche Gesundheitsausgaben in Höhe von 274 Mrd. USD pro Jahr für erforderlich erachtet, wenn die internationale Gemeinschaft Fortschritte in Richtung SDG 3 erzielen will - „ein gesundes

Leben für alle Menschen gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern“.⁶⁸ Die für das bloße Erreichen der SDG 3-Gesundheitsziele prognostizierten Zahlen belaufen sich auf 371 Mrd. USD pro Jahr.⁶⁹ Während solche Ziele Gesundheitsförderungs- und Krankheitspräventionsinitiativen erfordern würden, die weit über die Gesundheitsversorgung hinausgehen, ist es die Gesundheitsbranche, die schnelle Gewinne erzielt.⁷⁰ Schätzungen zufolge werden die weltweiten Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben bis 2030 um 50 Prozent steigen, wobei der größte Teil des Anstiegs auf Länder mit mittlerem Einkommen entfällt.⁷¹ Das Paradoxe ist, dass das Spektrum der Ungleichheiten bei den Gesundheitsausgaben bis 2030 voraussichtlich einen noch größeren Ungleichheitsbogen umspannen wird.⁷²

Aber ist es wirklich ein Paradoxon? Viele Entwicklungen im globalen Gesundheitsbereich veranschaulichen die wachsenden Trends der Finanzialisierung. Zwei Beispiele sind hervorzuheben, um die negativen externen Effekte zu verdeutlichen, die eine kleine Anzahl von Unternehmensketten auf die Gesundheitssysteme, die Steuerung der globalen Gesundheit und die Verringerung des politischen Spielraums zur Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit ausüben können.

Lebenswichtige Medikamente im Brennpunkt von Finanzspekulationen

Nach über zwei Jahrzehnten internationaler diplomatischer Initiativen und Resolutionen und Strategien der Weltgesundheitsorganisation,⁷³ einer Reihe von Rechtsstreitigkeiten und förmlichen Verlautbarungen verschiedener nationaler Oberster Gerichte,⁷⁴ sowie unablässigen Straßenprotesten von zivilgesellschaftlichen Organisationen auf der

ganzen Welt, sind Arzneimittelpreise nach wie vor außer Kontrolle. Die Forderung „Leben vor Profit“ ist immer noch ein paradigmatischer Fall, vielleicht eines der raffiniertesten Beispiele für die Folgen der Finanzialisierung der Gesundheit. Der Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten, Impfstoffen und Diagnostika ist immer noch ein Stolperstein auf dem Weg zur Durchsetzung des Vorrangs des Rechts auf Gesundheit gegenüber dem Handel und des 1995 von der Welthandelsorganisation festgelegten Monopolregimes für geistiges Eigentum,⁷⁵ das Arzneimittelhersteller begünstigte.

Der mangelnde Zugang zu Medikamenten war traditionell ein Problem von Ländern mit niedrigem Einkommen, aber in den letzten Jahren ist er zu einem weltweiten Problem geworden, da Länder mit hohem Einkommen auch auf große Hindernisse stoßen, um den universellen Zugang zu Medikamenten zu gewährleisten. Die Kosten für Forschung und Entwicklung (F&E) gelten nach wie vor als eines der bestgeschützten Geheimnisse in Pharmakreisen und werden häufig massiv überhöhten Schätzungen unterzogen. Dank ihrer Schlagkraft als Lobbyisten⁷⁶ verfolgen Pharmaunternehmen immerfort eine Vielzahl von Strategien, um die Konkurrenz durch Generika zu blockieren und ihre Monopole auf geistiges Eigentum durch neue Runden bilateraler Handelsabkommen zu stärken. Gleichzeitig hat es ihnen die durch ihre Dominanz erlangte Preissetzungsmacht ermöglicht, Arzneimittel schrittweise in spekulative Finanzprodukte zu verwandeln.⁷⁷ Die Kosten für neue Medikamente sind erheblich gestiegen und belasten die Gesundheitsbudgets mit Ausgaben in gigantischer Höhe.⁷⁸ Andererseits wählen Pharmaunternehmen in der Regel Steueroasen oder Niedrigsteuerländer als strategische Standorte ihrer geistigen Eigentumsrechte, um ihre Steuerbelastung zu minimieren.⁷⁹ Steuerbehörden haben Schwierigkeiten, den Zusammenhang zwischen F&E-Aktivitäten und Patentstandort nachzuvollziehen.

Ein typisches Beispiel, und eine Quelle konstruktiver Empörung, ist das in Kalifornien ansässige Pharmaunternehmen *Gilead Science* und dessen transformative Herangehensweise an das Problem des Zugangs zu Arzneimitteln bei der Festsetzung des Preises für das neue, lebensrettende Hepatitis C-Medikament (HCV) *Sofosbuvir*, das von der FDA im Dezember 2013 zugelassen wurde. Das Medikament wurde zuerst unter dem Namen *Solvaldi* für 84.000 US-Dollar (1.000 US-Dollar pro Tablette) für eine volle Behandlungsdauer von 12 Wochen vermarktet. Die Kosten für die Herstellung des Originalmedikamentes lagen unter 1.400 US-Dollar, wobei ein erheblicher Beitrag aus Steuergeldern geleistet wurde. *Gilead* wandte sich an mehrere Generikahersteller in Indien, um freiwillige Lizenzvereinbarungen für die Herstellung desselben Arzneimittels zu unterzeichnen, zu einem Preis von 900 USD für einkommensschwache Länder. Die Lizenzvereinbarung enthielt Beschränkungen, die es Generikaherstellern untersagten, die lizenzierten HCV-Produkte in Länder mit mittlerem Einkommen zu exportieren, in denen die Krankheit weit verbreitet ist, und versperkte damit potentiell Millionen von Patient*innen, die mit HCV leben, den Zugang zu einer Behandlung.⁸⁰ Vertreter*innen des öffentlichen Gesundheitswesens und Expert*innen aus dem globalen Süden schlossen sich zusammen um Behandlungsbarrieren aufzudecken. Ägypten, Indien, Brasilien und die Ukraine fochten die Patentanmeldung des Unternehmens mit der Begründung an, *Gilead* habe öffentlich finanzierte Forschung privatisiert.⁸¹ Regierungen aus dem globalen Norden führten heimliche Preissenkungsverhandlungen mit *Gilead*, um den Zugang zu dem Medikament zu erweitern.

Einem wichtigen Untersuchungsbericht⁸² zufolge haben sich *Gileads* Umsatz und Gewinn seit der Markteinführung verdreifacht - von 11,2 Mrd. USD im Jahr 2013 auf 32,6 Mrd. USD im Jahr 2015. Im gleichen Zeitraum fiel der weltweite Effektivsteuersatz

66 <https://eurodad.org/files/pdf/1546822-public-private-partnerships-global-campaign-manifesto-1507748444.pdf>

67 J. Dieleman, et al., „Future and Potential Spending on Health 2015-2040: Development Assistance for Health, and Government, Prepaid Private, and Out-Of-Pocket Spending in 184 Countries“, *The Lancet* 389(10083), 2017, S. 2005-2030. Verfügbar unter [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(17\)30873-5/fulltext#tables](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(17)30873-5/fulltext#tables).

68 <https://www.who.int/sdg/targets/en/>

69 K. Stenberg et al., „Financing transformative health systems towards achievement of the health Sustainable Development Goals: a model for projected resource needs in 67 low-income and middle-income countries“, *The Lancet Global Health* 5 (9), 2017, S. 875-87. Verfügbar unter <https://www.thelancet.com/action/showPdf?pii=S2214-109X%2817%2930263-2>.

70 Deloitte, 2019 *Global Health Care Sector Outlook: Shaping the Future*, London, Deloitte, 2019. Verfügbar unter <https://www2.deloitte.com/global/en/pages/life-sciences-and-healthcare/articles/global-health-care-sector-outlook.html>.

71 Von 914 USD im Jahr 2014 auf 2072 USD im Jahr 2030 für Länder mit höherem mittlerem Einkommen; von 267 USD im Jahr 2014 auf 525 USD im Jahr 2030 für Länder mit niedrigem mittlerem Einkommen; von 120 USD im Jahr 2014 auf 154 USD im Jahr 2030 für einkommensschwache Länder. Siehe Dieleman et al., „Future and Potential Spending on Health 2015-2040d Private, and Out-Of-Pocket Spending in 184 Countries“, S. 2005-2030.

72 Ebd.

73 Weltgesundheitsorganisation, „Public Health, Innovation and Intellectual Property Rights“, Report of the Commission on Intellectual Property Rights, Innovation and Public Health, WHO, Genf, 2006. Verfügbar unter <https://www.who.int/intellectualproperty/report/en/>. Der jüngste Bericht, *The UN Secretary-General's High Level Panel on Access to Medicines Report*, wurde 2016 veröffentlicht. Siehe <http://www.unsgaccessmeds.org/final-report>.

74 Zum Beispiel der Streit um die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von Südafrika über die Klage von 39 Medikamentenherstellern gegen die Regierung im Jahr 1997 wegen AIDS-Behandlungen, die 2001 auf Ersuchen um Transparenz über ihre Bilanzen endgültig eingestellt wurden; sowie Jahre später der Fall des Obersten Gerichtshofs von Indien, der 2013 die Berufung des Schweizer Pharmariesen Novartis AG auf ein Patent für sein lebensrettendes Krebsmedikament, das in den meisten Teilen der Welt unter dem Markennamen Glivec vermarktet wird, zurückwies. Fünf Jahre nach der Anfechtung von Indiens Anti-

Evergreening-Schutzmassnahme durch Novartis - Abschnitt 3 (d) - wurde der Fall vom indischen Obersten Gerichtshof abgewiesen. Siehe https://en.wikipedia.org/wiki/Novartis_v._Union_of_India_%26_Others.

75 https://www.wto.org/english/docs_e/legal_e/27-trips.pdf

76 Corporate Power, *Policy Prescriptions: the Firepower of the EU pharmaceutical lobby and implications for public health*, 2015. Verfügbar unter https://corporateeurope.org/sites/default/files/20150904_bigpharma_web.pdf.

77 Ich bin der Meinung, dass wir Medikamente wie Finanzderivate behandeln können. Ihre Werte ergeben sich aus der Wertentwicklung anderer „zugrundeliegender“ Einheiten wie Vermögenswerte, Indizes, Wechselkurse oder einer Vielzahl von Optionen (z. B. Kauf und Verkauf des Derivats zu einem vereinbarten Preis während eines vereinbarten Zeitraums). Derivate können an öffentlichen Finanzmärkten oder außerbörslich gehandelt werden (wenn zwischen Finanzspekulant und einer privaten Vereinbarung besteht). Im Falle einiger neuerer innovativer Medikamente kam es zu geheimen, außerbörslichen Verhandlungen zwischen Medikamentenspekulanten und einzelnen Gesundheitsministerien in Europa, um bestimmte Fälle zu nennen.

78 H. Kuchler, „Novartis wins approval for the most expensive drug“, *Financial Times*, New York, 24. Mai 2019, <https://www.ft.com/content/10086870-7e50-11e9-81d2-f785092ab560>.

79 T. Karkinsky und N. Rieder, „Corporate Taxation and the Choice of Patent Location“, *Journal of International Economics*, 2012. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1016/j.jinteco.2012.04.002>. Zu diesem Thema siehe auch, Ernst und Young, *Global Taxation of Intellectual Property: New and Emerging Tax Policies Create High Stakes Balancing Act*, 2016. Verfügbar unter [https://www.ey.com/Publication/vwLUAssets/EY-global-taxation-of-intellectual-property-20160518.pdf/\\$FILE/EY-global-taxation-of-intellectual-property-20160518.pdf](https://www.ey.com/Publication/vwLUAssets/EY-global-taxation-of-intellectual-property-20160518.pdf/$FILE/EY-global-taxation-of-intellectual-property-20160518.pdf).

80 <https://www.msfindia.in/msf-access-campaign-response-gileads-deal-generic-companies-sofosbuvir-and-ledipasvir/>

81 <http://www.treatmentactiongroup.org/content/hepatitis-cure-sofosbuvir-turns-5-majority-people-still-not-treated>

82 Americans for Tax Fairness, *Gilead Sciences Price Gouger, Tax Dodger*, Juli 2016, <https://americansfortaxfairness.org/files/ATF-Gilead-Report-Finalv3-for-Web.pdf>.



Ebenator Community Health Center, Bundesstaat Anambra, Nigeria. Bildnachweis: Christian Aid / Tom Saater

von *Gilead* jedoch um 40 Prozent - von 27,3 Prozent im Jahr 2013 auf 16,4 Prozent im Jahr 2015. Das Unternehmen hatte den größten Teil der US-Gewinne, die es mit seinem sündhaft teuren Medikament verdient hatte, nach Irland verlagert, und danach über zwei irische Tochtergesellschaften auf die Bahamas, eine Steueroase.⁸³

Universelle Gesundheitsversorgung



Die universelle Gesundheitsversorgung (*Universal Health Coverage*, UHC), die den Diskurs im Gesundheitskapitel der SDGs bestimmt, wurde ursprünglich mit der ausdrücklichen Anerkennung von zwei wichtigen Aspekten des öffentlichen Gesundheitswesens konzipiert. Indem sie dem Staat eine zentrale Rolle bei der Finanzierung des Gesundheitswesens und der Regulierung der Qualität und des Leistungsangebots vorschrieb, wurde ein Marktversagen anerkannt. Desweiteren wurde angedeutet, dass die Gesundheit ein öffentliches Gut ist und dass der Staat die Verantwortung hat, einen gerechten Zugang zu Gesundheitsdiensten zu gewährleisten. Von der frühesten Erwähnung der UHC bei der 58. Weltgesundheitsversammlung im Jahr 2005 lag der Schwerpunkt auf der „nachhaltigen Gesundheitsfinanzierung“.⁸⁴ „Die

grundlegende Überzeugung schien zu sein, dass bei gesicherter Finanzierung die Bereitstellung von Gesundheitsdiensten durch eine Vielzahl von Mischformen sichergestellt werden könnte, die sowohl den privaten als auch den öffentlichen Sektor miteinbeziehen“⁸⁵ - alles im Namen der finanziellen Inklusion und der Ausweitung von Finanzdienstleistungen auf einkommensschwache Gemeinschaften. Damit wurde der Traum von einem nationalen Gesundheitssystem aufgegeben, das als integriertes Netz von Dienstleistungen auf der Primär-, Sekundär- und Tertiärversorgungsebene konzipiert war, und durch ein Szenario ersetzt, in dem verstreute Einrichtungen und Dienstleister auf die Kaufkraft zugeschnittene Leistungen erbringen.

Obwohl die UHC breit genug ist, um eine Reihe von öffentlich verwalteten Finanzierungslösungen zu umfassen, ist sie heute einer der treibenden institutionellen Kräfte, die die Durchdringung des sozialen Bereiches der Gesundheit von privaten Finanzmitteln auf Länderebene anregt und fördert. Auch wenn sie verschiedene Formen annimmt, so zeichnet sich die UHC im Allgemeinen durch gezielte Bemühungen aus, Modelle der Gesundheitsfinanzierung zu begünstigen, die auf *erschwinglichen* Nutzergebühren und freiwilligen Krankenversicherungssystemen basieren, sowie auf dem Ausbau privater Infrastrukturen im

Gesundheitswesen.⁸⁶ Auf diese Weise eröffnen kreditbasierte Ansätze wie Mikrofinanz neue Möglichkeiten für Rent-Seeking bei den Armen und lädt die Bürgerinnen und Bürger gleichzeitig dazu ein „ihr tägliches Leben durch aktives, individuelles Risikomanagement zu organisieren und durch den Erwerb von Krediten und Versicherungen mit den Finanzmärkten in Kontakt zu treten“.⁸⁷ So werden aus *Rechtsinhaber*innen investierende Subjekte*, die individuell mit der Volatilität der Finanzmärkte gegen die Risiken von Lebensereignissen konfrontiert sind.

Die wiederholte Einladung, von Finanzgeschäften zu leben, ist jedoch nicht nur auf die Armen der Welt beschränkt, sondern greift auch in Gesellschaften mit universellen, nationalen Gesundheitssystemen, wie Großbritannien und Italien, um sich, und verursacht in der Regel verstärkte Ungleichheit, steigende Kosten und Marktkonzentration.⁸⁸ In Italien, wo das universelle öffentliche Gesundheitssystem für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes von wesentlicher Bedeutung war und noch heute für die hohe Lebenserwartung der Bevölkerung verantwortlich ist⁸⁹, wird es nach und nach zugunsten privater Versicherungssysteme aufgespalten und abqualifiziert. Angesichts einer alternden Gesellschaft wurde das Gesundheitsbudget zwischen 2010 und 2012 um 25 Milliarden Euro gekürzt.⁹⁰ Lokale Gesundheitseinheiten wurden abgebaut (von 642 in den 1980er Jahren auf 101 in 2017) und 175 Krankenhäuser wurden dementsprechend geschlossen. Der überzeugende Titel des Censis-Rbm-Berichts von 2018 - *Ressentiments im Gesundheitswesen, Ressentiments gegen das Gesundheitswesen: Szenen aus einem ungleichen Land*⁹¹ - illustriert das beunruhigende Porträt einer außer Kontrolle geratenen „Out-of-pocket“-Gesellschaft. Die privaten Auszahlungen für Gesundheitsdienstleistungen stiegen von 2013 bis 2017 um 9,6 Prozent und zwangen über 7 Millionen Menschen, Schulden zu machen oder ihre Häuser zu verkaufen (2,8 Millionen), um Zugang zu ihrem verfassungsmäßigen Recht auf Gesundheitsversorgung zu erhalten. In Anbetracht der wichtigen Rolle des öffentlichen Gesundheitssystems für die Förderung der sozialen und wirtschaftlichen

Entwicklung in den letzten Jahrzehnten kann der schrittweise Verkauf an private Versicherungssysteme zur mühelosen Kolonialisierung der alternden italienischen Gesellschaft als eine regelrechte Katastrophe bezeichnet werden. Und als ein regelrecht perfektes Verbrechen gegen den gesunden Menschenverstand.

Die Finanzialisierung der globalen Gesundheit in Frage stellen



Die Gesundheitsmärkte wachsen weiter, mit geringer Sorge um ihre langfristigen Auswirkungen auf Gesundheit und Gerechtigkeit. Die weltweite Ausweitung von Gesundheitsmodellen, die im Namen von nachhaltiger Entwicklung Profite aus prekären Situationen schlagen, ist ein starker Widerspruch. Tatsächlich ist eine langfristige Eskalation der Kosten sowohl im globalen Norden als auch im globalen Süden dokumentiert.⁹²

Über den Gesundheitsbereich hinaus scheint die Euphorie für die Finanzialisierung die internationalen Entwicklungskreise definitiv erfasst zu haben, vor allem durch Partnerschaften mit mehreren Interessengruppen. In den Entwicklungsbereich begleitet wird das private Finanzwesen zunehmend von Allianzen multilateraler Institutionen, nationaler Regierungen, Eigentümern von Investmentfonds und privatem Kapital. Die Annahme ist, dass der *Multi-Stakeholder-Ansatz* eine Lösung für die aktuellen Probleme mit dem multilateralen System bieten kann,⁹³ und dass der Rückgriff auf privates Geld die Strategie schlechthin darstellt, wenn die Welt die zur Erreichung der SDGs erforderliche, geschätzte jährliche Lücke von 2,5 Billionen US-Dollar aufholen will, - eine Lücke, die über die Möglichkeiten der öffentlichen Finanzierung hinausgeht.⁹⁴ In der Aktionsagenda von Addis Abeba zur Entwicklungsfinanzierung (2015) wurde auch die Notwendigkeit hervorgehoben, öffentliche Mittel für den Ausbau privater und privat finanzierter

86 B. Hunter und S. Murray, „Deconstructing the Financialization of Healthcare,” *Development and Change* 0(0), 2019, S. 1–25.

87 Ebd., S. 11

88 Ebd., S. 4

89 Bloomberg, *Most Efficient Health Care Around the World Report*, 2014. Verfügbar unter <https://www.bloomberg.com/graphics/infographics/most-efficient-health-care-around-the-world.html>. Siehe dazu auch <https://www.bloomberg.com/news/articles/2017-03-20/italy-s-struggling-economy-has-world-s-healthiest-people>.

90 F. Carraro and M. Quezel M., *Salute SpA: La Sanità Svenduta alle Assicurazioni*, Chiarelettere, Mailand, 2018.

91 https://www.sanita24.it/sole24ore.com/pdf2010/Editrice/ILSOLE24ORE/QUOTIDIANO_SANITA/Online/_Oggetti_Correlati/Documenti/2018/06/07/CENSIS_RBMSintesi.pdf?uuiid=AEm4gx0E.

92 Hunter und Murray, „Deconstructing the Financialization of Healthcare,” S. 16.

93 H. Gleckman, „How the United Nations is quietly being turned into a public-private partnership: A new agreement with the World Economic Forum gives multinational corporations influence over matters of global governance”, *Open Democracy*, 2. Juli 2019. Verfügbar unter <https://www.opendemocracy.net/en/oureconomy/how-united-nations-quietly-being-turned-public-private-partnership/>.

94 Hunter und Murray, „Deconstructing the Financialization of Healthcare”, S. 1.

83 <https://americansfortaxfairness.org/irish-media-confirms-atf-claims-about-gilead-sciences-massive-profit-shifting/>

84 https://www.who.int/health_financing/documents/cov-wharesolution5833/en/, para 58.33

85 People's Health Movement, Medact, Medico International, Third World Network, Alames, *Global Health Watch 4: An Alternative World Health Report*, Zed Books, London, 2014, S. 77.

Infrastruktur einzusetzen.⁹⁵ Andererseits bleiben die Finanzhilfebeträge laufend hinter den Zielvorgaben zurück, und der Anteil, der tatsächlich in die Länder fließt, sinkt dramatisch.⁹⁶ In diesem Szenario findet die Akzeptanz eines Arguments, das Armut gewinnbringend macht, keinen institutionellen Widerstand. Die Weltbank hat erfolgreich eine Koalition gebildet, um ihre „Maximising Finance for Development“ (MFD)-Agenda wirksam voranzutreiben. Sie hat die Regierungen der Entwicklungsländer davon überzeugt, Subventionen und andere Maßnahmen zur Risikoreduzierung zu finanzieren, um privates Kapital zu garantieren, und sichergestellt, dass sie von transnationalen Banken und institutionellen Investoren bevorzugte Wertpapiere liefern.⁹⁷

Noch nie war es spannender, in Gesundheit zu investieren, zumal die kombinierte Belastung durch übertragbare und nicht übertragbare Krankheiten das Bewusstsein für die Gesundheitsbedürfnisse in Ländern mit niedrigem Einkommen schärft. Auf den Punkt gebracht, scheint dies die Botschaft zu sein, die die Weltgesundheitsorganisation mit dem Investitionsfall ihres Triple-Billion-Zieles vermitteln will,⁹⁸ mit Details darüber, wie viel wirtschaftliche Rendite sich aus der Unterstützung der Organisation ergibt, die in den letzten Jahrzehnten immer wieder finanziell unter Druck geraten ist. Kosten-Nutzen-Analysen für die nächsten fünf Jahre sind ein direktes Erbe des Berichts von 1993. Gleichzeitig „stellt die Finanzialisierung des Gesundheitswesens eine neue Phase der Kapitalbildung dar, die auf früheren Runden der Privatisierung und der neoliberalen Gesundheitsreform aufbaut, sich aber von diesen unterscheidet. Dies manifestiert sich in der Schaffung neuer Anlageklassen“.⁹⁹ Zu diesen neuen Anlageklassen gehören *Social Impact Bonds* (wie der *Cameroon Cataract Performance Bond*)¹⁰⁰ oder Katastrophenanleihen wie die internationale Krankenversicherung *Pandemic Emergency Financial Facility*.¹⁰¹

Die Finanzialisierung der globalen Gesundheit wirft eine Reihe von Problemen auf. Dazu gehören unter anderem:

- in Governance-Problem aufgrund der Fragmentierung des Gesundheitssystems und

die Doppelrolle von Gesundheitseinrichtungen auf allen Ebenen (von international bis lokal), das zwangsläufig die Bedeutung als öffentliche Aufgabe unterläuft;

- Ein Demokratie-Problem: Die Finanzmärkte basieren auf privaten Abkommen und Investoren neigen dazu, ihre Strategien, Datensätze, Risikobewertungsmodelle und interne Berichte vertraulich zu behandeln. Während die Verwendung öffentlicher Mittel theoretisch nachvollzogen werden kann, gilt dies nicht für Investitionen des privaten Sektors; es gibt also grundlegende Schwierigkeiten in Bezug auf Transparenz und Rechenschaftspflicht gegenüber der Gesellschaft. Dies stellt eine Herausforderung für die Dynamik des öffentlichen Interesses dar, da sie eine unvermeidliche Abweichung von den Grundwerten von Gerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit darstellt.
- Ein kulturelles Problem: Finanzialisierung kann durchaus Einfluss auf den Gesundheitskonsum haben, und auf die Meinung der Menschen darüber, welcher Versorgungsansatz als machbar und wünschenswert erachtet wird. Marktinstrumente sind niemals neutral, und auf dem Gebiet der Gesundheit, das letztendlich das Gebiet des menschlichen Lebens ist, bestehen mehrere moralische Spannungen.¹⁰²

Während das Recht auf Gesundheit ständig neu gestaltet wird, um eine den Finanzmärkten untergeordnete Rolle zu spielen, muss die globale Gesundheitsgemeinschaft ihr Blickfeld dringend über Krankheiten hinaus erweitern, um die spekulative Dynamik des Finanzwesens und sein Vordringen in den Gesundheitssektor, mit wenig Hoffnung auf Nachhaltigkeit, besser verstehen und bewältigen zu können. Weltweit ist eine organisierte Reaktion im Entstehen, die eine Abkehr vom Modell der öffentlich-privaten Finanzierung fordert und sicherstellen will, dass die Vorteile von öffentlichen Investitionen in öffentlichen Händen bleiben, und dies ist unter anderem dem neuen Klimanotstandsbewusstsein zu verdanken. Es sind Zeichen der Mobilisierung und des Aktivismus, die nicht ignoriert werden dürfen und die in Verbindung miteinander bleiben müssen.

3. Frauenrechte

Die Finanzialisierung von Frauenrechten

von Rosana Miranda und Marcos Lopes Filho, *Christian Aid*; Renata Moreno und Miriam Nobre, *Sempreviva Organização Feminista (SOF)*; und Janice Förde, *KULU - Women and Development*.

Die Dominanz des Finanzkapitals über andere Bereiche der Wirtschaft, des Staates und des Alltags betrifft Frauen auf besondere Weise. Die Rolle des Finanzkapitals für spekulative Akkumulationszwecke hat eindeutige Auswirkungen auf die Ungleichheit von Menschen unterschiedlicher Geschlechter und ethnischer Identitäten, was sich in der Tatsache äußert, dass Frauen - insbesondere indigene und afro-abstammende Frauen - in jeder Region der Welt ein geringeres Einkommen und weniger Vermögen haben als Männer. Finanzialisierung behindert die Fähigkeit von Frauen, sich zu wehren und Alternativen zu entwickeln, sei es aufgrund ihrer Verschuldung, ihres mangelnden Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen oder als Folge der Verringerung der finanziellen Ressourcen für ihren kollektiven Kampf. In diesem Kapitel werden einige dieser Trends anhand konkreter Beispiele aufgezeigt und Frauenbewegungen vorgestellt, die dem Finanzialisierungsprozess Widerstand leisten.

Wachstumsorientierte Entwicklung und Finanzialisierung aus feministischer Perspektive

Es ist nicht ungewöhnlich, auf politische Narrative zu stoßen, die besagen, dass die wachstumsorientierte Lösung wirtschaftlicher Ungleichheiten letztendlich zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen derjenigen führen wird, die am Rande des derzeitigen Wirtschaftssystems stehen. Die Vorboten des Wachstumsnarrativs argumentieren seit Jahrzehnten, dass das Wirtschaftswachstum, das weitgehend als gute Leistung von Finanzindikatoren verstanden wird, die notwendigen Ressourcen freisetzen würde, damit die Menschen ihre Rechte, einschließlich der Menschenrechte, erfüllen können.

In der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung heißt es zuletzt, dass nur mit einer wiederbelebten globalen Partnerschaft zur Förderung eines nachhaltigen

Wirtschaftswachstums diejenigen, die auf dem sogenannten Entwicklungspfad zurückbleiben, endlich die Chance haben werden, ihr Potenzial an Würde und Gleichheit in einem gesunden Umfeld zu entfalten. Dieselbe 2030-Agenda erkennt jedoch im Ziel für nachhaltige Entwicklung Nummer 5 an, dass Frauen und Mädchen bei weitem am stärksten von dem aktuellen Entwicklungsmodell betroffen sind, das die Rechte der Menschen nicht gewährleisten konnte.

Die Dominanz des Finanzkapitals über andere Bereiche der Wirtschaft, des Staates und des Alltags mobilisiert die Unterdrückungssysteme der Frauen und wirkt sich in besonderer Weise auf sie aus. Die Rolle des Finanzkapitals für spekulative Akkumulationszwecke hat eindeutige Auswirkungen auf die Ungleichheit zwischen Menschen unterschiedlicher Geschlechter und ethnischer Identitäten, was sich in der Tatsache äußert, dass Frauen - insbesondere indigene und afro-abstammende Frauen - in jeder Region der Welt ein geringeres Einkommen und weniger Vermögen haben als Männer. In Brasilien beispielsweise betrug das Einkommen von Frauen aus allen Quellen (Arbeit, Geldtransfers, Kapitalvergütung) nach Angaben der Volkszählung 2010 68 Prozent des Einkommens von Männern. Das Durchschnittseinkommen von schwarzen Frauen lag bei 35 Prozent gegenüber dem von weißen Männern.

Finanzialisierung betrifft Frauen in ihrem täglichen Leben. Individuell und kollektiv behindert es die Fähigkeit von Frauen, sich zu wehren und Alternativen zu entwickeln, sei es aufgrund ihrer Verschuldung, ihres mangelnden Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen oder als Folge der Verringerung der finanziellen Ressourcen für ihren kollektiven Kampf.

Anderer Autor*innen in diesem Bericht haben ausführlich auf die zahlreichen Krisen hingewiesen, die sich aus der Finanzialisierung und der Austeritätsagenda ergeben, die den einfachen Menschen auferlegt wird, um die Gewinne großer transnationaler Finanzunternehmen zu schützen. Frauengruppen und feministische Bewegungen weisen darauf hin, dass die ganz besonderen Auswirkungen dieser Austeritätsagenda auf Frauen aufgrund ihrer Rolle bei der sozialen Reproduktion, insbesondere bei Aktivitäten im häuslichen Bereich, nicht ausreichend erfasst werden.

⁹⁵ Vereinte Nationen, *Addis Ababa Action Agenda of the Third International Conference on Financing For Development*, 2015. Verfügbar unter https://www.un.org/esa/ffd/wp-content/uploads/2015/08/AAAA_Outcome.pdf.

⁹⁶ <http://devinit.org/post/investments-to-end-poverty-2018/>, S.6.

⁹⁷ <http://www.ipsnews.net/2019/04/world-bank-financialization-strategy-serves-big-finance/>

⁹⁸ Weltgesundheitsorganisation, „A Healthier Humanity: The Who Investment Case for 2019-2023“, Genf, 2018. Verfügbar unter <https://apps.who.int/iris/handle/10665/274710>.

⁹⁹ Hunter und Murray, „Deconstructing the Financialization of Healthcare“, S. 8.

¹⁰⁰ Ebd.

¹⁰¹ F. Stein und D. Sridhar, „The Financialization of Global Health“, *Wellcome Open Research*, 2018, S.17

¹⁰² Ebd.



Frauen bauen eine neue Gesundheitsklinik im Dorf Sawulain im Distrikt Pujehun in Sierra Leone. Bildnachweis: Christian Aid / Tom Pilston

Diese feministische Perspektive hat gezeigt, wie gerade in Krisenzeiten und bei vorherrschender Strukturanpassungspolitik die Arbeitsbelastung von Frauen im Haushalt zunimmt, um den Lebensunterhalt unter oft ungünstigen Lebensbedingungen zu sichern. Der Rückgang der Ausgaben für lebenswichtige Bereiche wie Gesundheit und Bildung verlagert diese Verpflichtungen in den häuslichen Bereich und zwingt Frauen, die Kürzungen durch mehr Arbeitsstunden in der Betreuungsarbeit auszugleichen. Die Finanzialisierung dehnt also die Integration der häuslichen Sphäre in die Mechanismen der Ausbeutung der Arbeitnehmerinnen und des von ihnen produzierten Vermögens aus.

Finanzialisierung zur Aufrechterhaltung einer Ökonomie des Gehorsams



Ein solcher Mechanismus ist die Verschuldung der Haushalte. Viele Familien sind angesichts der stagnierenden Löhne und des Mangels an angemessenen öffentlichen Gesundheits- und

Bildungsdienstleistungen zunehmend gezwungen, Schulden zu machen, um ihre elementaren Bedürfnisse zu decken. Im April 2019 waren 62,7 Prozent der brasilianischen Haushalte verschuldet

und 23,9 Prozent befanden sich im Zahlungsrückstand. Kreditkarten waren die wichtigste Bargeldquelle für 77,6 Prozent der verschuldeten Haushalte. Ein weiteres Merkmal ist der Anstieg der Verschuldung bei älteren Menschen. Zu den Faktoren, die zur Verschuldung führen, gehören unter anderem: die zunehmende Haftung des Einzelnen für Risiken wie Arbeits- und Einkommensverlust, Krankheit und/oder Krankheit eines Familienangehörigen, Tod des Familienernährers, ungeplante Schwangerschaft, eheliche Trennung oder die Verwendung der Identität einer Frau durch Dritte (insbesondere Ehemänner und Kinder), um Kredite zu erhalten.

Da Frauen in der Regel für das Wohlergehen der Großfamilie verantwortlich sind, was unter schwarzen Frauen am häufigsten vorkommt, sind sie tendenziell schuldenanfälliger, obwohl sie als zuverlässige Schuldendienstempfängerinnen gelten. Aus diesem Grund sind sie zu einer Hauptzielgruppe für Mikrokreditprogramme geworden, die Geld, das bereits informell in den sozialen Netzwerken von Frauen zirkuliert, in die formelle Wirtschaft drängen, ohne das strukturelle Problem der Armut tatsächlich anzugehen. In jüngerer Zeit wurden diese Programme, die häufig als „finanzielle Inklusion von Frauen“ bezeichnet werden, ebenfalls in Frage gestellt, aufgrund ihrer überhöhten Zinssätze und dem starken Druck und Demütigungen, denen Frauen ausgesetzt sind, die es sich nicht leisten können, regelmäßig zu zahlen. Die Verschuldung

von Frauen schränkt ihre Arbeitsmöglichkeiten und ihre Zukunftsvision ein: Sie werden gezwungen, alle Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, um der bestehenden Schuldenverpflichtung zu begegnen. Schulden definieren zwingend die Arbeitsbedingungen, die Frauen akzeptieren müssen, und werden in diesem Sinne zu einem wirksamen Instrument der Ausbeutung. In der Tat ermöglichen Schulden, was feministische Gruppen in Argentinien eine „Ökonomie des Gehorsams“¹⁰³ nennen: Die Kontrollmechanismen von Frauen - ihrer Körper, Entscheidungen, Verhaltensweisen und Praktiken - werden ständig aktualisiert, um sicherzustellen, dass die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung intakt bleibt. Die Ökonomie des Gehorsams, die durch Schulden ausgelöst wird, ist einfach gesagt eine weitere Form der Gewalt gegen Frauen.

Das „Gender-Washing“ der nachhaltigen Entwicklung

Während jene Sparmaßnahmen, die sich negativ auf den Lebensunterhalt von Frauen auswirken, die Kapazitäten des öffentlichen Haushalts belasten, grundlegende Dienstleistungen und Rechte bereitzustellen, wird gleichzeitig der Druck verstärkt, private Finanzmittel zur Schließung dieser Lücke heranzuziehen. Die Finanzialisierung der Entwicklungsfinanzierung hat eine besondere Bedeutung für die Förderung der Frauenrechte, da die historisch unterfinanzierte feministische Bewegung nun auf globaler Ebene mit dem Diskurs der „finanziellen Inklusion von Frauen“ konfrontiert ist, woran nun auch im Rahmen der SDGs die Gleichstellung der Geschlechter gemessen wird. Gleichzeitig stehen weniger Ressourcen zur Verfügung, um sie mit einem auf Rechten basierenden Ansatz auszugleichen.

Bis zur Verabschiedung der Agenda 2030 und der SDGs waren die neuen Akteure und das neue Geld, die auf der Bildfläche der Entwicklungszusammenarbeit erschienen und den Ausbau der Programme für soziale Verantwortung und Unternehmensphilanthropie ausweiteten, eher an „Wirtschaftswachstum“ und „Kapitalrenditen“ interessiert, als an einer rechtsbasierenden

Perspektive. Das geringe Finanzierungsniveau der UN-Organisationen untergräbt ihre Fähigkeit, mit Menschenrechts- und Frauengruppen im globalen Süden zusammenzuarbeiten und diese zu finanzieren, und drängt sie dazu, unter Verwendung „innovativer Finanzinstrumente“ Partnerschaften mit dem Privatsektor einzugehen. Viele dieser „innovativen Finanzinstrumente“ verfolgen eine reduktionistische Vision der Geschlechtergleichstellung als intelligente Investition, die nicht berücksichtigt, wie makroökonomische Strategien, Handelsbestimmungen, globale Wertschöpfungsketten und andere nationale und globale Strategien Frauen schaden. Öffentlich-private Partnerschaften (PPPs), zu denen auch zivilgesellschaftliche Organisationen gehören, haben sich zu einem bevorzugten „innovativen Finanzinstrument“ entwickelt.

Unterdessen sind feministische Organisationen und Frauenrechtsorganisationen nicht unbedingt die bevorzugten Partner von Geldgebern, auch wenn sie auf die Förderung der Geschlechtergleichstellung abzielen. Traditionelle Geldgeber, einschließlich UN-Agenturen, tendieren zunehmend dazu, mit Frauenunternehmensorganisationen und Unternehmen des Privatsektors zusammenzuarbeiten und diese zu finanzieren. Der Übergang dazu, die wirtschaftliche Stärkung von Frauen hauptsächlich zu finanzieren, „weil es klug gewirtschaftet ist“, ist eine „reduktionistische Vision der Gleichstellung der Geschlechter als intelligente Investition“¹⁰⁴, wo doch die Geschlechtergleichstellung ein Selbstzweck ist. Tatsächlich stellt die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) 200 Milliarden US-Dollar pro Jahr zur Verfügung, wobei nur 1 Prozent für Frauen bestimmt ist. Von dieser kleinen Menge richtet sich 1 Prozent an feministische Organisationen und Frauenrechtsorganisationen.¹⁰⁵ Obwohl Frauenbewegungen die wichtigsten Triebkräfte bei der weltweiten Verteidigung der Menschenrechten von Frauen und der Geschlechtergleichstellung waren, ergab ein Forschungsbericht aus dem Jahr 2010, dass das mittlere Budget von Frauenrechtsorganisationen in der Regel 20.000 USD pro Jahr betrug, verglichen mit großen internationalen Nichtregierungsorganisationen wie *Save the Children International* und *World Vision International* mit Budgets von 1,442 Mrd. USD bzw. 2,611 Mrd. USD.¹⁰⁶

103 L. Cavallero und V. Gago, *Una lectura feminista de la deuda. Vivas, libres y desendeudados nos queremos*. Buenos Aires, Rosa Luxemburg Stiftung, 2019.

104 L. Alpizar Durán, „20 years of Shamefully Scarce Funding for Feminists and Women's Rights Movements“, 14. Mai 2015. Verfügbar unter: <https://www.awid.org/news-and-analysis/20-years-shamefully-scarce-funding-feminists-and-womens-rights-movements>.

105 Siehe UN Women together with Impact Investment Exchange (IIX) at the High-level Political Forum, 11. Juli 2019; siehe K. Staszewka, T. Dolker und K. Miller (AWID), „Only 1% of gender equality funding is going to women's organisations – why?“, *The Guardian*, 2. Juli 2019; *World 2030: Denmark's strategy for development cooperation and humanitarian action*, Danish Ministry of Affairs/DANIDA, Januar 2017. Zu diesem Zeitpunkt schätzte die kürzlich verabschiedete dänische Strategie für Entwicklung und humanitäre Hilfe die Finanzierungslücke der SDGs auf zwischen 1,9 und 3,1 Billionen US-Dollar pro Jahr. Alle Länder, nicht nur Entwicklungsländer, sind für die nationale und globale Umsetzung der SDGs verantwortlich.

106 L. Alpizar Durán, „20 years of Shamefully Scarce Funding for Feminists and Women's Rights Movements“, 14. Mai 2015. Verfügbar unter: <https://www.awid.org/news-and-analysis/20-years-shamefully-scarce-funding-feminists-and-womens-rights-movements>.

Die dänische Entwicklungsfinanzierungsinstitution (DFI), PPPs und die Geschlechtergleichstellung

Die 2017 verabschiedete Entwicklungsstrategie der dänischen Regierung *The World 2030: Denmark's strategy for development cooperation and humanitarian action* wird nun umgesetzt. Sie folgt derselben Logik wie UN Women, nämlich Finanzierungslücken in der Entwicklungszusammenarbeit durch den Einsatz von PPPs zu schließen:

„Dänemark wird den *Investment Fund for Developing Countries* (IFU/DFI) als zentrale dänische Entwicklungsinvestitionsinstitution stärken. [...] Mit dem Ziel, in nachhaltiges Wachstum, menschenwürdige Beschäftigung und Technologietransfer zu investieren, um z.B. Klima- und Umweltprobleme in schwierigen Märkten in Entwicklungsländern zu beheben. Der IFU wird gleichzeitig zur Internationalisierung dänischer Unternehmen beitragen, einschließlich kleiner und mittlerer Betriebe. [...] Die dänische Unterstützung für die Entwicklung des Privatsektors und sein Engagement [...] wird den Grundsätzen der Wirksamkeit, der sozialen Verantwortung und der Zusätzlichkeit folgen. [...] Hilfgelder dürfen nicht dort eingesetzt werden, wo der Privatsektor tätig werden will und kann.“ Die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) unterstützt Geschäftsvorhaben in den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) mit einer Subvention von 50 Prozent bzw. 35 Prozent in Ländern, die nicht dieser Kategorie angehören.

Die dänische Entwicklungsstrategie ermöglicht es zivilgesellschaftlichen Organisationen auch, strategische PPPs mit dem Fonds (DFI) einzugehen. Der Fonds interagiert mit dänischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, indem er Richtlinien in öffentlichen Anhörungen vorstellt und Organisationen zu Dialogsitzungen einlädt. Es ist jedoch unklar, wie zivilgesellschaftliche Organisationen DFI- und DFI-unterstützte PPP-Investitionen im Bildungs- und Gesundheitssektor überwachen können, ohne Ungleichheiten zu verschärfen und den Schutz und die Gewährleistung der Geschlechtergleichstellung und der

Menschenrechte zu garantieren. Dies ist definitiv ein Bereich, in dem Aktivismus für die Geschlechtergleichstellung und finanzielle Gerechtigkeit gefordert ist.

Finanzialisierung der Geschlechtergleichstellung im globalen Süden



Obwohl alle bereits diskutierten Dimensionen auch im globalen Süden präsent sind, weisen sie dort jedoch Besonderheiten auf, die sich auf die historische Rolle dieser Länder als Rohstofflieferanten und Rohstoffressourcen beziehen, sowie auf ihre besondere Position in Bezug auf das globale Finanzwesen. Die Verschuldung als Folge der „finanziellen Inklusion“ drückt sich in einem starken Anstieg des Konsums von Verbrauchsgütern in Lateinamerika aus: Eine Entwicklung, die an „Bürgerbeteiligung durch Konsum“ erinnert und eng mit dem Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen verbunden ist. Die Privatisierung und Finanzialisierung von grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen verschärft die Ungleichheiten im Kontext der zunehmenden Armut in Regionen wie Lateinamerika und der Karibik. Ein weiterer wesentlicher Faktor für die Auswirkungen der Finanzialisierung auf das Leben von Frauen ist die Kommodifizierung von Naturgütern auf der Grundlage eines neoextraktiven Wirtschaftskreislaufs, der außergewöhnliche Rentabilität, die Rückkehr zu einer auf Primärgütern basierenden Wirtschaft, oder die Reprimarisierung der Wirtschaft, sozio-ökologische Konflikte und die Kriminalisierung und Unterdrückung sozialer Gruppen und organisierter Bewegungen kombiniert.

Brasilien: Informelle Frauenarbeit und Kreditkartengeschäfte

Neben dem weit verbreiteten Angebot von Mikrokrediten für Frauen, insbesondere für Kleinstunternehmerinnen, führt die zunehmende Akzeptanz von Kredit- und Debitkarten als bevorzugtes Instrument für die alltägliche Kommerzialisierung zu einer stärkeren Machtkonzentration in den Händen von Kreditkartenunternehmen. Außerdem werden Frauen, die informell arbeiten, wie



Eine Bäuerin steht vor dem Mthombowesizwe Gartenbaubetrieb in Simbabwe. Der Name bedeutet „immergrün“. Bildnachweis: *Christian Aid* / Charlotte Scott

zum Beispiel Straßenverkäuferinnen, damit zu Anpassungen und Formalisierungen gezwungen. Da der Konsum der meisten Haushalte auf Kreditkarten basiert, benötigen Verkäuferinnen, auch wenn sie an einer Ampel Wasser oder Snacks verkaufen, einen Kreditkartenautomaten. Um in Brasilien auf eine solche Maschine zugreifen zu können, müssen sie sich als Kleinstunternehmen registrieren und einen Beitrag zur Sozialversicherung leisten, was Frauen zumindest eine minimale Deckung ermöglicht. 77 Prozent der Kleinstunternehmer*innen, die für den Einzelhandel mit Bekleidung und Accessoires registriert sind, sind Frauen, und im Parfüm- und Körperpflegesektor machen sie 75 Prozent aus. Es gibt zahlreiche Unternehmen, die Kreditkartenautomaten anbieten, und viele starten ohne zusätzliche Kosten. Bei jeder Transaktion behält das Unternehmen jedoch Werte zwischen 2 und 7 Prozent ein, während bei Barvorschüssen auf Kredit höhere Sätze angewendet werden. Die Zahlungszeiten variieren ebenfalls und ermöglichen es Unternehmen, bei längeren Zahlungszeiten Finanztransaktionen mit Bargeld durchzuführen. Die weitverbreitete Verwendung von Karten zeigt keine Anzeichen einer Abnahme, und tatsächlich stellen Kreditkartenschulden heute die größte Quelle der Verschuldung von privaten Haushalten im Land dar.

Die Finanzialisierung der Natur, die sich insbesondere in der Landwirtschaft im globalen Süden zum Tragen

kommt, hat direkte Auswirkungen auf die Arbeit und den Lebensunterhalt von Frauen. Frauen, die für die Zubereitung und Verteilung von Nahrungsmitteln in ihren Familien verantwortlich sind, sind schnell von spekulativen Nahrungsmittelpreiskrisen betroffen. Tatsächlich fanden nach der großen Nahrungsmittelkrise von 2008 von Frauen angeführte Demonstrationen und Unruhen in 18 Ländern statt. In Côte d'Ivoire waren die meisten Demonstrant*innen, die am 31. März 2008 auf die Straße gingen, Frauen, die sangen: „Wir haben Hunger!“ In Simbabwe wurden die Demonstrationen von WOZA, *Women of Zimbabwe Arise*, organisiert. In Peru waren die Frauen aus den beliebten Speisesälen (*Comedorias Populares*) die ersten, die am 30. April vor dem Kongresspalast mobilisierten, gefolgt von Gewerkschafts- und Bauernbewegungen.¹⁰⁷

Die Nahrungsmittelproduktion wird auch stark durch die wachsende Anzahl großer Infrastrukturprojekte im globalen Süden beeinflusst, die vom internationalen Kapital angetrieben werden. Bisher wurden im Amazonasgebiet 140 Staudämme errichtet oder sind im Bau, weitere 288 sind in Zusammenarbeit zwischen nationalen Regierungen, dem privaten Sektor, internationalen Investmentbanken und dem Finanzmarkt geplant.

Schließlich entzieht die Finanzialisierung der Natur in Form von Emissionshandelsmechanismen und Agrarterminmärkten Frauen ihr Territorium, ignoriert ihre wirtschaftlichen Beiträge in den Gemeinden und verstärkt Geschlechterrollen im Zusammenhang mit der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung um ein Vielfaches.

¹⁰⁷ M. Schneider, *We are hungry! A summary report of food riots*, 2008. Verfügbar unter https://www.researchgate.net/publication/237113525_We_Are_Hungry_A_Summary_Report_of_Food_Riots_Government_Responses_and_States_of_Democracy_in_2008.

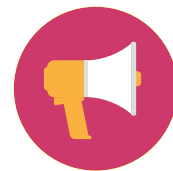
Brasilien: Frauen und die grüne Wirtschaft

Finanzmechanismen wie der Markt für Emissionszertifikate und der Agrarterminmarkt sind direkte oder börsengehandelte Kreditmechanismen, die es den Industrien im globalen Norden ermöglichen, ihre umweltschädlichen Aktivitäten fortzusetzen. Mechanismen wie der Emissionshandel ermöglichen es den Verschmutzern angesichts gesetzlicher Normen und des wachsenden sozialen Drucks, Umwelt- und Klimatragödien vorzubeugen, sich von der Veränderung ihrer Geschäftsmodelle freizukaufen.

Im globalen Süden werden diese Finanzierungsmechanismen zur Kompensation von CO₂-Emissionen von Unternehmen oder Nichtregierungsorganisationen implementiert, die sich an Gemeinden wenden, um über die Verfügbarkeit von Flächen für Wiederaufforstung oder Naturschutzgebiete in Form eines Umweltausgleichs oder den Verkauf von CO₂-Marktgutschriften zu verhandeln. Sie empfehlen die Lieferung von Setzlingen, Techniker*innen zur Unterstützung der Bepflanzung, Finanzmittel für das bepflanzte Gebiet und sogar Tagegelder für die Bewohnerinnen und Bewohner, die an den Aufforstungsprojekten arbeiten. Umweltschutzprojekte sind in Gemeinden immer willkommen, da ständiger Bedarf besteht, Gebiete wiederherzustellen und die Artenvielfalt zu erhöhen. Die Priorität der Gemeinden besteht jedoch darin, die Wiederherstellung mit traditionellen Anpflanzungs-, Bewirtschaftungs-, Sammel- oder Fischereipraktiken zu kombinieren, die die Ernährung und das Wohlbefinden der Menschen gewährleisten. Die Wiederaufforstungsprojekte sind im Allgemeinen sehr restriktiv bei der Bestimmung der zu pflanzenden Arten, bei der Nutzung bestimmter Gebiete und sogar bei der Verhinderung des Transits von Menschen aus der Umgebung und implizieren langfristige Pachtfristen von bis zu 99 Jahren. Die Stimmen von Frauen bleiben oft ungehört und ihre Aktivitäten, wie das Sammeln von Brennholz, Heilpflanzen und Lebensmitteln, werden verboten oder extrem eingeschränkt. In anderen Fällen nehmen Organisationen, die sich für die sogenannte „grüne Wirtschaft“ einsetzen, Frauen ins Visier, leisten geringe Spenden und nutzen die Widersprüche in den

Gemeinschaften aus. Viele dieser Projekte bringen eine Überlastung von Frauen mit sich, da sie die von ihnen bereits ausgeübten wirtschaftlichen Aktivitäten nicht anerkennen.

Widerstand gegen den Finanzialisierungsprozess: Produktion und Reproduktion von Frauen sichtbar machen



Die Kämpfe von Frauen für Gleichheit, Gerechtigkeit und soziale Transformation fordern immer Macht- und Herrschaftssysteme heraus. Um der Logik der Finanzialisierung zu begegnen, muss auf die konkreten

Bedürfnisse von Frauen und Gemeinschaften mit kollektiven Maßnahmen und Prozessen reagiert werden, die die produktive Wirtschaft stärken, Hierarchien und Ungleichheiten überwinden und der Erhaltung des Lebens einen zentralen Stellenwert einräumen.

Die feministische Ökonomie ist ein Bereich, der von den sozialen Bewegungen als wirksames Instrument zur kritischen Analyse und als Referenz für das Vorschlagen von Alternativen übernommen und genutzt wurde. Die feministische Ökonomie zeigt, wie reduktionistisch die vorherrschende Sicht auf die Ökonomie ist, weil sie durch die Beschränkung der Wirtschaft auf das, was auf dem Markt zirkuliert, mit monetären Äquivalenten, einen Großteil der täglichen Arbeit von Frauen ausschließt, die das Leben erst ermöglicht. Um Gleichstellung zu erreichen, reicht es daher nicht aus, Frauen in analytische Systeme einzubeziehen, die auf der Erfahrung von Männern beruhen. Der Vorschlag ist, die Grenzen dessen, was als Wirtschaft gilt, zu erweitern und alle Arbeit und Prozesse darin zu erfassen, die das Leben erhalten. Zu diesem Zweck wird die künstliche Trennung zwischen Produktion und Reproduktion in Frage gestellt, indem offenbart wird, dass sie die Verknüpfungen zwischen Prozessen verbirgt, die tatsächlich voneinander abhängig sind.

Hausarbeit und Betreuungsarbeit bilden die Grundlage der Lebensproduktion und sind daher für das Funktionieren des Wirtschaftssystems von grundlegender Bedeutung. Beispiele aus Argentinien und Brasilien sind nachfolgend zusammengefasst.



Bebé Albenize aus Brasilien ist vor Ort für ihr Wissen darüber bekannt, wo und wie Paranüsse geerntet werden. Ihre Gemeinde ist auf das Einkommen aus den Nüssen angewiesen, aber das Sammeln der Ernte ist äußerst arbeitsintensiv und kann keinen guten Preis garantieren, da sie die Schalen vor dem Verkauf nicht sauber entfernen können. Bildnachweis: *Christian Aid / Tabitha Ross*

Argentinische Bewegung gegen die Verschuldung von Frauen (Vivas, libres y desendeudadas nos queremos)

Argentinien's feministische Gruppen inspirieren den Kampf gegen das Finanzsystem und seine Schuldenmechanismen mit ihren Forderungen nach Frauenrechten und Gerechtigkeit. Sie haben kürzlich das Sammelbuch „A Feminist Reading of Debt“¹⁰⁸ veröffentlicht, in dem sie praktische Anhaltspunkte geben, um die neoliberale Finanzlogik mit ihren Zinssätzen und der Enteignung von Zeit und Körpern von Frauen in Frage zu stellen. Diese Gruppen fordern einen „radikalen Ungehorsam“ gegen das Finanzwesen, indem sie das Thema der Haushaltsverschuldung aus dem privaten Bereich herausnehmen, in dem es von Scham und Tabus besetzt ist, um es in den Vordergrund einer kollektiven Diskussion über den Zustand des Wirtschaftssystems zu rücken, das einfache Menschen, vor allem Frauen, im Stich lässt. Sie vertreten die Auffassung, dass die feministische Strategie zur Schuldenbekämpfung letztendlich darin bestehen sollte, ihre vollständige Beseitigung zu planen. Sie treibt diese Agenda voran, indem sie die feministischen Streiks, die den lebhaften Zusammenhang zwischen der

Feminisierung der Arbeit und der finanziellen Ausbeutung hervorgehoben haben, aktiv artikuliert, Daten über die Verschuldung von Frauen zusammenstellt (unter anderem werden die Ziele der „finanziellen Inklusion“ als falsch entlarvt), und berichtet von anderen positive Erfahrungen mit Zahlungsungehorsam (wie in Mexiko, Bolivien und Spanien), um Taktiken und Strategien in Argentinien zu inspirieren.

Brasilianische Frauen organisieren agrarökologische Alternativen¹⁰⁹

Tausende von Frauen auf der ganzen Welt produzieren Lebensmittel, auch in Hinterhöfen und städtischen Gärten. An vielen Orten basiert die Produktion auf agrarökologischen Praktiken, die von Generation zu Generation weitergegebenes, hochentwickeltes, traditionelles Wissen, neue Experimente und systematisches Wissen aus Universitäten und Forschungszentren kombinieren. Die üblichen Formen der wirtschaftlichen Messung erfassen den Beitrag dieser Frauen zur sozialen Reproduktion kaum. In Brasilien haben Frauen in der agrarökologischen Bewegung nach Möglichkeiten gesucht, die Dynamik der produktiven Wirtschaft zu verstehen,

108 L. Cavallero und V. Gago, Una lectura feminista de la deuda. *Vivas, libres y desendeudadas nos queremos*. Buenos Aires, Rosa Luxemburg Stiftung, 2019.

109 CTAZM. 2018. Caderneta agroecológica e os quintais. Sistematização da produção das mulheres rurais no Brasil. <https://ctazm.org.br/bibliotecas/livro-caderneta-agroecologica-e-os-quintais-268.pdf>.

zu quantifizieren, und sichtbar zu machen. Im Jahr 2017 haben 264 Landwirt*innen aus verschiedenen Regionen des Landes in Agrarökologischen Logbüchern (*Caderneta Agroecológica*) das Ziel ihrer Produktion in Bezug auf Menge und Preis angegeben, um ihren Arbeits- und Haushaltsbeitrag sichtbar zu machen. Gemäß des Wertes der registrierten Produktion waren 62 Prozent für den Verkauf, 28 Prozent für den Verbrauch, 9 Prozent als Spende und 1 Prozent für den Umtausch bestimmt. Gemäß der Anzahl der Logbucheinträge bezogen sich 51 Prozent auf den Verbrauch, 27 Prozent auf den Verkauf, 19 Prozent auf Spenden und 3 Prozent auf den Umtausch. Der stärkere Verweis auf den Verbrauch in den Aufzeichnungen kann auf die Bereitschaft der Landwirt*innen hindeuten, die Produktion unter ihrer Verantwortung sichtbar zu machen, die häufig im Haus durchgeführt wird, als wäre sie Hausarbeit.¹¹⁰ Verkäufe in Netzwerken der solidarischen Landwirtschaft wie solidarische Beschaffungsgruppen und Initiativen von Versorgungsgemeinschaften (*Community Supported Agriculture, CSA*), sichern die führende Rolle von Frauen, indem sie sich zum Beispiel organisieren, um eine breite Palette von Produkten anzubieten, oder sich gegen die Gewalt an Frauen und für die Verteidigung des Rechts der Frauen auf Land und Territorium positionieren.

Formen von Spenden und Umtausch veranschaulichen nicht nur die Dynamik, die in der Nachbarschaft existiert, sondern auch die Beziehungen, die zwischen Familienmitgliedern bestehen, die an verschiedenen Orten leben. Dies sind Beispiele dafür, wie Praktiken, die von Frauen zur Erfüllung der täglichen Bedürfnisse von Nahrung, Unterkunft und Fürsorge und als Bedingungen für das integrale Wachstum von Menschen im Einklang mit der Natur entwickelt wurden, Dimensionen der kollektiven Solidarität mobilisieren und Alternativen zur Finanzialisierung darstellen.

Ob auf der Haushaltsebene oder auf internationaler Ebene: Die Finanzialisierung wirkt sich auf die Frauenrechte und die tägliche Lebenserfahrung von Frauen auf vielfältige Weise aus. Die Finanzialisierung von Geld, das bereits informell in den sozialen Netzwerken von Frauen zirkuliert, und die marktorientierte „finanzielle Inklusion von Frauen“ treibt Frauen in Verschuldungssituationen, die ihre Fähigkeit zur Selbstermächtigung untergraben. Von

Argentinien bis Simbabwe bestimmt eine weitgehend von finanziellen Argumenten gestützte Austeritätspolitik die Art und Weise, wie Frauen produktive und reproduktive Arbeit miteinander vereinbaren können, und verstärkt damit die Überlastung einer Gruppe, die bereits durch Mehrschichtarbeit gestraft ist. Darüber hinaus sehen sich selbst internationale Mechanismen, die zur Überwindung historischer und struktureller Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern geschaffen wurden, von einem Mangel an ausreichender Finanzierung bedroht, sowie von der naiven Darstellung, dass das gleiche Finanzsystem, das Frauen ausgegrenzt hat, für die Finanzierung von Alternativen zur Selbstermächtigung von Frauen sorgen wird.

Die feministische Ökonomie weist auf dem Weg der Kritik am Neoliberalismus und Patriarchalismus auf die Existenz einer Konfrontation gegensätzlicher Logiken hin: zwischen kapitalistischer Akkumulation und der Erhaltung des Lebens. Bei der Bekämpfung von Gewalt, dem Widerstand gegen den Abbau öffentlicher Dienstleistungen, der Verteidigung von Natur und Territorien angesichts großer Rohstoffprojekte, verbinden die Kämpfe von Frauen lokale, konkrete Situationen mit internationalen Dynamiken und stellen die Verteidigung des Lebens in den Mittelpunkt ihres politischen Handelns. Indem der Feminismus den Blick auf die Wirtschaft aus der Perspektive der Lebenserhaltung erweitert, macht er die sich überschneidenden Unterdrückungen von Geschlechtern, ethnischen Identitäten und sozialen Schichten in der Struktur unserer Gesellschaften sichtbar. Von diesem Ausgangspunkt aus ist es möglich, über die Identifizierung verschiedener Auswirkungen des Wirtschaftssystems auf Frauen hinauszugehen und zu versuchen, die Logik zu verstehen, mit der sich die Finanzialisierung auf verschiedene Lebensbereiche ausdehnt.

In diesem Zusammenhang ist es von entscheidender Bedeutung, mehr Mittel für die internationale Zusammenarbeit und Forschungsbemühungen bereitzustellen, um feministische Wirtschaftserfahrungen, insbesondere im globalen Süden, zu fördern, zu systematisieren und zu replizieren - nicht nur als Widerstandserfahrungen, sondern auch als konkrete Alternativen für ein Wirtschaftssystem, das Frauen systematisch zurückhält. Es ist auch von entscheidender Bedeutung, bestehende Mechanismen zu stärken und neue zu schaffen, um die Beteiligung von Frauen an nationalen und internationalen wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungsprozessen als aktive Teilnehmerinnen und nicht nur als sekundäre, passive Empfängerinnen zu gewährleisten.

4. Wohnen

Finanzialisierung und das Recht auf Wohnen

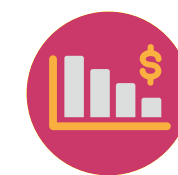
von C. J. (Kees) Hudig, *Globalinfo*; und Éilis Ryan, *Financial Justice Ireland*.^{*111}

„Wohnentfremdung ist auf der ganzen Welt zu beobachten. Sie ist das Produkt der Hyper-Kommodifizierung des Wohnens, der Gelegenheitsarbeit, der zunehmenden Ungleichheit und des neoliberalen Angriffs auf das soziale Sicherheitsnetz. Diese Prozesse betreffen sowohl Eigenheimbesitzer*innen als auch Mieter*innen, sowie Haushalte der Mittel- und Unterschicht. Ihre Auswirkungen betreffen nicht alle gleichermaßen, aber es ist ein Fehler anzunehmen, dass sie nur ein Problem für die ärmsten Haushalte darstellen.“

David Madden und Peter Marcuse, *In Defense of Housing: The Politics of Crisis*, 2016

Es ist heute schwierig, ein Land zu nennen, in dem es keine Wohnungskrise gibt - mit anderen Worten, in dem es nicht an erschwinglichem, angemessenem Wohnraum mangelt. Während die Ursachen dieser gewaltigen Krise in vielen Fällen vor dem Aufstieg des neoliberalen, finanzialisierten Kapitalismus und der Finanzialisierung des „Wohnungsmarktes“ lagen, haben sie die Krise dramatisch verschärft und ihre Lösung erschwert.

Die Rolle der globalen Finanzkrise in der Finanzialisierung des Wohnens



Es gibt zwei Hauptverknüpfungen zwischen Finanzialisierung, Wohnen und dem Finanzcrash von 2008. Erstens war die Subprime-Hypothekenkrise die ursprüngliche und wichtigste Triebkraft für diesen Crash. Sie wurde durch verantwortungslose Kreditvergabe

und anschließend durch den Kauf und Verkauf von uneinbringlichen Krediten zu spekulativen Zwecken ausgelöst. Hypotheken sind das Hauptinstrument der Finanzialisierung, und der Umfang, in dem der Kauf und Verkauf von notleidenden Krediten im Vorfeld des Crashes zunahm, führte dazu, dass die Tentakel des globalen Finanzwesens nach Familien und Wohnungen auf der ganzen Welt griffen.

Zweitens hat die internationale Reaktion auf die Finanzkrise den Crash weiter verschärft, anstatt zu versuchen, das unzureichend regulierte internationale Kreditvergabesystem zu reparieren, das ihn ausgelöst hatte. In seinem Buch *The Financialization of Housing* weist der Soziologe Manuel Aalbers darauf hin, dass die quantitative Lockerung durch die Zentralbanken in Europa und den USA - der Aufkauf von Schulden, um Geld in die globalen Märkte zu pumpen - die Finanzialisierung des Wohnens vorantrieb: „Eine globale ‚Wall of Money‘ möchte in erstklassige Sicherheiten investieren und Wohnimmobilien sind eine der wenigen Anlageklassen, die als solche gelten. Das ist der Grund für die zunehmende Finanzialisierung des Wohnens.“¹¹²

Die „Erholung der Wirtschaft“ als Gewinnmöglichkeit für das private Kapital: Der Fall Dublin

Die Stadt Dublin, Irland, bietet einen hervorragenden Überblick darüber, wie der globale Finanzcrash die Macht der Finanzakteure gestärkt hat.

Irland war eines der sogenannten PIIGS-Länder (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien) im Epizentrum der Finanzkrise in Europa. Irland ist eine der marktfreundlichsten Volkswirtschaften der Welt, und eine Reihe von Regierungen aus der Zeit vor 2008 haben eine umfassende Wirtschaftsstrategie entwickelt, die darauf basiert, globale Finanz- und Bankakteure mit niedrigen Unternehmenssteuern und einer „Light Touch“-Regulierung ins Land zu locken. Parallel dazu war Irlands Immobilien- und Bausektor als Prozentsatz des BIP stark aufgebläht. Große und kleine Bauträger waren enormen Schulden ausgesetzt, ebenso die Banken, die ihnen untragbar Kredite gewährten.

Im Jahr 2008 war Irland ein Epizentrum des Risikos, das von den globalen Finanzmärkten und noch viel mehr von dem Immobiliensektor ausging, der für den Crash von zentraler Bedeutung war. Deshalb hatte Irland auch unter den Folgen zu leiden. Zwischen 2008 und 2011 sanken die Wohnungspreise um 60 Prozent. Es wurde deutlich, dass die Bauträger die enormen Schulden, die sowohl den Geschäftsbanken als auch den Großbanken zustanden, nicht bedienen konnten. Die irische Regierung reagierte darauf mit einer umfassenden Garantie für alle Unternehmensschulden, die schließlich die irischen Steuerzahler*innen 64 Milliarden Euro kostete.

Während die Krise den überhitzten irischen Immobilienmarkt vorübergehend abkühlte, führte die „Erholung“ zu einer erstaunlichen Ausweitung der Rolle des globalen Finanzkapitals in allen Aspekten des irischen Wohnungssektors. Dies war nicht nur ein Nebeneffekt der Rezession in Irland, des Fehlens öffentlicher Mittel oder der zuvor erwähnten quantitativen Lockerung durch die Europäische Zentralbank. Stattdessen handelte es sich um eine explizite Reihe von Strategien, die von der irischen Regierung verabschiedet wurden, um Anreize für das Finanzkapital im Wohnungssektor zu schaffen und den Immobiliensektor wiederzubeleben.

Irische Forscherinnen und Forscher haben gezeigt, wie Irlands Kombination aus hohem Wohneigentum, nicht nachhaltiger Verschuldung von Individuen und Unternehmen, Boom-Bust-Zyklen im Wohnungsbau und die Regierungspolitik nach der Krise dazu beitrugen, das Ausmaß des Wohneigentums von Unternehmen in Dublin nach 2008 massiv zu steigern.¹¹³ Die irische Regierung richtete eine Vermögensverwaltungsgesellschaft oder „Bad Bank“ ein, um die notleidenden Schulden der Bauträger unterzubringen. Sie verfolgte die explizite Strategie, mit diesen Schulden verbundene Vermögenswerte zu verkaufen, um das für die Rettung der Banken ausgegebene Geld zurückzugewinnen. In der Zwischenzeit explodierten die Mieten im privaten Mietwohnungssektor vor dem Hintergrund rasch sinkender Immobilienpreise und eines stagnierenden Angebots. Im Jahr 2013 verabschiedete die Regierung ein Gesetz, das es *Real Estate Investment Trusts* (REITs), einer Art Investmentfonds, der auf langfristige Investitionen in Wohnimmobilien spezialisiert ist, erlaubte, in Irland tätig zu werden. REITs wurden zu Hauptabnehmern der riesigen Menge an notleidenden Vermögenswerten in den Büchern von Irlands „Bad Banks“, um von den steigenden Mieten im privaten Sektor zu profitieren. Fünf Jahre später gab das Finanzministerium Berichte heraus, in denen darauf hingewiesen wurde, dass

der hochkonzentrierte Besitz von Mietwohnungen durch REITs - in einigen Vororten bis zu 50 Prozent - es ihnen tatsächlich ermöglichte, die Preise festzusetzen, was zur weiteren Eskalation der bereits gestiegenen privaten Mieten in der Stadt führte.

Sozialer Wohnungsbau als Mittel zum Profit: Der Fall Amsterdam

Private Hypotheken waren lange Zeit die offensichtlichste Art und Weise, wie gewöhnliche Haushalte an globalisierte Kapitalströme gebunden werden. Aber auch Wohnimmobilien, die traditionell ganz außerhalb des privaten Marktes lagen, geraten zunehmend in den Einflussbereich von Finanzströmen.

In den Niederlanden wurde der traditionell große, gemeinnützige Wohnungsbestand allmählich in die Finanzmärkte verwickelt. Im März 2019 fand ein enormer Einzelverkauf von 10.000 Wohnhäusern statt. Verkäufer war der britische Investor *Round Hill Capital*, und der Käufer war ein weiterer Investor aus Schweden, *Heimstaden*, der an der Stockholmer Börse notiert ist. Interessanterweise wurde die Tatsache, dass es sich bei den 10.000 Wohneinheiten ursprünglich um Sozialwohnungen handelte, in der Mediendiskussion über den Verkauf fast nicht erwähnt. Zuvor waren sie Eigentum der einstmals berühmten niederländischen Wohnungsbaugesellschaften gewesen, die preiswerte Miethäuser für Familien mit niedrigem Einkommen in den Niederlanden zur Verfügung stellten.

Im Jahr 2008 brachen viele solcher Wohnungsbaugesellschaften während der Finanzkrise beinahe zusammen, teilweise aufgrund von Aktien, die Gegenstand des Geschäfts zwischen den beiden globalen Finanzinvestoren wurden. *Round Hill Capital* entschied sich für den Verkauf, da das Unternehmen bereits in wenigen Jahren den Gewinn erzielt hatte, den es seinen Aktionären versprochen hatte. Es ist eine Geschichte, die sich leider im gesamten niederländischen Wohnungssektor wiederholt.

Der Verkauf von Sozialwohnungen an Investoren ist eine offizielle Politik der niederländischen Regierung. Das Innenministerium hat eine spezielle Website eingerichtet, um Investoren darüber zu informieren, wie sie vom Aufkauf von Immobilien profitieren können, die zuvor der öffentlichen Hand gehört hatten. Dort wird offen zugegeben, dass „geschätzt wird, dass ungefähr 1 Million regulierte Wohnungen von einer solchen Qualität sind, dass diese Häuser in den nicht regulierten Markt eintreten können“.¹¹⁴

Das Finanzkapital als Motor der städtischen Gentrifizierung: Der Fall Budapest¹¹⁵

Der Rückgang der öffentlichen Finanzierung von Wohnprojekten und die konsequente staatliche Politik, privates Kapital für Investitionen in Entwicklungsprojekte anzuwerben, waren ein wesentlicher Faktor für die Gentrifizierung von Arbeitervierteln in Städten auf der ganzen Welt.

In den neunziger Jahren zwangen in Ungarn hohe Armutsraten und fehlende öffentliche Mittel den Bezirk Józsefváros - ein historisch armes innerstädtisches Viertel in der Stadtgemeinde Budapest - auf private Mittel für die Sanierung zurückzugreifen. Dies führte zu einer Verbesserung der physischen Infrastruktur, doch sie hatte einen hohen Preis. Die privaten Investoren waren *Futureal*, im Besitz eines ungarischen Milliardärs, und eine Reihe internationaler Finanzbanken wie die Raiffeisen Bank, sowie einige öffentliche Gelder. Das Projekt umfasste zwei bedeutende Stadtentwicklungsprogramme: Magdolna und Corvin. Das Projekt *Corvin Promenade* war eines der größten Stadtentwicklungsprojekte in Mitteleuropa seit dem Jahr 2000 und umfasste 22 Hektar und 500.000 Quadratmeter unbebauter Grundstücke. Mehr als 1.100 alte Wohnungen wurden während der Implementierung abgerissen, von denen 70 Prozent Sozialwohnungen waren. Die fast vollständige Zerstörung und der Wiederaufbau des Viertels veränderten das städtische und soziale Gefüge des Gebiets vollständig und trugen wesentlich zu den Gentrifizierungsprozessen im Bezirk bei.

Das Magdolna-Projekt war als soziales Rehabilitationsprojekt konzipiert, bei dem keine Häuser abgerissen wurden. Theoretisch konnten die ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohner auch in ihren Häusern bleiben. In der Praxis kam dies jedoch anders. Neue, kurzfristige Mietverträge sind in den öffentlichen Wohngebieten mittlerweile weit verbreitet, und zuvor verzögerte Räumungen wurden durchgesetzt. Auch die privaten Mietpreise sind gestiegen: Die Mieten haben sich zwischen 2013 und 2017 nahezu verdoppelt, der durchschnittliche Verkaufspreis hat sich verdreifacht. Es kam zu erheblichen Vertreibungen alter Einwohner*innen - viele in einen anderen heruntergekommenen Außenbezirk (am Rande von Józsefváros), der sich

nun einem ähnlichen Gentrifizierungsprozess gegenübersteht. In der letzten Phase des Sanierungsprojekts betrug die Entschädigung, die den Eigentümern gewährt wurde, nur 60 Prozent des Marktwerts der Immobilie. Kritiker*innen meinen, dass lokale Entscheidungsträger*innen die Wohnungspolitik nutzen, um die ärmere Bevölkerung aus dem Bezirk zu vertreiben.

Finanzialisierung und Wohnen im globalen Süden

“In vielen Ländern des globalen Südens, in denen die Mehrheit der Haushalte kaum Zugang zu formellen Krediten hat, werden die Auswirkungen der Finanzialisierung anders erlebt, jedoch mit einem gemeinsamen Thema: der Subversion von Wohnraum und Land als soziale Güter zugunsten ihres Wertes als Waren zur Vermögensanhäufung, was zu weit verbreiteten Räumungen und Vertreibungen führt. Informelle Siedlungen werden häufig durch luxuriöse Wohn- und hochwertige Gewerbeimmobilien ersetzt.”

*Report of the Special Rapporteur on adequate housing, Januar 2017*¹¹⁶

Die Finanzialisierung reicht weit über die Hauptstädte des globalen Nordens hinaus. In der Tat kann sie in den boomenden Städten der Länder mit mittlerem Einkommen, in denen enorme städtische Migrationsraten nicht mit öffentlichen Investitionen in erschwinglichen Wohnraum für Arbeitnehmer*innen gedeckt werden, noch verheerendere Auswirkungen haben.

In ihrem Buch *Urban Warfare*, beschreibt die brasilianische Stadtplanerin und ehemalige UN-Sonderberichterstatteerin für angemessenes Wohnen, Raquel Rolnik, wie die Finanzialisierung auch arme Länder und sogar Slums durchdringt. Eines der Hauptinstrumente dafür sind Mikrokredite und Mikrofinanzierung, die sicherstellen, dass

state-and-the-privatisation-of-housing/.

113 M. Byrne, „The financialization of housing and the growth of the private rental sector in Ireland, the UK and Spain“, Geary Institute Working Paper, 2019. Verfügbar unter: <http://www.ucd.ie/geary/static/publications/workingpapers/gearywp201902.pdf>.

114 Siehe Kees Stad, „The State and the Privatization of Housing“, *Global Housing Debt*, November 2018. Verfügbar unter: <https://www.globalhousingdebt.org/the->

115 Für weitere Informationen, siehe M. Czírfusz, V. Horváth et al. „Gentrification and Rescaling Urban Governance in Budapest-Józsefváros“, *Intersections* 1(4), 2015; Habitat for Humanity: *Annual Report on Housing Poverty*, 2018. Habitat for Humanity Hungary, A. Város Mindenkié: Kilakoltatási hullám Józsefvárosban: Az önkormányzat elüldözi a szegénységben élőket.

116 <http://www.unhousingrapp.org/user/pages/04.resources/Thematic-Report-3-The-Financialization-of-Housing.pdf>



Elza de Fatima lebte zuvor in einem Slum. Dank der Unterstützung von *Gaspar Garcia* (einer lokalen Gruppe, die sich für das Recht auf Wohnen einsetzt) lebt sie jetzt in einer erschwinglichen, anständigen Unterkunft. Bildnachweis: *Christian Aid* / Tabitha Ross

„erschwinglicher Wohnraum“ nicht durch öffentliche Investitionen bereitgestellt wird, wie es Anfang des 20. Jahrhunderts in Europa der Fall war, sondern durch eine immer höhere Verschuldung der Unterschicht. Rolnik fasst zusammen: „Die Mikrofinanz markiert die Expansion des Kapitals zu seiner letzten urbanen Grenze: den Slums der Peripherie des Kapitalismus.“¹¹⁷

Unterdessen wird unbebautes Land in der Umgebung städtischer Zentren in vielen Ländern genauso kommerzialisiert wie der Wohnungssektor. Große landwirtschaftliche Betriebe vertreiben Menschen von ihrem Land und zwingen sie, in die Städte zu ziehen. Große Infrastrukturprojekte wie Fußball-Weltmeisterschaften oder Olympische Spiele können jedoch den gleichen Effekt haben. Und dann gibt es einen dritten Bereich der Finanzialisierung: Hypotheken. Dazu bemerkt Manuel Aalbers, ein niederländischer Experte für Immobilien und Finanzen:

„Die Neoliberalisierung und Finanzialisierung des Wohnens ist nicht auf die USA oder die Industrie- und Entwicklungsländer

beschränkt. Hypothekarkredite und Verbriefungen mögen im größten Teil des globalen Südens sehr begrenzt verfügbar bleiben, aber in den stärker entwickelten Ländern gibt einen signifikanten Anstieg, und anständige, erschwingliche Wohnungen werden den Massen kaum zur Verfügung gestellt, wie es in vielen westlichen Ländern während der Moderne/fordistischen Periode der Fall war. Infolgedessen sind die Immobilienmärkte im größten Teil des globalen Südens extrem stratifiziert.“¹¹⁸

Es wird immer deutlicher, dass die Politik von Institutionen wie der Weltbank zur aktiven Unterstützung des Ausbaus der Hypothekenmärkte in Entwicklungsländern im Widerspruch zu den erklärten Zielen des Ziels 11 für nachhaltige Entwicklung steht, „nachhaltige Städte und Siedlungen“ zu fördern.¹¹⁹

¹¹⁷ Raquel Rolnik, *Urban Warfare, Housing Under the Empire of Finance*, Verso, 2019.

¹¹⁸ Aalbers, *The Financialization of Housing*, S.73.

¹¹⁹ <https://www.brettonwoodsproject.org/2018/07/world-bank-globalisation-housing-finance-mortgaging-development/>



Als Herr Oom in den Ruhestand ging, zog er zurück in seine Hütte im südafrikanischen Reiger Park. Er lebt mit seinen vier Enkeln und seiner Tochter zusammen. Außer dem Wohnungsproblem (Wohnen in einer fragilen Hütte auf privatem Land) gibt es keine sanitären Einrichtungen. Wasser wird aus einem Hahn außerhalb des Hauses geholt, und es gibt keine Toiletten. Bildnachweis: *Christian Aid* / Gui Carvalho

Südafrika: Die Organisation von Aktivist*innen zur Rückgewinnung von Wohnland

Nach dem Ende der Apartheid in Südafrika verbesserten sich in den Townships einige Dinge, insbesondere die politischen Rechte. Ein Problem, das jedoch weiterhin besteht, ist das Fehlen angemessener, menschenwürdiger Unterkünfte und damit verbundener Dienstleistungen, was zu Protesten für Versorgungsleistungen und Landrechte geführt hat.

Das *Studies in Poverty and Inequality Institute* stellt fest, dass das Recht auf Wohnen in der neuen südafrikanischen Verfassung verankert ist, die sich insbesondere auf soziale und wirtschaftliche Rechte konzentriert. Aber wie so oft bei gesetzlichen Rechten sieht die Realität ganz anders aus. Eine Reihe verschiedener Bewegungen haben auf das Fehlen angemessener Unterkünfte reagiert, indem sie Land beanspruchten, sich Räumungen widersetzen und die in städtischen Gebieten zunehmend dominierende Macht von Unternehmen in Frage stellten.

Eine Organisation, das *Church Land Programme*, begann ihre Arbeit mit dem Schwerpunkt auf gemeinschaftliche Landrechte auf kircheneigenes und brachliegendes Land. Jetzt bilden sie Aktivist*innen aus und zeigen ihre Solidarität mit Gemeinden, die für Gerechtigkeit und ihr Recht auf Land, Dienstleistungen und Wohnen kämpfen.

Eine andere Gruppe, *Abahlali baseMjondolo* (die Bewegung der Slumbewohner), unterstützt Menschen dabei, sich in autonomen Gruppen zu organisieren, um ihr Recht auf Wohnen zu schützen, mit Strategien wie z. B. Landbesetzungen. Sie betrachten das Wohnen in Bezug auf andere elementare Ursachen der Armut, wie z. B. die Preise für Strom, Transport, Lebensmittel usw., und nutzen ihre Wohnungsbaukampagne, um das breite Wirtschaftssystem weiter zu analysieren. Diese systemische Analyse ist insbesondere in Wohnungsbaukampagnen im globalen Süden weit verbreitet.

Strategien und Alternativen gegen die Finanzialisierung des Wohnens¹²⁰

Der erste Aktionsbereich sind **politische Kampagnen**, die versuchen, öffentlichen Wohnungsbau öffentlich zu halten, und so den **kommerziellen Sektor** davon fernzuhalten. Diese Strategie beinhaltet den Versuch, das zu bewahren, was nach Jahrzehnten anhaltender Angriffe auf die Idee des öffentlichen Wohnungsbaus vom Wohlfahrtsstaat übrig geblieben ist. Dennoch gibt es beeindruckende Beispiele für öffentliche und soziale Wohnungsbauprojekte und -pläne, wie zum Beispiel in Österreich und Frankreich.¹²¹ In Deutschland mussten die Kommunen währenddessen die Freiheit von privaten Immobilienbesitzern zur Mieterhöhung einschränken.

Ein zweiter Aktionsbereich sind **Gesetze und Richtlinien**. Die aktuelle Kampagne zur Sozialisierung des Wohnungsbaus in Berlin ist ein gutes Beispiel. Die rechtliche Möglichkeit der Enteignung ist in der Verfassung verankert, und es gibt eine örtliche Regelung, die ein verbindliches Referendum vorsieht, um dies zu fordern. Diese Gelegenheiten wurden von einem großen Netzwerk von Gruppen von Wohnungsbauaktivist*innen genutzt, um Maßnahmen in Bezug auf Mieten und Eigentum zu fordern. Ein Referendum wird eingeleitet, wenn die lokale Regierung den Forderungen nach Enteignung großer privater Wohnungsunternehmen nicht nachkommt.

Ein **dritter** Aktionsbereich konzentriert sich auf **individuelle Bedürfnisse und Rechte**, sowohl im globalen Norden als auch im globalen Süden. Die PAH in Spanien¹²² hat Personen organisiert, die aufgrund der Nichtzahlung von Hypotheken mit Vertreibung aus ihren Häusern bedroht sind, nachdem sie nach dem Crash von 2008 ihr Einkommen verloren hatten. Viele Besetzungsaktionen bieten die direkte Aktion als Lösung für die Wohnungskrise in spanischen Städten.

In vielen Fällen haben Aktivistinnen und Aktivisten begonnen, sich nach den Vorstellungen des Urbanisten Henri Lefebvre und anderer um das Konzept des Rechts auf Stadt zu organisieren. Anstatt sich ausschließlich auf das Wohnen zu konzentrieren, beziehen diese Bewegungen alle Nutzer der Stadt – Arbeiterinnen und Arbeiter, Dienstleistungsnutzerinnen und -nutzer usw. – in

kollektives Handeln mit ein.¹²³ Dieser Ansatz hat auch in Städten des globalen Südens Wurzeln geschlagen. Das *Centro Gaspar Garcia* in São Paulo setzt sich beispielsweise für zugängliches und erschwingliches Wohnen in Arbeitervierteln ein, konzentriert sich jedoch auch auf die Rechte von Frauen und undokumentierten Müllsammler*innen.

Die Sozialisierung des Wohnens erfordert die Sozialisierung der Finanzierung

Um die **Finanzialisierung** des Wohnens im Besonderen herauszufordern müssen Anstrengungen unternommen werden, um Vorschläge für alternative Finanzierungsformen zu formulieren. Zum Beispiel hat die PAH in Spanien den Private-Equity-Fonds *Blackstone* mit einem bedrohlichen Video ins Visier genommen und gleichzeitig gut dokumentierte Vorschläge für den Bau von Kollektivwohnungen unterbreitet.¹²⁴ Wenn Wohnen sozialisiert werden soll, muss auch die Finanzierung sozialisiert werden – sowohl auf lokaler als auch auf transnationaler Ebene.

Während die Behörden in vielen Ländern neue und innovative Wege aufzeigen, wie sie die Wohnungskrise in den Griff bekommen wollen, handelt es sich bei den meisten Optionen doch um nur kleinteilige Maßnahmen, es sei denn, sie verfügen über ausreichende öffentliche Finanzmittel. In Ungarn beispielsweise wirbt eine Gruppe namens *Rakoczi Collective* für ein Genossenschaftsmodell, bei dem sich das Gebäude im Besitz einer Genossenschaft befindet und die Bewohner*innen nur einen langfristigen Mieterstatus haben. Finanzielle Beschränkungen behindern jedoch die Entwicklung von Genossenschaftswohnungen in einem breiteren Maßstab erheblich. Banken gewähren Genossenschaften nur ungern Kredite, sondern stellen stattdessen Finanzierungen für Einzelpersonen durch Einzelhypotheken oder in Form von Bau-zum-Verkauf für den privaten Sektor zur Verfügung. In Ungarn fehlen bedauerlicherweise langfristige Finanzierungsmechanismen mit günstigen Bedingungen für Genossenschaftsprojekte, und auch die Trends sind nicht vielversprechend.

Überall auf der Welt hat das Fehlen öffentlicher

Finanzmittel für soziale Lösungen der Wohnungskrise ein Vakuum geschaffen, das von privaten Finanzmitteln gefüllt wird.

Was wollen wir?



Wie viele der in diesem Bericht beschriebenen Facetten der Finanzialisierung erfordert die Kommodifizierung des Wohnens tiefgreifende, strukturelle und weitreichende Lösungen. Die notwendigen Lösungen sind selten einfache politische Änderungen, sondern eine tiefgreifende Neukonfiguration der Regeln und der Funktionsweise der öffentlichen und privaten Finanzen auf globaler Ebene.

In den Ländern des **globalen Südens** gibt es trotz boomender Urbanisierung nur minimale Anzeichen dafür, dass eine Revolution im öffentlichen Wohnungsbau, vergleichbar mit den Siedlungsprogrammen in Vor- und Nachkriegseuropa, in Sicht ist. Tatsächlich sind viele der von internationalen Geldgebern und Hilfsorganisationen vorgeschlagenen „Lösungen“ wahrscheinlich ein Medikament, das schlimmer ist als die Krankheit – Mikrokredite und öffentlich-private Partnerschaften (PPPs). Die Fokussierung der internationalen Finanzierungsagenturen auf PPPs, wie zum Beispiel die „Maximizing finance for development“-Strategie der Weltbank, steht eindeutig nicht im Einklang mit dem Ziel der Dekommodifizierung des Wohnens, und dürfte stattdessen dazu führen, dass mehr Städte in die gleiche Kategorie fallen wie die in Europa diskutierten, wo das Wohnen für alle außer einer auserwählten Elite unerschwinglich ist. **Wir fordern die Geber auf, die Bedeutung des sozialen Wohnungsbaus zu akzeptieren, wie es für andere öffentliche Güter wie Bildung üblich ist.**

In **Europa** muss der Hauptmotor der Eindämmung der Finanzialisierung ein erneuter Fokus auf die Investition öffentlicher Gelder in den Aufbau öffentlicher Wohnungsbestände sein. Dies erfordert grundlegende Änderungen der geltenden Vorschriften, und zwar:

- Die Lockerung der EU-Ausgabenvorschriften, um die Investitionsausgaben von den Defizitberechnungen auszunehmen;

- Die Aufnahme des **sozialen Wohnungsbaus** in Listen der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, die von Vorschriften ausgenommen sind, die staatliche Beihilfen verbieten;
- Die Einrichtung eines Fonds für den öffentlichen Wohnungsbau innerhalb der Europäischen Investitionsbank zur Entwicklung von nicht-kommodifiziertem Wohnraum in öffentlichem Besitz.

Tatsächlich würden diese Änderungen das derzeitige Ungleichgewicht beheben, das dafür sorgt, dass dem Staat die Hände gebunden sind, während Unternehmen ungehindert die Gestalt unserer Städte verändern.

¹²⁰ Zahlreiche Beispiele für Gemeinschaften, die sich diesen Prozessen widersetzen, sind in der Broschüre der European Housing Coalition zu finden, *Housing Financialization*; trends, actors and processes, Rosa Luxemburg Stiftung, 2018.

¹²¹ Weitere Informationen zum Thema Sozialer Wohnbau in Wien finden Sie unter <https://archinect.com/news/article/150074889/vienna-leads-globally-in-affordable-housing-and-quality-of-life>.

¹²² Plataforma de Afectados por la Hipoteca

¹²³ Samuel Stein, *Capital City, Gentrification and the Real Estate State*, Verso, 2019.

¹²⁴ <https://www.youtube.com/watch?v=gPGGjpOisel>

5. Infrastruktur

Die Finanzialisierung der Infrastruktur: Mittel zum Zweck oder Selbstzweck?

von Xavier Sol, *Counter Balance*; und Nicola Scherer, *Debt Observatory in Globalisation (ODG)*.^{*125}

Eine funktionierende Infrastruktur ist eine Grundvoraussetzung für unser tägliches Leben. Wasser- und Energieinfrastrukturen beispielsweise liefern uns Grundgüter, ohne die wir nicht leben und produzieren könnten, und tragen so wie wir zu unserer Wirtschaft bei. Verkehrsinfrastrukturen bieten uns die Möglichkeit, an unsere Arbeitsorte zu gelangen, sowie Waren und Produkte von einem Ort zum anderen zu transportieren. Bei jeder Art der Infrastruktur führt die Nutzung zu ihrer unvermeidlichen Verschlechterung und im Zuge des Fortschritts von Technologie und Wissenschaft muss diese regelmäßig repariert, ersetzt, und aufgerüstet werden und ständig müssen neue Formen der Infrastruktur entwickelt werden. Kurz gesagt ist Finanzierung erforderlich, um Infrastruktur in Stand zu halten und zu verbessern.

Hier tritt ein Problem auf: Das private globale Finanzwesen übernimmt nämlich die Kontrolle der Infrastruktur. Tatsächlich verlieren Menschen und Gemeinden zunehmend die Möglichkeit, zu entscheiden, welche Infrastruktur sie benötigen, welche Infrastruktur gebaut wird und wer sie baut. Das heißt, es sind immer mehr die Investoren und nicht die Bürgerinnen und Bürger, die über Infrastrukturprojekte entscheiden und ihre Entscheidungen auf potenzielle finanzielle Gewinne stützen. Infolgedessen setzt sich ein „BIG-BIG-BIG-Modell“ durch: große Projekte, große Investitionen und große Unternehmen. Es ist das Modell, das von Investoren und Entscheidungsträger*innen auf Kosten kleiner Projekte gefördert wird,¹²⁶ die dann darum kämpfen, ihre Finanzierung zu sichern. Dies ignoriert weitgehend die Tatsache, dass die Infrastruktur, die das am meisten benötigte öffentliche Gut liefert, im Allgemeinen nicht diejenige ist, die den Investoren die höchste Rendite garantiert.

Große Infrastruktur, Megaprojekte und Megakorridore?

Bei großen Infrastrukturprojekten handelt es sich hauptsächlich um große technische Projekte, bei denen es sich um komplexe Systeme handelt, die in der Regel von einem Sponsor geleitet werden, zu denen jedoch auch andere Akteure wie Aufsichtsbehörden, Bankiers und Kreditgeber gehören. Diese Projekte können verschiedene Formen annehmen und reichen von Autobahnen, Eisenbahnen, Häfen, Flughäfen, Industrieanlagen, Öl- oder Gasleitungen und -speichern bis hin zu großen Dämmen und anderen Energieerzeugungssystemen.

Das Konzept von Megaprojekten (und der zugehörige Begriff Megainfrastruktur, der in diesem Zusammenhang gebraucht wird) ist besonders relevant, wenn Fragen undurchsichtiger Verwaltung und des Fehlens offener Entscheidungsprozesse diskutiert werden, die mit ihren meist schwerwiegenden sozialen und ökologischen Auswirkungen verbunden sind. Wie Bent Flyvbjerg, Programmmanagementprofessor der Universität Oxford, betont, handelt es sich bei Megaprojekten um „komplexe Großprojekte, die in der Regel 1 Milliarde US-Dollar oder mehr kosten, deren Entwicklung und Aufbau viele Jahre in Anspruch nehmen, an denen mehrere öffentliche und private Interessengruppen beteiligt sind, die transformatorisch sind, und Auswirkungen auf Millionen von Menschen haben“.¹²⁷

Die „globale Infrastrukturagenda“, die von der Weltbank und den internationalen Finanzinstitutionen gemeinsam mit dem

Unternehmenssektor unter dem Motto der Erreichung der SDGs gefördert wird, zielt auch darauf ab, im Namen der Entwicklung „Megakorridore“ für die Infrastruktur zu schaffen. Infrastrukturkorridore sind keine neue Idee. Aber die Pläne, die jetzt in Vorbereitung sind, sind von einem bisher ungeahnten Maßstab, was die zunehmende Verwendung des Begriffs „Megakorridore“ erklärt. Kein Kontinent (außer der Antarktis) ist ausgeschlossen. Von Afrika bis Asien und Südamerika wurden Infrastruktur-Masterpläne erstellt, um ganze Landmassen (und die sie verbindenden Meere) in „Produktions- und Verteilungsknoten“, „Entwicklungskorridore“, „Sonderwirtschaftszonen“ und „Verbindungsleitungen“ umzugestalten.

Die Mutter aller Korridorpläne ist eindeutig Chinas *Belt and Road Initiative* (BRI), die vor allem für ihre geopolitischen Auswirkungen kritisiert wird, doch weitaus weniger für das Konzept der physischen und finanziellen Ausbeutung, auf dem sie beruht. Das gigantische Ausmaß der vorgeschlagenen Infrastruktur wird ganze Gebiete, Regionen und Volkswirtschaften und damit das Leben von Milliarden von Menschen grundlegend verändern und neu gestalten. Megakorridore zielen in erster Linie darauf ab, den Export von Rohstoffen und Gütern zu verbessern und Volkswirtschaften in globale Märkte zu integrieren. Sie werden auch die weltweiten Transportwege rationalisieren und den Zugang zu einer begrenzten Anzahl von Knotenpunkten verbessern, an denen die Nachfrage zentralisiert wird.

Kurz gesagt, diese Agenda zielt darauf ab, die Zirkulation im Produktionsbereich weltweit zu beschleunigen und damit die wirtschaftliche Globalisierung voranzutreiben. Sie wird letztendlich ein bereits gescheitertes Entwicklungsmodell und die damit verbundene globale Arbeitsteilung ausbauen, die damit für die kommenden Jahrzehnte unumstößlich sein könnten.

Der Verlust der Infrastruktur als öffentliches Gut

Anstatt die Infrastruktur auf die Bedürfnisse der Menschen und der lokalen Bevölkerung abzustimmen, orientieren sich Infrastrukturprojekte an den Bedürfnissen der Investoren, um langfristig große Kapitalmengen anzulocken. In diesem Sinne muss ein Infrastrukturprojekt für den Investor rentabel sein und Einnahmequellen schaffen, beispielsweise durch von den Bürger*innen gezahlte Nutzungsgebühren. Dieser gewinnorientierte Ansatz hat sich oft als unvereinbar mit der Erfüllung der Bedürfnisse von Menschen und Gemeinschaften oder der Gesellschaft im Allgemeinen erwiesen. Eine Art von Infrastruktur, die den Menschen zugute kommt, ist beispielsweise die öffentliche Wasserwirtschaft und -versorgung, die von den Bürger*innen kontrolliert wird. In der spanischen Stadt Terrassa beispielsweise arbeitet die Bürgerinitiative *Taula d'Aigua* gemeinsam mit dem Stadtrat an einer Rekommunalisierung des Wassers, nach einer 75-jährigen Konzession, die während der faschistischen Diktatur der Privatfirma *Mina Pública de Aigües de Terrassa* SA erteilt wurde, deren Hauptaktionär der multinationale Konzern *Agbar-Suez* ist.

Menschen und Gemeinschaften erleben eine permanente Umgestaltung ihrer **Territorien** im Namen der Kapitalakkumulation. Der Bau großer Staudämme, Stromnetze, Ölplattformen, Gasleitungen, Minen, Häfen, Eisenbahnen und Autobahnen ist meist mit erheblichen ökologischen und sozialen Kosten verbunden. Infrastrukturprojekte zerstören Territorien und Ökosysteme, zwingen ganze Gemeinden zur Umsiedlung und verletzen Menschenrechte und Frauenrechte. Während die G20 und die Weltbank davon besessen sind, die „Infrastrukturücke“¹²⁸ zu schließen, indem sie ihre Investitionen „von Milliarden auf Billionen“ erhöhen, achten sie kaum auf die möglichen Konsequenzen. Wie das Office of the *UN High Commissioner for Human Rights* in seinem Bericht „The Other Infrastructure Gap: Sustainability“,¹²⁹ zutreffend ausgeführt hat, werden die menschenrechtlichen Auswirkungen von Infrastrukturprojekten und die geplante Erweiterung weitgehend ignoriert. Mit der Weiterentwicklung der Megainfrastruktur verschärfen sich jedoch auch deren Auswirkungen. Zahlreiche Gemeinden und NGOs auf der ganzen Welt dokumentieren seit Jahrzehnten die Auswirkungen des extraktivistischen Ansatzes¹³⁰, der mit der Entwicklung der Infrastruktur verbunden ist.

125 * Dieses Kapitel profitierte von den hervorragenden Revisionen von Aleksandra Antonowicz-Cyglicka (Ola) (*Polska Zielona Sieć* /Polnisches Grünes Netzwerk, Polen) und Elena Gerebizza (*Recommon*, Italien).

126 XSE, *Tenim energia! Reptes per transició cap a la sobirania energètica*. Xarxa per la Sobirania Energètica. Barcelona, 2018.

127 B. Flyvbjerg, „What you should know about megaprojects, and why“, *Project Management Journal* 45 (2), 2014.

128 Die sogenannte „Infrastrukturücke“ ist der Unterschied zwischen den derzeitigen Investitionen in Infrastrukturprojekte und dem Umfang der Investitionen, die nach Ansicht der Befürworter dieses Konzepts zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen erforderlich sind.

129 <https://www.ohchr.org/Documents/Publications/InfrastructureGapSummary.pdf>

130 Der extraktivistische Ansatz bezieht sich auf den Prozess der Gewinnung natürlicher Ressourcen aus der Erde, hauptsächlich aus dem globalen Süden, um sie auf dem Weltmarkt zu verkaufen, hauptsächlich in den globalen Norden.

Das Megainfrastrukturmodell: Auswirkungen auf Mensch und Klima



Das Megainfrastrukturmodell hat verheerende Auswirkungen auf das Klima und gefährdet zukünftige Generationen und Gemeinschaften, die vom Klimawandel betroffen sind, insbesondere im globalen Süden.

Weltweit konzipierte Megakorridore basieren auf CO₂-intensiven Verkehrsmitteln (Flughäfen, Autobahnen) und Energieinfrastruktur (einschließlich fossiler Brennstoffe). Infolgedessen passt die Infrastrukturagenda, die von den G20 und den Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) gefördert wird, weder zu den Dekarbonisierungszielen noch zu den angeblichen Plänen, den Klimawandel weltweit zu bekämpfen und die Finanzmittelflüsse an den Zielen des Übereinkommens von Paris auszurichten.¹³¹

Derzeit werden auf regionaler europäischer Ebene Anstrengungen unternommen, über die *EU High Level Expert Group on Sustainable Finance*, einer Expertengruppe der EU, die Schaffung einer „Nachhaltigen Infrastruktur Europa“¹³² voranzutreiben. Auch von der OECD und der Weltbank¹³³ wurde vor kurzem der Versuch unternommen, diese Agenda als „Nachhaltige Infrastruktur“ zu kennzeichnen. Ergebnisse stehen jedoch noch aus, und es besteht die Gefahr, dass sie lediglich eine Greenwashing-Übung darstellen. So werden in den jüngsten Erkenntnissen der G20 zur nachhaltigen Infrastruktur das Pariser Übereinkommen und die Frage der fossilen Brennstoffe nicht einmal erwähnt.

Die Privatisierung der Infrastruktur verstärkt die Ungleichheit der Geschlechter. Dies geschieht auf mindestens drei Arten. Erstens schränkt das Profitstreben privater Einrichtungen den Zugang zu Infrastrukturdienstleistungen für die am stärksten ausgegrenzten Personen ein, bei denen es sich häufig um Frauen und insbesondere Frauen mit Migrationshintergrund handelt. Beispielsweise sind Frauen von der Änderung von Nutzungsgebühren besonders betroffen, da sie die größten Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs sind, um zur Arbeit zu kommen oder ihrer Betreuungsarbeit nachzugehen.¹³⁴

Da die privatisierte Infrastrukturagenda Auswirkungen auf die den Regierungen zur Verfügung stehenden Ressourcen hat, untergräbt sie die Fähigkeit des Staates, geschlechtsspezifische öffentliche Dienste und Infrastrukturen bereitzustellen.¹³⁵ Zweitens sind Frauen einer unfairen Arbeitsteilung unterworfen. Beispielsweise werden in Rohstoffinfrastrukturprojekten die meisten Jobs und insbesondere hochqualifizierte Jobs von Männern besetzt. *Aker Solutions*, das wichtigste internationale Vertragsunternehmen im Benzin- und Gassektor, gab an, dass 24 Prozent der Verwaltungsarbeit und nur 3 Prozent der qualifizierten Arbeit an Frauen vergeben wird.¹³⁶ Drittens schränken gewinnorientierte Motivationen auch die Bereitstellung menschenwürdiger Arbeit für Frauen in Infrastrukturprojekten ein. Beispielsweise gibt es eine wachsende Tendenz, internationale Agenturen für die Vergabe von Unteraufträgen mit flexiblen Verträgen einzusetzen.¹³⁷ Die Logik der Vergabe von Unteraufträgen führt zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, insbesondere im Hinblick auf die Vermeidung von Risiken und Verletzungen am Arbeitsplatz.

Megainfrastruktur verursacht Menschenrechtsverletzungen unterschiedlicher Art. Die Vereinten Nationen klassifizieren mögliche negative Auswirkungen von Megainfrastrukturinvestitionen auf die Menschenrechte in Mikro-, Meso- und Makroebene. Auf der Mikroebene können Infrastrukturprojekte mit direkten Auswirkungen auf die Menschenrechte von Gemeinden und Arbeitnehmer*innen und die Umwelt verbunden sein, wie z. B. Erwerb von Land und Ressourcen, Umsiedlung, Zwangsräumung und Verlust angemessener Lebensunterhalts- und Lebensstandards, fehlender Gesundheits- und Sicherheitsschutz für Arbeitnehmer*innen, sexuelle Gewalt, Einschüchterung und Repressalien gegen Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, die sich den Projekten widersetzen. Auf der Meso-Ebene können Erschwinglichkeitsprobleme bestimmte Gruppen diskriminieren und vom Zugang zu Infrastrukturdiensten ausschließen, die durch das Menschenrechtsgesetz geschützt sind (z. B. Zugang zu Wasser). Auf der Makroebene können gescheiterte Megainfrastruktur-Agenden auf nationaler und höherer Ebene über Jahrzehnte andauernde negative Auswirkungen auf Mensch und Umwelt mit sich bringen, die Auswirkungen auf die

Klimakrise verschärfen und die Finanzialisierung des Sektors beschleunigen. Ein schlechtes Steuer- und Finanzmanagement kann zur Verschwendung von Ressourcen führen und die Verschuldung vertiefen, wodurch soziale Ungleichheiten tendenziell verschärft werden.¹³⁸

Infrastruktur als profitable Anlageklasse

Infolge der Umwandlung der Infrastruktur in eine Anlageklasse haben viele Gemeinden die Kontrolle über ihre Infrastruktur verloren. Dieser Trend kann als Kern der Finanzialisierung des Infrastrukturprozesses verstanden werden.

Im globalen Norden wie im globalen Süden werden Infrastrukturinvestitionen als Mittel zur Wiederherstellung des Wirtschaftswachstums, der Nachfrage und der Arbeitsplätze in den von der Finanzkrise ab 2008 betroffenen Volkswirtschaften dargestellt. Der Neubau von Infrastruktur wird als Allheilmittel auf dem Weg aus der nachfolgenden Wirtschaftskrise beworben.¹³⁹

Unter der Annahme eines beständigen Wirtschaftswachstums werden Megainfrastrukturprojekte zu einer neuen Anlageklasse, in die das internationale Kapital investieren und Gewinne erzielen kann. Aber warum wird die Megainfrastruktur als Wachstumsmotor wahrgenommen? Neoliberale multilaterale Institutionen wie die Weltbank, der IWF und die meisten Entwicklungsbanken bieten eine relativ einfache Erklärung: Wirtschaftswachstum ist ohne eine große, gut funktionierende Infrastruktur nicht möglich, zumal die Infrastruktur die Gewinnung und den Transport von Energie und Ressourcen von Produktionsgebieten zu Verbrauchsgebieten, insbesondere im globalen Norden, ermöglicht.¹⁴⁰

Seit der Finanzkrise stehen die Regierungen vor einem Dilemma: Wie können sie ihre Infrastruktur finanzieren und den wirtschaftlichen Aufschwung mit öffentlichen Mitteln vorantreiben, während sie gleichzeitig der harten Sparlogik und den neoliberalen

Dogmen treu bleiben, deren Einhaltung sie sich häufig verschrieben haben? Aus diesem Grund hat sich ein von den IFIs vorangetriebener Konsens über eine „globale Infrastrukturagenda“ herausgebildet, der weitgehend auf der Annahme beruht, dass eine große „Infrastrukturücke“ besteht, die durch private Finanzmittel geschlossen werden muss. Die OECD schätzt, dass bis 2030 zusätzliche 70 Billionen US-Dollar an Infrastruktur benötigt werden, für die Regierungen sich an privaten Mittel wenden müssen.

Parallel dazu suchen die globalen Kapitalmärkte, die die Ansammlung von beispiellosem Privatvermögen durch einige wenige begünstigt haben, wiederum nach Investitionsmöglichkeiten in neue profitable Vermögenswerte. Die Finanzkrise führte zum totalen Zusammenbruch alter, lukrativer Vermögenswerte wie zum Beispiel dem Wohnungsmarkt.

Das ist der Zeitpunkt, an dem „Wunder“ geschehen sollen, die die Bedürfnisse beider Seiten erfüllen: In der Hoffnung vieler Regierungen soll die Infrastruktur zu einer neuen Anlageklasse werden, die private Liquidität anziehen und die finanzielle Belastung der beschränkten öffentlichen Kassen verringern soll.

Deshalb steht das Thema Infrastruktur in hochrangigen Sitzungen wie der G20 oder des Globalen Infrastrukturforums, wo sich jedes Jahr Vertreter der größten Entwicklungsbanken¹⁴¹ der Welt versammeln, ganz oben auf der politischen Tagesordnung. Diese Agenda wird weitgehend vom privaten Sektor angeführt, um Gewinne zu sichern, erfordert jedoch öffentliche Finanzen, um sich wie geplant zu entwickeln.¹⁴² Es besteht die reelle Gefahr, dass die öffentlichen Finanzen tatsächlich dieser Agenda folgen werden, zum Nachteil der lokalen Gemeinschaften und der Bürgerinnen und Bürger. Öffentliche Gelder ziehen bereits nach: Ein gemeinsamer Bericht von 13 Entwicklungsbanken gab an, im Jahr 2017 langfristige private und institutionelle Investorenfinanzierungen in Höhe von 73,3 Mrd. USD für Infrastrukturen wie Strom-, Wasser-, Verkehrs- und Telekommunikationssysteme mobilisiert zu haben.¹⁴³ Entwicklungsbanken sehen ihre Rolle auch darin, bei der Entwicklung einer Pipeline gewinnbringender Projekte und Projekte der Risikoreduzierung für Privatinvestoren mitzuwirken.

131 Das Übereinkommen von Paris von 2015 sieht drei langfristige Ziele vor: die Verpflichtung, dass „die Finanzmittelflüsse in Einklang gebracht werden mit einem Weg hin zu einer hinsichtlich der Treibhausgase emissionsarmen und gegenüber Klimaänderungen widerstandsfähigen Entwicklung“; den globalen durchschnittlichen Temperaturanstieg zu begrenzen; und die Fähigkeit zu verbessern, sich an Klimafolgen anzupassen.

132 https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/180131-sustainable-finance-final-report_en.pdf

133 Siehe zum Beispiel, OECD, *Financing Climate Futures: Rethinking Infrastructure*, Paris, 2018.

134 EURODAD, *Can public-private partnerships deliver gender equality?* Briefing paper, Gender & Development Network, FEMNET, März 2019.

135 Ebd.

136 Aker Solutions, *Face value: Corporate responsibility report 2008/2009*. Lysaker: aker Solutions, 2008.

137 I. Graham, „Working conditions of contract workers in the oil and gas industries“. Working papers 276. International Labour Office, Genf, 2010.

138 Office of the UN High Commissioner for Human Rights, *Baseline Study on the Human Rights Impacts and Implications of Mega-Infrastructure Investment*, 2017.

139 X. Sol, „Rebuilding the world: the hubris behind the global infrastructure agenda“, *OpenDemocracy*, April 2019. Verfügbar unter <https://www.opendemocracy.net/en/oureconomy/rebuilding-world-hubris-behind-global-infrastructure-agenda/>.

140 ODG Debt Observatory in Globalization (ODG), *Mega-infrastructure as a mechanism of indebtedness. The risk of illegitimate, ecologic and gender debt*. Barcelona, 2018.

141 Dazu gehören zum Beispiel: Multilaterale Entwicklungsbanken (MDBs) wie die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), die Weltbankgruppe und die Europäische Investitionsbank (EIB).

142 https://www.ifc.org/wps/wcm/connect/4366950e-b757-4190-8074-7db86e2860a7/201806_Mobilization-of-Private-Finance_v2.pdf?MOD=AJPERES&CVID=mfmjKJZ

143 https://www.ifc.org/wps/wcm/connect/4366950e-b757-4190-8074-7db86e2860a7/201806_Mobilization-of-Private-Finance_v2.pdf?MOD=AJPERES&CVID=mfmjKJZ



Eine Ansicht des Kolaghat-Wärmelektrischen Kraftwerks in Ost-Medinipur, Westbengalen, Indien Bildnachweis: Christian Aid / Elizabeth Dalziel

Um den Handel zu regeln und die Infrastruktur als Anlageklasse zu fördern, wird ein anlegerfreundliches finanzielles Umfeld geschaffen. In den meisten Fällen erfolgt dies durch den Abbau von Anlagebeschränkungen für Pensionsfonds und Versicherungssysteme oder durch die Aufstockung derivativer Finanzprodukte.¹⁴⁴ Menschen, Gemeinschaften und die Zivilgesellschaft sind häufig von Entscheidungsprozessen in Bezug auf die Regelung des Finanzsektors ausgeschlossen. Wenn es darum geht, Entscheidungen über anlegerfreundliche Gesetze zu treffen, herrscht ein hohes Maß an Undurchsichtigkeit und mangelnder Transparenz, und gleichzeitig verfügen finanzielle Interessengruppen über großen Einfluss.

Eine neue Welle öffentlich-privater Partnerschaften (PPPs)



Durch dieses öffentlich-private Investitionsmodell wird nicht nur die Infrastruktur privatisiert, sondern auch immer mehr traditionelle öffentliche Dienstleistungen wie Gesundheit und Bildung. Sogar die Weltbank fördert

PPPs als den effizientesten Mechanismus, um private Finanzmittel anzuziehen und eine gute Infrastruktur bereitzustellen.

Fallstudien aus der ganzen Welt belegen jedoch weiterhin, dass der Zugang der Ärmsten eingeschränkt wird und Ungleichheiten tendenziell zunehmen, wenn sich Regierungen für private Investitionen zum Bau und zur Bereitstellung von Gesundheit, Verkehr, Bildung und Energie entscheiden.¹⁴⁵ Der Konsens über die Vorteile der Ausweitung privater Finanzierungsinstrumente wie PPPs scheint zu zerbrechen. PPPs werden zunehmend von der Öffentlichkeit abgelehnt, da ihre Auswirkungen mit der Zeit klarer werden, und einige europäische Länder verabschieden sich bereits von PPPs.¹⁴⁶ Im März 2018 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof einen Sonderbericht, in dem das Scheitern von PPPs aufgezeigt und die Unterstützung der EU für dieses Modell über die Europäische Investitionsbank (EIB) und EU-Mittel kritisiert wurde. In dem Bericht hieß es, dass PPPs „nicht immer effektiv verwaltet wurden und kein angemessenes Preis-Leistungs-Verhältnis boten“.¹⁴⁷

Insgesamt haben sich PPPs als nachweislich teurer als die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen erwiesen und tragen ein hohes Risiko für unbekannte

zukünftige und/oder illegale Verschuldung, da sie „aus der Bilanz verborgen“ werden können, sodass sie nicht im Haushalt und in den Staatsschulden angegeben werden. In diesem Sinne hat der französische Senat PPPs als „Zeitbomben“ bezeichnet.¹⁴⁸ Trotz widersprüchlicher Behauptungen besteht eine ungleiche finanzielle Risikoteilung,¹⁴⁹ da PPPs für Regierungen oft riskanter sind als für die beteiligten Privatunternehmen. Wenn alles gut läuft, profitiert das Unternehmen, während die Regierung häufig eingreifen und die Kosten übernehmen muss, wenn etwas schief geht. Dies wird im Bericht „History RePPPeated“¹⁵⁰ gut veranschaulicht, in dem Eurodad 10 Fälle von PPP-Projekten präsentiert, die auf vier Kontinenten sowohl in Industrieländern als auch in Entwicklungsländern durchgeführt wurden.

Was sind öffentlich-private Partnerschaften?

PPPs sind mittel- oder langfristige Verträge zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor. Auf der Grundlage staatlicher Garantien baut und/oder verwaltet der Privatsektor Güter oder Dienstleistungen, die traditionell vom Staat (auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene) bereitgestellt werden, darunter Krankenhäuser, Schulen, Straßen, Eisenbahnen, Wasser, sanitäre Anlagen und Energieversorgung. Auf diese Weise wird das Risiko des Projekts zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor aufgeteilt oder direkt zur Gänze vom öffentlichen Teil getragen. Der Vertrag kann die Planungs-, Bau-, Finanzierungs-, Betriebs- oder Wartungsphase oder das gesamte Projekt abdecken. Die Einnahmen für den Privatanleger stammen in der Regel aus Nutzungsgebühren oder direkt aus der öffentlichen Verwaltung.

2017 wurde eine internationale zivilgesellschaftliche Kampagne zum Thema PPPs gestartet, um den gefährlichen Ansturm auf teure und risikoreiche PPPs umzukehren. Sie präsentierte ein Manifest¹⁵¹, das von 152 Organisationen aus 45 Ländern unterstützt

wurde und westliche Regierungen, die Weltbank und andere Entwicklungsbanken dazu aufforderte, bei der Finanzierung sozialer und wirtschaftlicher Infrastrukturen und Dienstleistungen PPPs nicht weiter den Vorzug gegenüber traditioneller öffentlicher Kreditaufnahme zu geben.

Das Manifest hob unter anderem hervor, dass PPPs das Korruptionsrisiko erhöhen und die Fähigkeit der Regierungen verringern, im öffentlichen Interesse zu regulieren. Tatsächlich sind PPP-Verträge äußerst komplex. Die Verhandlungen unterliegen dem Geschäftsgeheimnis, weshalb es für die Zivilgesellschaft und Parlamentarier*innen schwierig ist, sie zu prüfen. Dieser Mangel an Transparenz erhöht das Korruptionsrisiko erheblich und untergräbt die demokratische Rechenschaftspflicht. Darüber hinaus untergraben PPP-Verträge häufig das Recht und die Verpflichtung des Staates, im öffentlichen Interesse zu regulieren. PPPs können die Fähigkeit von Regierungen einschränken, neue Richtlinien zu erlassen - zum Beispiel strengere Umwelt- oder Sozialvorschriften -, die sich auf bestimmte Projekte auswirken könnten. Darüber hinaus bedrohen PPPs die nationale Demokratie weiter, da PPP-Verträge undurchsichtige und nicht rechenschaftspflichtige internationale Entscheidungen gegenüber lokalen oder nationalen Gerichten begünstigen, ohne die Nachteile dieser Systeme zur Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten (ISDS) zu berücksichtigen.¹⁵² Laut von der Weltbank vorgeschlagenen PPP-Verträgen kann der Staat sogar für Kosten durch Arbeitnehmer*innen-Streiks haften.

Wie der Name schon sagt, ist die „globale Infrastrukturagenda“ international ausgerichtet. In der Tat sind ihre Auswirkungen und Folgen im globalen Süden bereits stark zu spüren.

Auswirkungen auf den globalen Süden

Ein typisches Beispiel ist die neue Welle der Staatsschuldenkrise im globalen Süden, die teilweise mit Infrastrukturprojekten und privaten Finanzierungen zusammenhängt. Der globale Süden, insbesondere die einkommensschwachen Länder,

¹⁴⁴ Derivate, die im Allgemeinen dem Bereich der fortgeschrittenen Investitionstätigkeit angehören, sind sekundäre Wertpapiere, deren Wert ausschließlich auf dem Wert des primären Wertpapiers basiert, mit dem sie verbunden sind. An und für sich ist ein Derivat wertlos. Terminkontrakte, Termingeschäfte, Optionen, Swaps und Warrants sind gängige Derivate.

¹⁴⁵ https://jubileedebt.org.uk/wp-content/uploads/2013/01/Double-standards_Final-version_08.17.pdf

¹⁴⁶ So kündigte Justizministerin Nicole Belloubet im März 2018 in Frankreich die Abkehr von PPPs für den künftigen Bau von Gefängnissen und Gerichten an. Ihr Hauptargument war, dass sie diese Option für „zu teuer“ hielt.

¹⁴⁷ https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR18_09/SR_PPP_EN.pdf

¹⁴⁸ J.-P. Sueur und H. Portelli, *Parliamentary information report n°773 Partnership contracts: time bombs?*, 2014. Verfügbar unter <http://www.senat.fr/rap/r13-733/r13-733.html> (in French).

¹⁴⁹ ODG (Observatori del Deute en la Globalització), *APP-Asociaciones Público-Privadas: el caso de las Infraestructuras*, 2018. Verfügbar unter: <https://odg.cat/es/publicacion/app-infraestructuras/>.

¹⁵⁰ EURODAD, *History RePPPeated: how public private partnerships are failing*, Brussels, 2017. Verfügbar unter: <https://eurodad.org/files/pdf/1546956-history-reppeated-how-public-private-partnerships-are-failing-.pdf>.

¹⁵¹ EURODAD, *World Bank Must Stop Promoting Dangerous public-private partnerships*, Brussels, 2017. Verfügbar unter: <https://eurodad.org/files/pdf/1546821-world-bank-must-stop-promoting-dangerous-public-private-partnerships-1549891747.pdf>.

¹⁵² Siehe z.B. Alfred de Zayas, Report of the Independent Expert on the promotion of a democratic and equitable international order (A/70/285), August 2015.

verzeichnet seit dem Ende der Finanzkrise 2008 einen Kreditboom durch die Finanzierung von Staats- und Projektanleihen. Vor allem Privatanleger haben nach Vorteilen außerhalb der zentralen Märkte gesucht, wo die quantitative Lockerung¹⁵³ und niedrige Zinsen es weniger interessant machten, zu investieren. Je riskanter die Investition, desto höher die Zinsen und oft umso profitabler das Geschäft, wenn die Schulden auf dem internationalen Finanzmarkt verkauft werden. Infolgedessen stieg der Umfang der jährlichen Auslandskredite an Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen im Jahr 2017 auf 607 Mrd. USD, nach 181 Mrd. USD im Vorjahr, dem höchsten Stand seit drei Jahren.¹⁵⁴ Infolgedessen befinden sich laut IWF 32 der 72 einkommensschwachen Länder in einer Schuldenkrise.¹⁵⁵ Viele dieser einkommensschwachen Länder haben ein Verschuldungsniveau erreicht, das seit den Entschuldungsinitiativen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank für hochverschuldete arme Länder (*Heavily Indebted Poor Countries Initiative*, HIPC, und *Multilateral Debt Relief Initiative*) in den 1990er und 2000er Jahren nicht mehr gesehen wurde. Beispiele sind Mosambik, Angola, Simbabwe, Sierra Leone, Republik Kongo, Ghana, Ägypten, Libanon, Tunesien, Jemen, Sri Lanka, Mongolei, Nicaragua, El Salvador, und Länder der Karibik.¹⁵⁶

Der globale Süden ist zunehmend privaten Gläubigern ausgesetzt (oft Geierfonds), die nicht an internationalen Schuldenerlassverhandlungen teilnehmen. In Bezug auf die externen Gläubiger von Regierungen von Ländern mit niedrigem und niedrigem mittlerem Einkommen sind 39 Prozent dem privaten Sektor, 33 Prozent multilateralen Institutionen und 28 Prozent anderen Regierungen (hauptsächlich China) geschuldet.¹⁵⁷ Obwohl genaue Zahlen nicht verfügbar sind, kann festgestellt werden, dass das PPP-Modell einen erheblichen Beitrag zur privaten Verschuldung der Regierungen im globalen Süden geleistet hat und diese durch öffentliche Garantien in öffentliche Schulden umgewandelt hat. Der Zusammenhang zwischen privater Infrastrukturfinanzierung und Verschuldung ist klar. Nach Angaben der Weltbank beliefen sich die privaten Investitionsverpflichtungen bei Infrastrukturen wie Energie-, Verkehrs-, Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) und

Wasserinfrastruktur in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen 2018 auf insgesamt 90 Mrd. USD in 335 Projekten in 41 Ländern.¹⁵⁸

Tatsächlich ist die Infrastrukturfinanzierung eine massive Bedrohung für die künftige Tragfähigkeit der Schulden. Die Milliarden und Billionen, die in den kommenden Jahrzehnten für große Infrastrukturprojekte ausgegeben werden sollen, werden wahrscheinlich ein Dilemma für viele Regierungen darstellen: Werden sie eine weitere Verschuldung akzeptieren oder werden sie bezichtigt, die Bedürfnisse ihrer Bevölkerung nicht zu erfüllen, weil sie keine Infrastrukturprojekte finanzieren? Neue Finanzierungsprogramme und damit verbundene PPPs dürften zu einer neuen Welle von Auslands- und Inlandsschulden führen. Wenn etwas schief geht, werden letztendlich die Regierungen der Empfängerländer die Rechnung übernehmen. Und im globalen Süden geschieht dies bereits.

Eine große Herausforderung für Gemeinden im globalen Süden sind die begrenzten Mechanismen, mit denen die Öffentlichkeit Entscheidungen über die Planung und den Bau von Infrastrukturen kontrollieren kann. Es gibt viele Gründe für diesen Mangel an demokratischen Prozessen, einschließlich eines Mangels an Transparenz in Bezug auf finanzielle Regelungen für Megaprojekte oder Korruption im Zusammenhang mit Großprojekten. Der Ausbau der des Mombasa-Mariakani-Highways in Kenia, der zu gewaltsamen Vertreibungen von mehr als 300 Menschen geführt hat, ist ein Beispiel dafür, dass die am stärksten gefährdeten Gruppen außerhalb des Entscheidungsspielraums liegen. Die Bürgerinnen und Bürger haben sich aufgrund mangelnder Informationen und gewaltsamer Unterdrückung nicht gegen das Projekt gewandt.¹⁵⁹

Es gibt auch ein starkes Machtgefälle in lokalen Gemeinden, die versuchen, die Infrastrukturagenda, sowie konkrete Projekte, an denen ausländische Investoren und Unternehmen beteiligt sind, in Frage zu stellen. In vielen Entwicklungsländern wird Kritik an öffentlichen Infrastrukturprojekten häufig auch von Regierungen und Unternehmen als „entwicklungsfeindlich“ und als Bedrohung nationaler Interessen dargestellt. Dies liefert Argumente für eine



Europäische Aktivist*innen der Plattform *Cal Net, Xarxa per a la Sobirania Energètica* und *Volt 3* protestieren gegen große Infrastrukturprojekte bei *Petrochemical Fabric* in Tarragona, Spanien 2016 Bildnachweis: *Debt Observatory in Globalization* (ODG)

weitere Militarisierung und die Kennzeichnung von Infrastrukturprojekten als zentral für die nationale Sicherheit.

und auf bedrohte Gemeinschaften aufmerksam zu machen, die von Institutionen oft machtlos gemacht und von den Medien ignoriert werden.

Wege zu Widerstand und Veränderung



Weltweit wird Widerstand gegen große Infrastrukturprojekte geleistet.¹⁶⁰ Dies macht es schwierig, repräsentative Beispiele für diese Kämpfe zu wählen. Die folgenden Optionen zur Sichtbarmachung dieser Projekte, und den Widerstand gegen sie, sind zu beachten:

Konflikte sichtbar machen: Die EJOLT -Karte¹⁶¹ ist eine nützliche Ressource zur Visualisierung von Umweltkonflikten, Mobilisierung und Widerstand im Zusammenhang mit Infrastrukturprojekten. Ziel dieses internationalen Projekts ist es, die für Umweltgerechtigkeit kämpfenden Stimmen sichtbar

- Alternativen sichtbar machen: Weltweit findet ein wichtiger Kommunalisierungsprozess statt, bei dem auf lokaler Ebene alternative Ansätze für die Infrastruktur verwirklicht werden. Der „Atlas der Utopien“¹⁶² herausgegeben von der *Transformative Cities Initiative*, kartiert auf kommunaler Ebene stattfindende transformative Praktiken und Reaktionen auf der ganzen Welt. Dies kann als ein Teleskop angesehen werden, das dabei hilft, durch die komplexe Galaxie der Kämpfe und radikalen Veränderungen zu navigieren, die auf lokaler Ebene weltweit stattfinden.
- Transformative Theorien: Im Gegensatz zur Förderung von groß angelegter Infrastruktur, wie es im gegenwärtigen kapitalistischen System geschieht, steht das Konzept der Infrastruktur für den Alltag, das von der feministischen Urbanismus-Bewegung beansprucht wird und das sich auf die

153 *Quantitative Lockerung* ist eine unkonventionelle Geldpolitik, bei der eine Zentralbank Staatspapiere oder andere Wertpapiere vom Markt kauft, um die Geldmenge zu erhöhen und Kredite und Investitionen zu fördern.

154 <https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2018/11/13/borrowing-by-low-and-middle-income-economies-more-than-tripled-in-2017-world-bank-international-debt-statistics-show>

155 IMF, *World Economic Outlook*. Washington, Mai 2019.

156 <https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2018/11/13/borrowing-by-low-and-middle-income-economies-more-than-tripled-in-2017-world-bank-international-debt-statistics-show>

157 World Bank, World Development Indicators database.

158 https://ppi.worldbank.org/content/dam/PPI/documents/PPI_2018_AnnualReport.pdf

159 Weitere Informationen finden Sie unter Bankwatch: <https://bankwatch.org/project/mombasa-mariakani-road-project-kenya>

160 Siehe z. B. den kürzlich veröffentlichten Bericht von CIEL. „Uncalculated Risks: Threats and Attacks Against Human Rights Defenders and the Role of Development Financiers“, Washington, DC, 2019. Verfügbar unter: <https://www.ciel.org/reports/uncalculated-risks-threats-and-attacks-against-human-rights-defenders-and-the-role-of-development-financiers/>.

161 <http://www.ejolt.org/maps/>

162 <https://transformativecities.org/#tni>

physische, wirtschaftliche und soziale Infrastruktur bezieht, die die Entwicklung des täglichen Lebens und die Lebensqualität im Allgemeinen fördert. Diese Infrastrukturprojekte sollten von der Verantwortung gegenüber der Natur geleitet sein und die Menschenrechte aller Menschen berücksichtigen, wobei der Betreuungsarbeit von Frauen und der Umwelt Wert und Anerkennung beigemessen werden sollten.¹⁶³

Entscheidungsträger*innen auf nationaler Ebene und internationale Institutionen sollten sich zur Unterstützung einer Infrastruktur verpflichten, die soziale und ökologische Gerechtigkeit in den Vordergrund stellen, anstatt die Anstrengungen zu verstärken, die Infrastruktur zu finanzialisieren und sie von den Bedürfnissen der Bürger*innen und Territorien zu trennen. In diesem Zusammenhang steht die derzeitige „globale Infrastrukturagenda“ im Widerspruch zu diesen Zielen, da sie in erster Linie mit einem extraktivistischen, finanzialisierten Top-Down-Ansatz verbunden ist. Aufgrund der zutiefst undemokratischen Natur dieser neuen Agenda, kann man davon ausgehen, dass sie die Bedürfnisse der von den Megakorridoren betroffenen Menschen vernachlässigen und die Ungleichheit eher vertiefen als bekämpfen wird.

Die Aufgabe der Regierungen und der öffentlichen Finanzen sollte es daher sein, den Plänen des Finanzsektors, der Investoren und der Unternehmen (Megakorridore für gewinnbringende Großinfrastrukturen) Grenzen zu setzen, anstatt diese Agenda voranzutreiben und mitzugestalten.

Hier geht es darum, dass Bürgerinnen und Bürger, Gemeinschaften und soziale Bewegungen Infrastruktur und wesentliche Dienstleistungen zurückgewinnen. Die Entlarvung dieser Agenda ist ein wichtiger Schritt, um die öffentliche Kritik an der Infrastruktur als strukturelle Anpassung voranzutreiben.

Gemeinschaften müssen die globale Infrastrukturagenda in Frage stellen

Das Ausmaß der anstehenden Probleme macht es der Zivilgesellschaft und kritischen Entscheidungsträger*innen sehr schwer, diese neue Agenda zu erfassen und Wege zu finden, um sie in Frage zu stellen. Das bloße Konzept der Infrastruktur birgt Schwierigkeiten, die überwunden werden müssen: Wie kann man eine infrastrukturbezogene Agenda in Ländern kritisieren, in denen die Grundbedürfnisse der Bevölkerung, die durch eine gut abgestimmte Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen bedient werden könnten, nicht erfüllt werden? Wie kann das wachsende Engagement des Privat- und Finanzsektors in Frage gestellt werden, wenn in vielen Ländern der öffentliche Sektor selbst keine Basisinfrastruktur geliefert hat?

Zahlen und Fakten

- Die zunehmende Finanzialisierung in der EU in den letzten zwei Jahrzehnten hat sich nachteilig auf mehrere Ziele der EU-2030-Agenda ausgewirkt, darunter inklusives Wachstum, Innovation, Ungleichheit und finanzielle Stabilität.¹⁶⁴ Zwanzig Prozent der EU-Bevölkerung verdienen weniger als die in ihrem Land festgesetzte Armutsgrenze, während die Zahl der Menschen in der EU, die von Einkommensarmut betroffen sind, seit 2005 um über 8 Prozent gestiegen ist.¹⁶⁵ Eurostat schätzt, dass 112,8 Millionen Menschen in Haushalten leben, die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind.¹⁶⁶
- In Großbritannien, einem der Epizentren des globalen Finanzwesens, ist die Ungleichheit zwischen den reichsten 1 % und dem Rest des Landes seit 2008 kontinuierlich gestiegen. 10 Prozent der Bevölkerung besitzen 44 Prozent des britischen Vermögens, das Fünffache des Gesamtvermögens der ärmsten Hälfte.¹⁶⁷
- Im Jahr 2012, dem letzten Jahr der Datenerfassung, erhielten Entwicklungsländer insgesamt 1,3 Billionen US-Dollar, einschließlich aller Hilfszahlungen, Investitionen und Einnahmen aus dem Ausland. Im selben Jahr flossen jedoch 3,3 Billionen US-Dollar aus diesen Ländern ins Ausland. Mit anderen Worten schickten Entwicklungsländer dem Rest der Welt 2 Billionen US-Dollar mehr, als sie erhielten.¹⁶⁸
- Ein Bericht des *Sheffield Political Economy Research Institute* von 2018, *The UK's Finance Curse? Costs and Processes (Der britische Finanzfluch? Kosten und Prozesse)* legt nahe, dass die Gesamtkosten des verlorenen Wachstumspotenzials für das Vereinigte Königreich, das zwischen 1995 und 2015 durch „zu viel Finanz“ verursacht wurde, bei ungefähr 4.500 Mrd. GBP liegen. Diese Gesamtzahl entspricht dem durchschnittlichen BIP von rund 2,5 Jahren des Berichtszeitraums.¹⁶⁹
- Eine Analyse der *USA Analysis* zeigt, dass die Top-Verdiener*innen, die 1 Prozent oder gar 0,1 Prozent der Einkommensverteilungspyramide, den größten Teil ihres Einkommens aus CEO-Gehältern oder aus dem Finanzbereich beziehen.¹⁷⁰ Ökonometrische Forschung, die sich mit dem Zusammenhang zwischen Finanzialisierung und Ungleichheit befasst, nimmt ebenfalls zu. Die US-Ökonomen Donald Tomaskovic-Devey und Ken Hou Lin präsentieren ein ökonometrisches Modell, das darauf hinweist, dass seit den 1970er Jahren zwischen 5,8 und 6,6 Billionen US-Dollar aus anderen Wirtschaftssektoren in den Finanzsektor transferiert wurden, darunter auch von Arbeitnehmer*innen und Steuerzahler*innen.¹⁷¹

164 http://www.isigrowth.eu/wp-content/uploads/2018/07/working_paper_2018_36.pdf

165 <https://gcap.global/wp-content/uploads/2019/06/FALLING-THROUGH-THE-CRACKS-JUNE-2019.pdf>

166 https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/People_at_risk_of_poverty_or_social_exclusion

167 <https://www.theguardian.com/inequality/2018/sep/05/qa-how-unequal-is-britain-and-are-the-poor-getting-poorer>

168 https://www.theguardian.com/global-development-professionals-network/2017/jan/14/aid-in-reverse-how-poor-countries-develop-rich-countries?CMP=share_btn_fb&fbclid=IwAR3Hevd03vf3dZwQ-Pt4pjdV-5GHZomNG8bdmruV9fAS9yQd_aHyKfkznB0

169 <http://speri.dept.shef.ac.uk/2018/10/05/uk-finance-curse-report/>

170 <https://truthout.org/articles/financialization-has-turned-the-global-economy-into-a-house-of-cards-an-interview-with-gerald-epstein/>

171 D. Tomaskovic-Devey und K. Hou Lin, „Income Dynamics, Economic Rents, and the Financialization of the U.S. Economy“, 2011.

163 <http://www.righttothecityplatform.org.br/espanol-que-es-el-urbanismo-feminista/>



Citizens for Financial Justice ist eine vielfältige Gruppe europäischer Partner - von lokalen Basisgruppen bis zu großen internationalen Organisationen. Gemeinsam wollen wir Bürgerinnen und Bürger informieren und zusammenbringen, um gemeinsam zu handeln, damit das globale Finanzsystem für alle besser funktioniert.

Wir werden von der Europäischen Union finanziert und wollen die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) unterstützen, indem wir EU-Bürgerinnen und Bürger mobilisieren, um eine wirksame Entwicklungsfinanzierung (FfD) zu unterstützen.

citizensforfinancialjustice.org



@financing4dev



Finanziert von der
Europäischen Union